



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Vom Kipferl zum Döner. Auswirkungen der politischen
Instrumentalisierung des „Türkenmythos“.

verfasst von

Valentina Arienti, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 810

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuer:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Hermann Mückler

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Allen bedanken, die mich während meines Studiums unterstützt haben. Danke an meine Familie, die immer für mich da ist.

Danke an Zenon, der mich von Anfang an, als politischen Menschen und angehende Anthropologin forderte. Meine Fähigkeit zu diskutieren förderte und mich gelehrt hat, Themen aus den verschiedensten Blickwinkeln zu beleuchten.

Danke auch an Giulia, Momo, Nia und Laura, die mich während der Forschung und dem Erstellungsprozess der Masterarbeit so toll unterstützt haben. Ein ganz besonderes Dankeschön geht an Giugiu und Harald, die vor allem in den letzten Wochen immer zur Stelle waren.

Abschließend möchte ich meinem Betreuer Prof. Hermann Mückler danken – für seine Anekdoten, seine fachliche Unterstützung und die Möglichkeit dieses Thema auszuarbeiten.

1. INHALTSVERZEICHNIS

1. INHALTSVERZEICHNIS	3
2. EINLEITUNG	5
2.1 BEGRIFFSERKLÄRUNGEN	5
2.2 METHODE	7
2. FELD UND FRAGESTELLUNG	9
3. THEORIE : ANDRE GINGRICH	11
3.1. „GRENZ-ORIENTALISMUS“	12
3.2 „GUTER UND BÖSER MOSLEM“	14
3.3 „BÖSER ORIENTALE“ ALS TEIL DER SPRACHKULTUR	16
4. „TÜRKENMYTHOS“ IN DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSKULTUR.....	18
4.1. WIEN MUSEUM	18
4.2 TÜRKENGEDÄCHTNIS	19
5. ÖSTERREICHISCHE MIGRATIONSPOLITIK SEIT 1960	22
6. IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ.....	26
6.1. IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ: DR: JÖRG HAIDER	26
6.2. IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ: HEINZ-CHRISTIAN STRACHE	28
6.3 IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ: „3. TÜRKENBELAGERUNG“	32
7. POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG DER „TÜRKENBELAGERUNG 1529 UND 1683“	34
7.1. POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG.....	35
7.1.1 INDIREKTE POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG.....	35
7.1.2 DIREKTE POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG	36
8. MEDIALE REPÄSENTATION DER BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE.....	41
8.1. AUFBAU BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE	42
8.2 ANSPRUCH DER BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE HEUTE	43
8.3 ANALYSE DER MEDIALEN REPRÄSENTATION DER BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE	45

9. AUSWERTUNG DER INTERVIEWS	49
9.1 ATIB – „Avusturya Türkiye İslam Birliği“	49
9.2. MOTIVATION DER BÜRGERINITIATIVE	53
9.3 „WIR“, EUROPA UND „DIE ANDEREN“	55
9.4 „DER ISLAM“	56
9.5 „TÜRKENGEFAHR“ UND BEDROHUNG	58
9.6 INTERGATION ALS VERTEIDIGUNG GEGEN DIE „TÜRKENGEFAHR“	60
9.7 „GUTER UND BÖSER MOSLEM“ - „GUTER UND BÖSER TÜRKE“	62
10. AUSWIRKUNGEN DER POLITISCHEN INSTRUMENTALISIERUNG DES „TÜRKENMYTHOS“	65
11. CONCLUSIO.....	70
12. QUELLENVERZEICHNIS.....	75
12.1 LITERATUR	75
12.2 ONLINEQUELLEN	76
12.3 BILDQUELLEN.....	77
12.4 INTERVIEWS.....	77
12.5 VIDEOREPORTAGEN	78
12.6 „SAGEN AUS ÖSTERREICH“: FPÖ 2010	78
13. LEBENSLAUF	79
14. ABSTARCT	81
15. ANHANG	82

2. EINLEITUNG

Die folgende Arbeit „Vom Kipferl zum Döner. Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“.“ setzt den Themenschwerpunkt auf die Fragestellung, inwiefern sich die politische Instrumentalisierung der „Türkenbelagerungen“ aus den Jahren 1529 und 1683 auf das aktuelle Bild von den „Türken“ in Wien auswirkt. Um dieses Feld genauer einzugrenzen, zu definieren und zu analysieren, bedarf es im Vorfeld einiger Anmerkungen zu Begriffsdefinitionen und Fragestellungen. Damit soll das Verständnis der nachfolgenden Analyse und Interpretation gewährleistet werden.

Anfangen möchte ich mit der Erklärung des Titels: „Kipferl“ ist die Wiener Version des Hörnchens oder Croissants. Das „Kipferl“¹ gilt in der österreichischen Tradition, so wie der Kaffee, als eine Art Souvenir, welches durch die „Türkenbelagerungen“ in Wien zurück geblieben ist. Es gibt die verschiedensten Geschichten rund um die Erfindung des sogenannten „Kipferls“. In Wien wird die Geschichte erzählt, dass das „Kipferl“ durch den Backmeister Peter Wendler nach der „2. Wiener Türkenbelagerung“ als Andenken beziehungsweise „Hohn an den türkischen Halbmond kreiert“² wurde. Der Trend in den letzten Jahrzehnten geht jedoch dahin, die türkische Kultur symbolisch mit dem „Döner“ oder „Dönerkebab“ zu assoziieren. Aktuell ist das „türkische Symbol“ in der Essenskultur in Wien nicht mehr das „Kipferl“, sondern der „Döner“. Im aktuellen Diskurs wird oft von der „3. Türkenbelagerung“ gesprochen – der „Döner“ kann als Symbol für diese gesehen werden. Der Titel impliziert zum Einen die Veränderung der Symbolik, welche „den Türken“ zugeordnet wird - zum Anderen soll auf das aufkommende Phänomen, türkische Migrationsströme als „3. Türkenbelagerung“ wahrzunehmen, verwiesen werden.

2.1 BEGRIFFSERKLÄRUNGEN

Es werden in der laufenden Analyse einige Begriffe verwendet, welche pauschalisierend verstanden werden können, dieses jedoch nicht sollten, da sie aus einem bestimmten Kontext herausgegriffen wurden. Unter diese Kategorie fallen die Begriffe „die österreichische Gesellschaft“, „die Türken“ und „türkische MigrantInnen“.

¹<http://www.wien-vienna.at/essen.php?ID=1291>

²<http://www.haubis.com/at/blog/das-kipferl-und-seine-geschichte>

Es ist nicht möglich, „die österreichische Gesellschaft“ ausreichend zu definieren, um jede in Österreich lebende Person einzuschließen. „Die österreichische Gesellschaft“ als homogener und verallgemeinernder Terminus ist inexistent, da sie jede Person inkludiert, gleichzeitig jede Person exkludiert. Der Terminus „die österreichische Gesellschaft“ gilt als Konstrukt, welches geschaffen wurde, um die in Österreich lebenden Menschen zu fassen und zu definieren. Es ist wichtig darauf zu achten, wer diesen Begriff verwendet, da jeder Sprecher ein eigenes Konstrukt dieses Begriffes zu eigens hat. Es ist also in weiterer Folge der Analyse meiner Forschungsdaten darauf zu achten, aus welcher Perspektive „die österreichische Gesellschaft“ wahrgenommen wird. Ich kann bereits vorweg nehmen, dass eine Definition „der österreichischen Gesellschaft“ durch die Politik der österreichischen Partei FPÖ oder den SprecherInnen der Bürgerinitiative Dammstraße einen exkludierenden Charakter gegenüber MigrantInnen aufweisen wird. In diesem Konstrukt wird die „Österreichische Gesellschaft“ an bestimmten „Werten“ festgemacht - wie beispielsweise dem christlichen Glauben, Nächstenliebe oder dem Anspruch in Frieden zu leben – welche als einzigartige Eigenschaften wahrgenommen werden und nur der „Österreichischen Gesellschaft“ zu geschrieben werden. Dieses Konstrukt dient einer Politik der Exklusion und in weiterer Folge einem gesellschaftlichen und sozialen Leben, welches auf Exklusion basiert, um eine Definition des Eigenen zu manifestieren.

Mir ist bewusst, dass bei Anwendung des Begriffes „die österreichische Gesellschaft“, dieser als Konstrukt meinerseits anzusehen ist. Auch in diesem Fall ist jede Person und keine Person unter diesem Konstrukt zu fassen. In diesem Kontext ist jedoch unter „der österreichischen Gesellschaft“ jede in Österreich lebende Person, welche ihr gesellschaftliches, soziales, politisches und ökonomisches Leben in Österreich praktiziert, zu erfassen.

Der Begriff „die Türken“ sowie auch „türkische MigrantInnen“ sind ebenso konstruierte Begriffe, bei welchen darauf zu achten ist, von wem diese verwendet werden. In diesem Kontext werden „die Türken“ ebenso als homogenes Phänomen, welches von Negativstereotypen skizziert ist, angesehen dieses konstruierte Bild ist jedoch im allgemeinen Verständnis in Österreich vorzufinden. Der Ursprung dieser Zuordnung wird im theoretischen Teil zu Andre Gingrichs Theorien dezidiert erläutert werden und in der Datenanalyse belegt werden.

Weitere Schlüsselbegriffe, welche einer Definition bedürfen, sind „Türkenmythos“ und „Türkengefahr“. Wie ebenfalls in Gingrichs Theorien erklärbar sein wird, gilt in Österreich

eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber muslimischen türkischen MigrantInnen. Diese ist auf eine bereits vergangene Historie der „Türkenbelagerungen“ zurückzuführen. Die Angst, beispielsweise vor einer „3. Türkenbelagerung“, welche in manchen Teilen der Gesellschaft gegeben ist, kann als Teil des „Türkenmythos“ gesehen werden. Der „Türkenmythos“ besteht aus vielen einzelnen Negativstereotype, welche aus Sagen der Volkskultur oder dem augenscheinlichen aktuellen Leben mit türkischen MigrantInnen konstruiert werden. Dieser Mythos umfasst auch kulturelle Unterschiede in Religion und Tradition, welche eine Bedrohung für den oder die ÖsterreicherIn in ihrer Identität darstellen – die „Türkengefahr“. Der „Türkenmythos“ kann also als facettenreiches Vorurteil gegenüber Türken und TürkInnen angesehen werden. Dieses Vorurteil findet sich sowohl innerhalb der österreichischen Gesellschaft wieder, wurde aber auch von rechtspopulistischen Parteien in den letzten 30 Jahren gefördert und weiterkonstruiert. Der „Türkenmythos“ verbindet die kriegerischen Handlungen der „Türkenbelagerungen“ von 1529 und 1683 und den damaligen politischen Anspruch der Türken, Wien zu besiegen, mit den aktuellen türkischen Migrationsströmen, welche durch „Identitätsraub“ Wien besiegen möchten.

Dies führt mich zur Erläuterung des letzten Begriffs der „Identität“. Im Zuge der Analyse wird auffallen, dass der Identitätsbegriff, wie er vor allem in der politischen Instrumentalisierung verwendet wird, als eine „intellektuell unerlaubte Simplifizierung“³ zu verstehen ist. Die „österreichische Identität“ wird genauso wie die „österreichische Gesellschaft“ als homogenes Phänomen dargestellt, welche vor allem durch Abgrenzung zu „Anderen“ – in diesem Fall der „türkischen Identität“ – zu definieren ist. Im Kontext der Untersuchung der politischen Instrumentalisierung, aber auch der Bürgerinitiative Dammstraße, wird die „Österreichische Identität“ gleichgesetzt mit der deutschen Sprache und dem christlichen Glauben. Dies ist als generalisiertes Konstrukt anzusehen, welches jeden Österreicher und jede Österreicherin charakterisieren sollte. Wie bereits besprochen, ist dies nicht möglich, doch für die folgende Analyse im Bewusstsein zu behalten.

2.2 METHODE

Die anfängliche Forschung bestand darin, den medialen Diskurs zur Thematik der Migration und der damit verbundenen Problematik mit dem konstruierten Bild „der TürkInnen“ aufzugreifen. Darunter fielen Zeitungsartikel, aber auch dokumentarische Reportagen. In

³ (Pelinka 2008 S. 2)

diesem Zusammenhang stieß ich auf die Reportage „Am Punkt“ zur Thematik „Das Kreuz mit den Türken“ vom 17.11.2010, gesendet von dem TV-Sender ATV Plus. Hierbei fiel mein Augenmerk auf die Bürgerinitiative Dammstraße. Da das Themenfeld der Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung für eine Erhebung in diesem Rahmen eingegrenzt werden musste, habe ich die Bürgerinitiative Dammstraße als Forschungsfeld gewählt.

In Zuge dessen wurde Kontakt mit der Bürgerinitiative Dammstraße aufgenommen und Expertinneninterviews mit den Vorsitzenden der Bürgerinitiative Dammstraße, Frau Hannelore Schuster und Frau Karin Fischer, geführt. Die Interviews wurden in weiterer Folge auf hermeneutischer Ebene kodiert, ausgewertet, analysiert und interpretiert. Gleichzeitig wurde auch die mediale Repräsentation der Bürgerinitiative Dammstraße durch ihre Homepage www.moschee-ade.at untersucht und aufgrund ihrer hermeneutischen Konstruktion analysiert.

Um einen Zusammenhang zwischen der Konstruktion des Bildes „der TürkInnen“ in der Dammstraße und der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ zu finden, wurden das Parteiprogramm und die politische Praxis von ausgewählten FPÖ Politikern analysiert. Diese Analyse dient dazu, die politische Instrumentalisierung an Beispielen fassbar zu machen. Hierbei muss erwähnt werden, dass das Ziel dieser Forschung keine allumfassende Analyse der Politik der FPÖ ist, sondern Fallbeispiele ausgewählt wurden, welche die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ widerspiegeln.

Um ein Hintergrundwissen zur Thematik der „Türkenbelagerungen“ zu erlangen, wurde das Wien Museum mit deren Dauerausstellung zu diesen Ereignissen besucht. In weiterer Folge suchte ich am 15. Mai 2014 das „Vienna Islamic Centre“ im 21. Wiener Gemeindebezirk auf. Die dortige Führung umfasste eine allgemeine Einführung zur muslimischen Gebetstradition und ein informelles Gespräch über die bestehende Problematik von muslimischen MigrantInnen in Wien.

Ziel dieser Forschung ist es, die empirisch erhobenen Daten der Bürgerinitiative Dammstraße mit den theoretisch aufgearbeiteten Daten zur Politik, aber auch zur Theorie von Andre Gingrich, in Bezug zu stellen und somit die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung zu erfassen.

2. FELD UND FRAGESTELLUNG

Der Forschungsschwerpunkt meiner Arbeit bezieht sich auf die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ und in weiterer Folge auf das Bild von „den TürkInnen“, welches dadurch konstruiert wird. Da diese Thematik den Umfang dieser Arbeit überschreiten würde, wurde im Zuge der Forschung der Fokus auf die Bürgerinitiative Dammstraße im 20. Wiener Gemeindebezirk gelegt. In diesem Fokus werden folgende Fragen beleuchtet:

1. Welche Akteure instrumentalisieren die „Türkenbelagerungen“ aus 1529 und 1683 in ihrem politischen Schaffen?
2. Welche Methode wird für die politische Instrumentalisierung der „Türkenlagerungen“ aus 1529 und 1683 angewendet?
3. Inwiefern wirkt sich die politische Instrumentalisierung der „Türkenbelagerungen“ auf das Bild „der TürkInnen“ in Wien am Beispiel der Bürgerinitiative Dammstraße aus? Wo ist diese festzustellen?
4. Wie und von wem ist die Bürgerinitiative Dammstraße organisiert?
5. Führt die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ zu einer Wahrnehmung einer „3. Türkenbelagerung“ in Wien am Beispiel der Bürgerinitiative Dammstraße?
6. Inwiefern zeichnet sich Andre Gingrichs Theorie des „guten und bösen Moslems“ im aktuellen Bild der „TürkInnen“ in Wien am Beispiel der Bürgerinitiative Dammstraße ab?
7. Welche weiteren Faktoren beeinflussen das Bild „der TürkInnen“, welches von der Bürgerinitiative Dammstraße wahrgenommen wird?
8. Welche weitgehenden Folgen können die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ auf gesellschaftlicher Ebene mit sich bringen?

Um diese Fragestellungen zu beantworten, werde ich anfänglich einen Überblick über den theoretischen Ansatz von Andre Gingrich zur Thematik des Grenz-Orientalismus und der vorherrschenden Wahrnehmung des „guten und bösen Moslems“ in der österreichischen Gesellschaft geben. In weiterer Folge werde ich einen Einblick in die österreichische Migrationspolitik von den 1960er Jahren bis zum heutigen Parteiprogramm der rechtspopulistischen Partei FPÖ, geben, welcher die Akteure und das Handeln der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ darstellen soll.

Darauf folgend werden die erhobenen empirischen Daten, welche zum einen durch qualitative Interviews mit den Vorständen der Bürgerinitiative Dammstraße, zum anderen durch die Analyse der medialen Repräsentation der Homepage der Bürgerinitiative Dammstraße, erhoben wurden, dargelegt.

Abschließend werden die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ zusammengefasst, welche in der Conclusio die obigen Fragestellungen beantworten sollen.

Ich möchte bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass diese Forschung und die damit verbundene Auswertung und Interpretation der Daten nur einen Teilaspekt der aktuellen Problematik des Migrationsdiskurses auf sozialer Ebene in Wien darstellt. Diese Interpretationen sind in weiterer Folge nicht zu generalisieren oder auf andere Phänomene in diesem Feld zu übertragen.

3. THEORIE : ANDRE GINGRICH

Ich möchte in folgendem Kapitel die Aussagen von Andre Gingrich zur Thematik von Grenz-Orientalismus und der damit verbundenen Instrumentalisierung von historischen Ereignissen erläutern. Gingrich präsentiert eine historische Herangehensweise, um bestimmte vorherrschende Stereotype der „Anderen“, in diesem Fall der „Orientalen“, zu erklären.

Im meiner fortlaufenden Forschung werde ich die Theorien von Andre Gingrich heranziehen, um meine eigene empirische Forschung an der Bürgerinitiative Dammstraße zu analysieren. Die Annahmen von Andre Gingrich dienen in meiner Forschung als theoretischer Ausgangspunkt. Somit ist schon hier festzustellen, dass in der fortlaufenden Analyse Begriffe wie „Wir“, „die Anderen“, „Orientale“ oder „Orientalismus“ unter dem Gesichtspunkt der Theorien von Gingrich zu verstehen sind.

Gingrich beschreibt in seiner Theorie ein Bild der österreichischen Gesellschaft im Hinblick auf den Migrationsdiskurs. Hierbei wird ein Identitätskonzept, welches augenscheinlich in der österreichischen Gesellschaft vorherrscht, dargelegt. Wie in weiterer Folge ersichtlich wird, belegt er dieses Identitätskonzept mit einer historischen und politischen Komponente. Meiner Auffassung nach herrscht dieses Identitätskonzept weiterhin in Österreich vor und erklärt im Zusammenhang mit meiner Forschung über die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ einige Punkte der gegebenen Problematik.

Die konstruierten Bilder von „TürkInnen“ haben großen Einfluss auf sozialer und individueller Ebene in der österreichischen Gesellschaft auf die Bildung von Identität und Selbstwahrnehmung. Gingrich argumentiert weiter, dass die innen- und außenpolitischen Beziehungen mit der islamischen Welt ebenfalls wichtig für die Bildung der eigenen österreichischen, aber auch europäischen Identität sind, da diese die Differenzierung zwischen „uns“ und „den Anderen“ forciert und definiert. Diese muss als Produkt von historischen Prozessen gesehen werden. Die koloniale Vergangenheit darf in diesem Kontext nicht außer Acht gelassen werden. „*Frontier orientalism this involves deeply rooted cultural structures with a longue durée quality.*“ (Gingrich 2010 S. 79.)

Das folgende Kapitel wird nun einen Einblick in diese Theorie, als Basis meiner eigenen empirischen Forschung geben.

3.1. „GRENZ-ORIENTALISMUS“

Andre Gingrich verweist auf einige Beispiele in der nahen Vergangenheit der Politik, welche die Darstellung des „Orientalen“ weiter verwenden und somit tiefverwurzelte Ängste in der österreichischen Volkskultur zu unterstützen. In weitere Folge präsentiert Andre Gingrich die Theorie des „guten und bösen Orientalen“, welche in Ostösterreich, vor allem aber in der Bundeshauptstadt Wien, vor zu herrschen scheint.

Laut Gingrich sind in Süd- und Mitteleuropa drei verschieden Arten des Orientalismus aufzufinden. (Gingrich 2003)

1. Aufgeklärter Orientalismus: welcher aus der Zeit der Aufklärung stammt und in deutscher beziehungsweise europäischer Literatur wieder zu finden ist.
2. Klassischer Orientalismus: welcher in britischer, französischer oder italienischer kolonialer Version auftritt.
3. Grenz-Orientalismus: welcher als einziger ein starkes Element in der Volkskultur widerspiegelt.

Der klassische Orientalismus, wie auch Grenz-Orientalismus bedient sich einer speziellen Form der Darstellung des „Orientalen“. Beide Formen des Orientalismus weisen eine Gemeinsamkeit bei der Darstellung des „Orientalen“ auf. Der Orientale entspricht dem Stereotyp eines Moslems, welcher in der allgemeinen Vorstellung der Mehrheitsgesellschaft wiederzufinden ist. Er ist nicht befähigt, für sich selbst einzustehen, sondern ein Untergebener seiner Determinierung und seines Habitus. Dies gilt als seine größte Schwäche. (Gingrich 2003)

Der Grenz-Orientale wird immer als Mann dargestellt. Anders als im klassischen Orientalismus, in dessen Darstellung, sowohl weibliche als auch männliche „Orientalen“ stehen. Der Grenz-Orientale verkörpert das Bild eines Zusammenschluss von Männern. Die weibliche Darstellung folgt nur im Zuge der Darstellung „unserer Frauen“, welche durch den Grenz-Orientalen bedroht werden und durch „unsere Männer“ zu verteidigen sind. Trotz seiner Schwäche, sich nicht eigens ermächtigen zu können, gilt er als große Bedrohung. Der metaphorische „Orientale“, welcher so gut wie immer als Moslem dargestellt wird, befindet sich regional gesehen immer in der Nähe der eigenen Gesellschaft. Diese nur schwach gegebene lokale Distanz unterstützt die Wahrnehmung einer andauernden Bedrohung.

Gingrich weist darauf hin, dass der Grenz-Oriente keineswegs als „primitiv“ gilt. Die allgemeine Zuordnung „primitiver Völker“ fällt in weit entferntere Räume, wie beispielsweise Afrika. Die persönlichen Eigenschaften eines Grenz-Orientalen sind durchaus positiv zu sehen. Er strebt städtisches Leben an und besitzt die Fähigkeit der Schrift. Selbst eine historisch bedeutsame Vergangenheit wird ihm nicht abgesprochen. Da jedoch keine geistige Unterlegenheit zuzuordnen ist, spricht dies dafür ihn als Bedrohung wahrzunehmen.

„Er hat eine Religion, wenn auch die falsche. Aus diesem Grund hat er auch Kultur, sei die auch unverständlich. Seine Kultur regelt seine Beziehung zu Frauen. Er ist in erster Linie Soldat, er kann kämpfen.“ (Gingrich 2003 S. 124)

Diese Vorstellung des Grenz-Orientalen wird als Stereotypisierung des „Anderen“ verwendet. „Wir“ und „die Anderen“ werden durch die Staatsgrenze getrennt. Jedoch stellt dieser „Andere“, der Grenz-Oriente, eine ständige Bedrohung für die lokale Bevölkerung da. Grenz-Orientalismus kann als Mythos und Metapher verstanden werden, welcher sowohl im öffentlichen Diskurs, aber auch in der Volkstradition tief verankert sind. Diese spiegelt sich auf verschiedenen Ebenen wieder - beispielsweise in der Repräsentation von Museen, Schulbüchern, Ortsnamen, Gedenkplätzen oder Volksfesten. Hierbei ist zu unterstreichen, dass in all diesen Darstellungen der Grenz-Oriente als besiegte Bedrohung dargestellt wird – jedoch in Erinnerung gehalten werden muss.

„Die Überwindung des schlechten Moslems ist Voraussetzung für ruhmreiche Errungenschaften, wie Modernität, auch (nationale) Identität, während das Vertrauen in einen kontrollierten guten Moslem im Kampf gegen anderen Bedrohung aufrecht erhalten werden sollte – dies ist die Metadarstellung des Grenz-Orientalismus. (...) Der Grenz-Orientalismus ist somit eine folkloristische Verherrlichung entscheidender eigener militärischer Siege in der Vergangenheit gegen Moslems oder gemeinsam mit Moslems, die jedoch aktuellen nationalistischen Zwecken dienen.“ (Gingrich 2003 S. 123 ff.)

Es wird davon ausgegangen, dass das Phänomen des „Grenz-Orientalismus“ auch aktuell 2014 in Österreich wieder zu finden ist. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass in Österreich eine polarisierte Differenzierung des „Moslems“ oder „Orientalen“ gegeben ist.

3.2 „GUTER UND BÖSER MOSLEM“

Gingrich bietet hierbei eine historisch begründete Herangehensweise und differenziert zwischen vier verschiedenen Arten der kolonialen Beziehungen europäischer Staaten zum „Orient“:

1. Länder, die bedeutenden kolonialen Einfluss hatten.
2. Länder, die kolonialen Einfluss in sogenannten „islamischen Peripherien“ hatten.
3. Länder, die keinen kolonialen Einfluss hatten.
4. Länder, die eigens Kolonien islamischer Staaten waren.

Österreich fällt gemäß dieser Differenzierung in die zweite Kategorie, welche keine „klassische Kolonialmacht“ darstellt, jedoch Beziehungen zur islamischen Welt auswirft. Andere Staaten wie Spanien oder Ungarn fallen ebenfalls in diese Kategorie. Österreich war selbst nie eine direkte Kolonialmacht, hatte jedoch eine dauerhafte Herrschaft in einem islamischen Staat Bosnien. (Gingrich 2003)

Der bosnische Moslem wird in der Volkstradition als der „gute Moslem“ repräsentiert und wahrgenommen. Er war stets ein Verbündeter des österreichischen Volkes bei Grenzkämpfen. Gingrich nennt den Bürgerkrieg Anfang der 1990er Jahre in Ex-Jugoslawien als Beispiel für die Wahrnehmung des „guten Moslems“. Während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren lässt Österreich der bosnischen Bevölkerung große finanzielle Unterstützung zu kommen. Um in der österreichischen Bevölkerung Mitgefühl zu provozieren, wirbt die NGO „Nachbar in Not“ mit dem Slogan „Diese Menschen sind Nachbarn, sie haben enge historische Beziehungen zu Österreich.“ (Gingrich 2003)

Diese Aussage nimmt direkten Bezug auf die historische Vergangenheit in der Bosnien als „Untergebener“ Österreichs galt – Der Slogan impliziert die Annahme, dass BosnierInnen 1991 als Nachkommen der Widerstandsträger gegen den serbischen Nationalismus aus 1914 angesehen wurden. Dies war ein wichtiger Faktor für die Verbundenheit zu den Kriegsflüchtlings. Die Erinnerung an eine „positive“ historische Vergangenheit führt zu einer positiven Wahrnehmung einer bestimmten Gruppe von Moslems – dem „guten Moslem“ – dem bosnischen Moslem.

In der Wahrnehmung der österreichischen Volkskultur kommt es zu einer Differenzierung von „guter Moslem“ und „böser Moslem“. Das Gegenstück des „guten bosnischen Moslems“

ist der „böse türkische Moslem“. Diese negative Assoziation ist laut Gingrich ebenfalls mit historischen Geschehnissen zu erklären.

1529 und 1683 wurde Wien von „den Türken“ belagert. Der „Türke“ wird aufgrund dessen als Aggressor wahrgenommen - als Bedrohung, welche zweimal aus großer Distanz in Wien einmarschierte und die Stadt einnehmen wollte. Wichtig ist jedoch, dass das osmanische Heer auch zweimal besiegt werden konnte. Die „Türken“ gelten als erniedrigter und besiegter Feind, welcher temporär keine physische Gefahr mehr darstellt, da diese bereits in der Vergangenheit gebannt wurde. Der Sieg über das osmanische Heer hat jedoch weitere Folgen für die Wahrnehmung im gesellschaftlichen Denken. Nach der sogenannten „Türkenbelagerung“ wurden „wir“ befreit. Diese Befreiung führte zum Beginn des goldenen Zeitalters für Wien, Österreich und die Habsburger Familie. Gingrich bezeichnet das Zurückdrängen der „Türken“ als „Teil der Expansionsbewegung der Habsburger“.⁴ Ein Moslem ist nur dann ein „guter Moslem“, wenn er als Untertan agiert, wie dies bis zur Ende der Kolonialmacht in Bosnien von statten ging. In der weiteren Darlegung meiner Forschung wird ersichtlich werden, dass die Tatsache, dass die „Türkengefahr“ temporär unterworfen und besiegt wurde, als Schlüsselement für die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ gilt.

„So gesehen ist der Grenz-Orientalismus ein dicht strukturiertes Element der Volks- und Hochkultur, das auch auf die historische Konfrontation mit dem Islam und die Kolonialherrschaft über ihn bezieht.“ (Gingrich 2003 S. 125.)

Es führt hier zu einer Doppelung von „gutem und bösem Moslem“. Der „Türke“ und der „Bosnier“ können laut Gingrich als Primärsicht dieser Metapher angesehen werden. Der „Araber“ und der „Jude“ wurden in weiterer Folge als Sekundärmetaphern konstruiert. Diese hatten bereits großen Einfluss auf die Identitätsbildung des österreichischen Nationalstaates nach 1945.

Es gab drei verschiedene politische Fraktionen, welche nach 1945 mitwirkend waren. Das Großdeutschtum, kaisertreue Patrioten und politische Katholiken. Trotz unterschiedlicher politischer Orientierungen sahen alle drei Fraktionen die Herrschaft über die Grenzen zu anderen Staaten als Mission. Die Überlegenheit von deutschen Grenzwächtern gegenüber den „Orientalen“ ist hierbei zentral. Die „Grenze“ wird als Wurzel der modernen Volkskultur angesehen.

⁴ (Gingrich 2003 S. 125)

Wichtig ist hierbei, dass die Sekundärmetapher veränderbar ist. Wie die Geschichte vor 1945 gezeigt hat wurde Anfang des 20. Jahrhunderts der serbische, russische und christlich-orthodoxe „Slawe“ als „böser Orientale“ wahrgenommen. Zur Zeit des Nationalsozialismus wurde die jüdische Gemeinschaft als „böser Orientale“ assoziiert, welche eine Gefahr für den Erhalt der deutschen Rasse war. Der „Araber“ war in diesem Kontext als potentieller Verbündeter des Deutschen Reiches anzusehen.

Die Entwicklung nach 1945 bringt jedoch die Ansicht des „bösen Orientalen“ als Araber und Türke zurück. Bruno Kreisky engagierte sich in den 1970er Jahren sehr dafür Länder nicht mehr durch Grenzen getrennt, sondern durch Brücken verbunden zu sehen. Dies wurde durch die „Waldheim-Affäre“ jedoch vereitelt.

Die vorherrschenden Primärmetaphern sind jedoch auch aus heutiger Sicht noch immer präsent. „Der Türke“ wird heute als der „böse Orientale“ in der Volkskultur angesehen. Die historische Vergangenheit wird in der ostösterreichischen Volkskultur und im öffentlichen Diskurs in Memoriam gehalten. Dies beschränkt sich nicht nur auf urbane Plätze, wie Denkmäler und Gedenktafeln (Heidenschuss, Türkenschanzpark...), sondern auch auf die Sprache und Schulbildung, welche vermittelt werden.

3.3 „BÖSER ORIENTALE“ ALS TEIL DER SPRACHKULTUR

Gingrich bringt in seiner Argumentation ein prägnantes Beispiel, welches die Präsenz der Ablehnung des „bösen Orientalen“ in der Volkskultur aufzeigt. Er zieht den alltäglichen Fluch „*Kruzitürken*“ heran. Dieser Fluch wird als Ausruf der Enttäuschung, Ungeduld oder Frustration angewendet und ist sowohl im privaten, als auch öffentlichen Raum stark vertreten. Es ist im Bewusstsein der Menschen festgesetzt, dass dieser Ausruf zwar eine negative Konnotation gegenüber „den Türken“ mit sich bringt, jedoch wird er allgemein als „harmlos“ akzeptiert. So ist es auch nicht unangebracht diesen vor Kindern auszusprechen. Gingrich streicht heraus, dass bei diesem Fluch kein Gegenüber benannt wird, sondern sich der Fluch an eine nicht anwesende Person oder in diesem Fall Gruppe wendet (im Gegensatz beispielsweise zu „Fahr‘ zur Hölle.“). (Gingrich 2010)

„Kruzitürken“ ist ein „regionaler Fluch“, welcher vor allem in Ostösterreich und Wien verwendet wird – in der Hochdeutschen Sprache jedoch nicht verständlich ist. Hierbei

verweist Gingrich auf eine Exklusion anderer deutschsprachiger Gruppen, wie aus Deutschland stammenden Personen, und eine Inklusion der Gruppe der ÖsterreicherInnen. (Gingrich 2010) Dies zeigt das Element der Identitätsstiftung auf.

„Kruzitürken“ ist aufzuteilen in „Kruzi“, welches sich auf „Kruzifix“, ein Synonym für das kirchliche Kreuz, bezieht und „Türken“. Auch einem „Nicht-Österreicher“, welcher der deutschen Sprache mächtig ist, wird diese negative Konnotation auffallen. „Kruzitürken“ wird gedeutet als Aussage für „Kreuzigt die Türken“ und als abgeschwächte Form für den Ausruf „Kruzifix“ (hierbei in Bezug auf die katholische Kirche) verwendet. (Gingrich 2010)

„On the level of routine everyday speech behavior, „Kruzitürken“ occupies a unique position today as the most widely used of a relatively small number of standardized speech items with an anti-Turkish orientation. Few other standard speech formulas would be comparable to it in this cluster of vernacular German.” (Gingrich 2010 S. 77.)

Dieser Ausspruch ist nur eines unter vielen Beispielen in der ostösterreichischen Sprache, die eine negative Konnotation gegenüber der Gruppe von Türken und Türkinnen mit sich bringen. Es ist jedoch ein Ausspruch, welcher unbewusst von der Bevölkerung im Alltag verwendet wird. *„Yet the anti-Turkish cluster of folk culture continues to be powerful, and „Turk „often serves as a metaphor for aliens of all kinds. “Kruzitürken” therefore must be seen as a highly manifest element inside the wider and deeper hegemonic regional structure of frontier orientalism.”* (Gingrich 2010 S. 79.)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Wahrnehmung der “bösen Orientalen” weiterhin vorherrscht und im aktuellen öffentlichen Diskurs mit dem “Türken” gleichgesetzt wird. Die Verteidigung gegenüber dieser Gefahr gilt als identitätsstiftendes Merkmal, welches im öffentlichen Bewusstsein festsetzt. Im weiterfolgenden Diskurs wird aufgezeigt, wie dieses Bewusstsein von Politiker genützt wird, um den Migrationsdiskurs zu beschreiben, aber auch zu beeinflussen. „Guter und der böser Moslem“ sitzen bis heute im öffentlichen Denken der österreichischen Volkskultur fest. Die physische Bedrohung, welche durch den „Orientalen“ oder „Türken“ ausgestrahlt wird, wurde in der Vergangenheit überwunden, tritt jedoch heute durch aktuelle Migrationsströme auf einer anderen Ebene wieder ins öffentliche Bewusstsein.

4. „TÜRKENMYTHOS“ IN DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSKULTUR

In diesem Kapitel möchte ich nicht nur darlegen, in welcher Form sich der sogenannte „Türkenmythos“ in der österreichischen Volkskultur wiederfindet, sondern in weiterer Folge wie dieser im öffentlichen und urbanen Raum repräsentiert wird. Hierbei werde ich zwei Beispiele heranziehen, um diese Annahme zu belegen: Die Dauerausstellung der „Türkenbelagerungen“ im Wien Museum und das bereits verbotene Gemeindefest „Türkenritt“ im 17. Wiener Gemeindebezirk Hernals - die Beispiele sollen aufzeigen, inwiefern der „Türkenmythos“ im urbanen Geschehen der Wiener Stadtkultur aufscheint.

Wie bereits Gingrich erläutert, gilt die Erinnerung an die „Türkenbelagerungen“ von 1529 und 1684 als Teil der österreichischen Volkskultur und als identitätsstiftendes Merkmal. Es wird ersichtlich werden, dass die Erinnerungen an die „Türkenbelagerungen“ nicht nur im Bewusstsein der Gesellschaft manifestiert sind, sondern in der Stadtkultur – einem Museum, Denkmälern, Straßennamen oder Gemeindefesten – wieder zu finden ist.

4.1. WIEN MUSEUM

Im Zuge der Untersuchung der Wiener Stadtkultur im Bezug auf die „Wiener Türkenbelagerungen“ 1529 und 1683 ist ein Besuch im Wien Museum unumgänglich. Die sogenannten „Türkenbelagerungen“ liegen bis zu 500 Jahren zurück. Trotzdem stellt das Wien Museum zu diesen zwei historischen Ereignissen eine sogenannte „Dauer-Ausstellung“ in Zentrum des Museums. Hierbei handelt es sich, um ein komplettes Stockwerk, welches Relikte aus den beiden Kriegen ausstellt. Es werden Rüstungen, Kriegsbeute, Bilder zum Kriegsschauplatz, aber auch zurückgelassene Zelte des osmanischen Heeres ausgestellt. Es gibt Darstellungen über die Kriegsgeschehnisse am Feld und zur Not der Bevölkerung - Bilder als Beleg der „Grausamkeit des osmanischen Heeres“. In dieser Ausstellung wird ersichtlich gemacht, wie sehr die Stadt Wien und ihre Bevölkerung unter diesen Belagerungen gelitten haben. Erkenntlich wird ebenfalls, dass durch die Verteidigung der Stadt und dem Niederschlagen des osmanischen Heeres, das goldene Zeitalter für das Reich der Habsburger angebrochen war.

Am Eingang der Ausstellung befindet sich die erste Wetterfahne des Südturmes des Stephansdoms. Sie wurde nach der zweiten Türkenbelagerung 1683 abgenommen und mit der

Inschrift „Hac Solymanne Memoria Tua“ versehen. Dieser Ausspruch wird verstanden als „In Warnung an Süleyman“. Süleyman II war der Heeresführer der ersten Türkenbelagerung 1529. Die Wetterfahne gilt als muslimisches Zeichen, da diese einen Halbmond und einen Stern darstellt. Die ursprüngliche Bedeutung der Wetterfahne bezieht sich jedoch nicht auf den muslimischen Glauben, sondern verkörpert die Gewaltentrennung von Papst und des Kaisers im damaligen habsburgischen Reich.

Nach der zweiten Türkenbelagerung 1683 wurde diese jedoch als osmanisches Relikt entfernt und mit einer Warnung versehen. Der Stephansdom ist das Wahrzeichen Wiens. Im österreichischen Volksglauben gilt das Entfernen der Wetterfahne des Stephansdoms als statuiertes Exempel: Wien hat das osmanische Heer besiegt. Ein muslimisches Symbol auf dem christlichen Wahrzeichen der Stadt muss entfernt werden. Dies zeigt auch symbolisch den Sieg der Österreicher und wird bis heute in der österreichischen Volkskultur gelehrt.

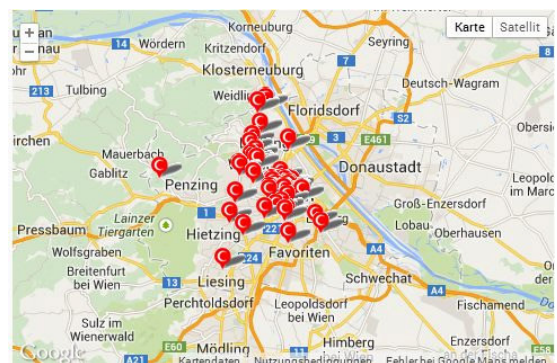
Es ist bemerkenswert, dass die Erinnerung an zwei Kriegsgeschehnisse, welche beinahe 500 Jahre zurück liegen, in einer Volkskultur so bewusst aufrechterhalten wird. Bereits Grundschüler besuchen diese Ausstellung und lernen über die „Türkengefahr“ der vergangenen Jahrhunderte und den großen Sieg des österreichischen Volkes. Dieses Wissen über Generationen weiter zu geben, gilt in der österreichischen Volkskultur als Tradition und als Teil der Volkskultur. Das Bewusstsein und die Erinnerungen an den Sieg gegenüber der „Türkenbelagerung“ gelten ebenso als identitätsstiftendes Motiv. Diese Aufrechterhaltung der Erinnerung ist ein wichtiger Punkt für den Erhalt des „Türkenmythos“.

4.2 TÜRKENGEDÄCHTNIS

Im öffentlichen und urbanen Raum der Bundeshauptstadt Wien ist das Wien Museum nicht der einzige Raum, der an die „Türkenbelagerungen“ erinnert.

“The whole city map of Vienna, in fact, can be read as a spatial pattern of mythological statements about the past, and about the past’s choreographic function for the present.” (Gingrich 2010 S. 78)

⁵Gingrich stellt ebenfalls fest, dass die Stadt Wien als Landkarte für Erinnerungen und Denkmäler für



⁵ <http://www.tuerkengedaechtnis.oeaw.ac.at/orte/>

die „Türkenbelagerungen“ gesehen werden kann - „Heidenschuss“ oder „Türkenschanzplatz“ sind nur eine der vielen Beispiele für die Denkmäler der historischen Erinnerungen. (Gingrich 2003) Die Österreichische Akademie der Wissenschaft hat dazu ein eigenes Projekt „Türkengedächtnis“ ins Leben gerufen.

„‘Türkengedächtnis’ ist ein Forschungsprojekt, in dem wir die Vorgänge um die Errichtung jener ‘Denkmäler’ erforschen, die an die ‘Türken’ (Osmanen) erinnern (...) Das immer wieder erneuerte ‘Türkengedächtnis’ eignete sich seit Jahrhunderten für Propagandazwecke, denn damit ließen sich Angst vor Bedrohungen schüren und Hoffnung auf Überwindung und Sieg erwecken.“ (Website www.tuerkengedaechtnis.at)⁶

Hierzu findet sich eine Liste aller „Türkendenkmäler“ in Wien und Umgebung, welche sich in der Stadtkultur manifestieren, um den „Türkenbelagerungen“ und den damit verbunden Siegen zu gedenken. Es ist darauf hinzuweisen, dass all diese Denkmäler den Sieg über die Osmanen, die Befreiung von den Osmanen oder die Unterwerfung der Osmanen darstellen.

Silvia Dallinger hat sich im Rahmen des Projektes „Türkengedächtnis“ mit einem speziellen Fest, dem „Türkenritt“, oder auch „Eselritt“ genannt, auseinandergesetzt. Der „Eselritt“ ist ein Gemeindefest des 17. Wiener Gemeindebezirkes, welches 1783 von Joseph II offiziell abgeschafft wurde. Dieses Fest dient der Erinnerung und der schauspielerischen Interpretation des Sieges gegenüber dem osmanischen Reich. 1927/28 wurde die Wohnhausanlage „Türkenritthof“ im 17. Wiener Gemeindebezirk in Memoriam der Vertreibung des osmanischen Reiches und des damit verbunden „Türkenrittfests“ gebaut. In den 1950er Jahren und den 1980er Jahren kam es zu einer Revitalisierung dieses Gemeindefestes.

„Der ‚Hernalser Eselritt‘ kann (...) als Hybrid aus verschiedenen kirchlichen, karnevalesken, saisonalen und Rechts-Bräuchen verstanden werden. Erst nach 1683 erhielt er einen politisch-historischen Charakter, als er sich als ‚ritualisierte Erniedrigung‘ des besiegten Feindes in der Populärkultur manifestierte. (...) Mit dem ‚Hernalser Eselritt‘ wurde nicht nur der Sieg über einen langjährigen Feind gefeiert, sondern seine Entstehungszeit fällt auch mit dem Beginn des sogenannten ‚Österreichischen Heldenzeitalters‘ zusammen (...) In diesem Sinne ist es denkbar, dass der Bezug auf diesen Brauch dem ‚Rumpfstaat‘ Österreich der Ersten Republik der patriotischen Selbstvergewisserung durch Berufung auf frühere Größe diene.“ (Dallinger 2013 S. 174-176)

⁶ Bild 1 im Quellenverzeichnis.

Dallinger liefert hierbei zwei wichtige Argumente: der politisch-historische Charakter der Repräsentation des erniedrigten Feindes, aber auch die Darstellung der Übermacht als identitätsstiftendes Motiv für die Volkskultur. Dies gilt als prägnantes Beispiel für den Erhalt des „Türkenmythos“ in der österreichischen Volkskultur – eines von vielen Beispielen, um die Erinnerung aufrecht zu erhalten. Das Gemeindefest des „Eselritt“ oder „Türkenritt“ gilt 2014 nicht mehr als aktuell – von Rechts wegen ist es nicht mehr möglich dieses zu feiern – jedoch liegt die letzte Revitalisierung dieses Brauches nicht allzu lange zurück.

Daraus lässt sich schließen, dass die stetige Erinnerung und die Glorifizierung der vergangenen Belagerungen eine gewisse Relevanz in der Tradition und Volkskultur der Österreicher und Österreicherinnen einnehmen. Tradition und Volkskultur gelten als Teil einer nationalen Identität – in diesem Falle gilt der „Türkenmythos“ als Teile der österreichischen Identität. Diese Facette der österreichischen Identität wird in weiterer Folge erklären, wie die rechtspopulistische Partei FPÖ einen dementsprechenden Erfolg erreichen kann. Ängste und Vorurteile der österreichischen Gesellschaft basieren auf dieser Facette der Identität und werden für einen Wahlerfolg politisch instrumentalisiert.

5. ÖSTERREICHISCHE MIGRATIONSPOLITIK SEIT 1960

Ich werde zunächst einen kurzen Überblick zur österreichischen Migrationspolitik seit den 1960er Jahren geben. Zwar hat dieses Kapitel keinen direkten Einfluss auf die Thematik der Auswirkung der politischen Instrumentalisierung, jedoch erachte ich es für wichtig, die Lage und die Entwicklung der Gesetzeslage darzustellen.

Die Veränderung der österreichischen Migrationspolitik zeigt eine direkte Verbindung zur Veränderung der Wahrnehmung von MigrantInnen in der österreichischen Gesellschaft auf. Ich werde in diesem Zusammenhang nicht jede einzelne Gesetzesveränderung der letzten 54 Jahre aufarbeiten. Mein Anliegen besteht darin, einen kurzen Einblick in die Färbung und in die Ausrichtung der österreichischen Migrationspolitik zu geben, um daraus einen bis heute geltenden Trend abzuleiten.

Die österreichische Migrationspolitik seit 1960 kann in vier Phasen unterteilt werden. Die erste Phase von 1960 bis 1973 ist als „Gastarbeiterregime“ bekannt. Seit den 1950er Jahren entstand in Österreich eine immer größere Nachfrage nach Industriearbeitskräften, welche eine Forderung nach der Liberalisierung der Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitskräfte mit sich zog. Diese wurden anfänglich von den Gewerkschaften abgelehnt. Aufgrund der immer größeren Nachfrage wurde 1961 in Österreich das „Raab-Olah“-Abkommen, welches den Zugang ausländischer Arbeitskräfte zum österreichischen Arbeitsmarkt legitimierte, unterzeichnet. Dies führte zur aktiven Rekrutierung von Arbeitskräften aus Südosteuropa und mediterranen Ländern nach Österreich. „Gastarbeiterregime“ bezeichnet ein System von Arbeitsmigration, welches auf Zeit ausgelegt war – der Arbeiter oder die Arbeiterin wurde als „Gast“ in Österreich angesehen und hatte somit nur eine temporäre Arbeitserlaubnis. (Heftfleisch 2011)

1962 schloss Österreich ein Arbeitshandelsabkommen mit Spanien und Italien. 1964 mit der Türkei und 1966 mit dem damaligen Jugoslawien. Die Arbeitsunternehmen waren nicht verpflichtet, einen Arbeitskräftemangel bei der Anwerbung anzugeben. 1961 wurde ein Kontingent von 16 000 Arbeitsplätzen für ausländische Arbeitskräfte pro Jahr vom österreichischen Staat vorgegeben. Die komplette Rekrutierung war auf dem „Gastarbeiterregime“ aufgebaut, dies impliziert ein Rotationssystem von ArbeiterInnen – Wohnansässigkeit und Integration war in diesem Zusammenhang kein Anliegen. 1973 wurden 230 000 „GastarbeiterInnen“ in Österreich dokumentiert (43% davon waren Frauen). (Heftfleisch 2011)

1974 wird als Anfang der zweiten Phase der österreichischen Migrationspolitik gesehen. Die Erdölkrise und die folgende Wirtschaftskrise hatten große ökonomische Auswirkungen auf Österreich, was einen Anwerbestopp und eine Beendigung der „Touristenbeschäftigung“ mit sich zog. Dies führte dazu, dass die meisten „Gastarbeiter“ nun nicht mehr Österreich temporär verließen, um ihre Familien zu besuchen, sondern versuchten ihre Familien nach Österreich nachzuholen. Der österreichische Staat setzte bis dahin keine gesetzlichen Vorlagen für Integration oder Familienzusammenführung um.

Erst in den 1980er Jahren wurde von Sozialminister Dallinger ein soziales Netz für Beratungsdienste für MigrantInnen in sechs von neun Bundesländern konstituiert.

Die dritte Phase der österreichischen Migrationspolitik begann 1990, als es zu weiteren Auflagen des „Fremdengesetzes“ und des „Aufenthaltsgesetzes“ kommt. *„Die Reform des AuslBG 1990 kam den Forderungen der Gewerkschaft aber nur teilweise nach: die neu eingeführte Bundeshöchstzahl legte fest, dass höchstens 10% der Beschäftigten in Österreich ausländische StaatsbürgerInnen sein dürfen. Kategorien nach den verschiedenen Aufenthaltsgründen und Quoten für diese Kategorien wurden mit dem Fremdengesetz 1992 eingeführt, wobei die exakte Beschreibung der Kategorien und die Quotensetzung in den folgenden Jahren immer wieder abgeändert wurden. So auch im sogenannten „Integrationspaket“ 1997. Festgeschrieben wurde das Prinzip „**Integration vor Neuzuzug**“.“* (Fuchs 2012)

Das Integrationspaket von 1997 festigte eine Quotenregelung für ausländische Arbeitskräfte von 8.000 MigrantInnen pro Jahr. Die Konzentration der österreichischen Regierung galt der Integration der bereits in Österreich ansässigen MigrantInnen.

Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union 1995 veranlasste die österreichische Rechtsprechung jedoch Abstand von Paradigma „Arbeitsmarkt als öffentliches Gut für Staatsbürger“ zu nehmen. *„Zwar setzte Österreich bei der Erweiterung noch lange Übergangsfristen für den Arbeitsmarktzugang für Bürger der neuen Mitgliedsstaaten durch, doch mit der Umsetzung der EU-Integrationsacquis kam es zu einer weitgehenden rechtlichen Angleichung der langansässigen Nicht-EU-Bürger am Arbeitsmarkt.“* (Perchinig 2010 S.23)

In diesen Zeitraum fällt auch das Aufkommen der politischen Stärke der FPÖ. Der damalige Parteiobermann Dr. Jörg Haider forcierte eine „Anti-Ausländerpolitik“ in den nachfolgenden Jahren. Dies führte auf internationaler Ebene zu einer Isolierung Österreichs. Jedoch brachte

er somit die Thematik der „Ausländerbeschäftigung“ vor allem mit dem Volksbegehren „Österreich zuerst“ in den öffentlichen Diskurs.

Dies eröffnete die vierte Phase der Koalition von FPÖ und ÖVP. Anders als international erwartet, liberalisierte die Regierung jedoch den Arbeitsmarktzugang für MigrantInnen mit einem Mindestaufenthalt von 5 Jahren in Österreich. 2002 wurde das Fremdenrecht reformiert. In Folge dessen wurde ein verpflichtender Deutsch-Sprachkurs als Voraussetzung für eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung vorgeschrieben. In diesem Zusammenhang gelangte auch der Terminus „Schlüsselkraft“, welcher die weitere Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften minimieren sollte, in den politischen Diskurs. Die Quotenregelung sollte nun auf „Schlüsselkräfte“ umgesetzt werden, um eine „qualitative Migration“ zu forcieren.

Da nun auf rechtlicher Ebene die Immigration immer weiter restringiert wurde, veränderte sich im öffentlichen Diskurs die Bedeutung von Integration. Die langjährige Fokussierung auf den Arbeitsmarkt wurde abgelöst durch die Thematik der „Anpassungsleistung der MigrantInnen“ und „Feststellung der Integrationswilligkeit“. (Perchinig 2010 S.24)

Diese Thematik veränderte auch den Fokus der Gesetzesschreibung. 2005 beschloss Österreich durch die Staatsbürgerschafts-Novelle weitere Vorgaben für die Erlangung der Staatsbürgerschaft. Darunter fällt bis heute nicht nur ein gewisses Level von Sprachkenntnissen, sondern ebenfalls eine „Prüfung über die „Grundkenntnisse der demokratischen Ordnung der Republik Österreich und (die) Geschichte Österreichs.“. (Perchinig 2010 S. 26)

Seit 2006 gilt „Scheinehe“ und „Scheinadoption“ für das Erlangen der österreichischen Staatsbürgerschaft als krimineller Akt. Die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft wurde als immer schwieriger zu erhaltendes Privileg angesehen.

Österreich hat sich in seiner „Migrationspolitik“ einer großen Wandlung unterzogen. In der 2. Republik hat die österreichische Migrationspolitik Anfang der 1960er Jahre noch den Anspruch auf Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften gelegt. In diesem Kontext wurden „GastarbeiterInnen“ als ein positives Phänomen wahrgenommen. Diese Wahrnehmung obliegt einem Wandel von „GastarbeiterIn“ hin zu „AusländerIn“ und wird mit einem stetigen Restringieren der Gesetzeslage unterstützt. Die fehlenden Integrationsmaßnahmen von den 1960er Jahren der „GastarbeiterInnen“ bis in die 1980er Jahre führte zu Konsequenzen auf gesellschaftlicher Ebene, die bis heute andauern.

MigrantInnen wurden von Anfang an nur als „temporäre Notwendigkeit“ angesehen, welche kein dauerhaftes Recht auf Aufenthalt erhalten sollten. Dies wurde durch die Gesetzesänderungen im öffentlichen Bewusstsein noch tiefer verankert. Im allgemeinen Verständnis ist „der Staat“ das Organ, welches den Bürger und die Bürgerin schützen soll. Gesetze zur Quotenregelung erzeugen das Gefühl, bereits „zu viele MigrantInnen“ im Staat zu haben – die sogenannte „Das-Boot-ist-voll-Mentalität“. Gesetze gelten in diesem Kontext als Schutzfunktion gegenüber dem „Fremden“, wie bereits der Ausdruck „Fremdengesetz“ impliziert.

Dies verleitet zur Annahme, dass es einen „einfachen“ Grund geben muss, dass MigrantInnen nicht nach Österreich gelassen werden sollen – sie stellen eine Gefahr oder zumindest einen Störfaktor für Österreich und „die österreichische Gesellschaft“ dar. Die allgemeinen Vorbehalte gegenüber MigrantInnen, (beispielsweise das Argument „Sie nehmen uns die Arbeit weg.“) werden dadurch unbewusst bestätigt, da sogar auf staatlicher Ebene Vorkehrungen dagegen getroffen werden. Wie bereits erwähnt, hat sich im öffentlichen Diskurs die Wahrnehmung von Integration von der rechtlichen Ebene auf eine „Bringschuld der MigrantInnen“ manifestiert – dies wird auch in meiner weiteren Darlegung der Politik der FPÖ aufgezeigt. Sowohl die aktuelle, als auch die vergangene Migrationspolitik hat indirekten Einfluss auf die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“, da diese die Angriffsfläche zur Thematik Migration in der Gesellschaft beeinflusst und geformt hat. Die Migrationspolitik der letzten 20 Jahre ist gekennzeichnet durch einen Trend, der den Fokus auf Integration legt. Die Politik möchte aufzeigen, aus den Fehlern der „Gastarbeiterregimes“ gelernt zu haben. Jedoch stellt sich die Frage, wie „Integration“ in diesem Zusammenhang verstanden wird – Integration als Assimilation?

Diese Komponente sollte bei der weiteren Analyse der Forschungsdaten zu den Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ nicht außer Acht gelassen werden. Meiner Ansicht nach legitimiert die aktuelle und vergangene österreichische Migrationspolitik bestehende Vorbehalte vor Migration und MigrantInnen – in diesem Zusammenhang fundiert sie eine Angriffsfläche für politische Instrumentalisierung.

6. IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ

Um eine weiterreichende Analyse der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ zu erreichen, werde ich anfänglich einen Einblick in die Politik der Freiheitlichen Partei Österreich geben müssen. Es ist anzumerken, dass die politische Partei FPÖ aus dem „rechten Lager“ entspringt und in Österreich im Moment jene Partei ist, welche sich am intensivsten mit dem „Anti-Türken-Thema“ beschäftigt. Dieses Kapitel wird unterteilt werden in die Vorgeschichte, welche durch den ehemaligen und heute bereits verschiedenen Parteiohmann Dr. Jörg Haider geprägt ist – und in die aktuelle Politik, welche durch den Parteiohmann Heinz-Christian Strache weitergeführt wird.

Ich möchte mit diesem Kapitel die Ausrichtung des rechten Lagers der FPÖ aufgreifen und die Einstellungen zu ausschlaggebenden Themen wie Migration, Kultur und Religion darlegen – infolgedessen wird die Motivation der politischen Instrumentalisierung ersichtlich. Eine dezidierte Besprechung der Entwicklung der Partei liegt nicht im Rahmen dieser Arbeit, jedoch erachte ich es als wichtig, einen kurzen Überblick über den ideologisch-inhaltlichen Aufbau der Partei zu geben.

6.1. IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ: DR: JÖRG HAIDER

Susanne Frölich-Steffen beschreibt in ihrem Essay „Die Identitätspolitik der FPÖ“ die Entwicklung und das Aufkommen der rechtspopulistischen Partei FPÖ. Anfänglich klärt sie den Begriff „rechtspopulistisch“ ab: *„Gemeinhin werden solche Parteien als rechtspopulistisch bezeichnet, die in der Bevölkerung latent oder offen vorhandene Ressentiments gegen tatsächliche oder vermeintliche, vor allem gesellschaftliche, Veränderungen aufgreifen und erfolgreich mobilisieren. Sie erklären sich zu Fürsprechern des „einfachen Mannes“, konstruieren oder verstärken eine Frontstellung zwischen der „schweigenden Mehrheit“ und den jeweiligen Machthabern und berufen sich auf einen hypothetischen Volkswillen, den sie mit verschiedenen Konzepten plebiszitärer Demokratie durchsetzen wollen.“* (Frölich-Steffen 2004 S. 281)

Genau dies erreicht Dr. Jörg Haider in den 1990er Jahren mit seinem Aufschwung der FPÖ. Aufgrund der fortschreitenden Globalisierung, kommt es zu einer zunehmenden kulturellen Heterogenität im Lande und zu einer Auflösung der politischen und gesellschaftlichen

identitätsstiftenden Strukturen. Dies führt zu einem „Klima der Verunsicherung“. Jörg Haider schafft es, diese Verunsicherung in der Bevölkerung für sich und seine Partei zu gebrauchen. (Frölich-Steffen 2004)

Problematisch ist hierbei die starke Anlehnung an das deutschnationalistische Identitätskonzept, welche in der österreichischen Gesellschaft von der Mehrheit meist abgelehnt wurde – *„eine Berufung auf Sprache, Kultur und Geschichte das Konzept einer Großdeutschen Kulturgemeinschaft“*. (Frölich-Steffen 2004 S. 283)

Die FPÖ galt ab 1986 als regierungsunfähig (Dr. Jörg Haider wurde in diesem Jahr Parteiohmann), da es zu wiederholten Relativierungen mit der NS-Vergangenheit kam. 1986 wurde die Koalition zwischen FPÖ unter Norbert Steger und SPÖ unter Bruno Kreisky aufgelassen – Neuwahlen wurden gefordert – ÖVP und SPÖ wurden erneut Regierungspartner.

Die Stimmung nach der Gründung der 2. Republik Österreich tendierte zu einem Zugehörigkeitsgefühl als „Österreich als eigene, unabhängige Nation“. Im Zuge der zweiten Republik wurde allgemein ein „Österreich-Patriotismus“ in der Gesellschaft gefördert. Österreich als eigene Nation stand im Mittelpunkt. Als auch die FPÖ diesem Trend folgte und dies durch einen charismatischen Sprecher – Jörg Haider – förderte, stiegen die Wahlergebnisse. (Frölich-Steffen 2004)

Die dezidierte Ablehnung einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union stand bereits damals im Zentrum des freiheitlichen „Österreich-Patriotismus“. Haider konstruierte eine „Wir-Gruppe“ von ÖsterreicherInnen, welche durch aktive Exklusion ein Zugehörigkeitsgefühl herauf beschwor. Diese „Wir-Gruppe“ steht unter dauerhafter Bedrohung von außen und muss verteidigt werden – dies zeigte sich evident, als das Thema der Osterweiterung in der Europäischen Union am Tagesplan stand: *„Der neue Österreich-Patriotismus wirkte nach außen hin wie eine programmatische Wende weg vom Deutschnationalismus, trug aber fast ausschließlich exklusive Merkmal, in Form von **Anti-Multikulturalismus, Anti-Europäismus und Anti-Ausländerpolitik**. Damit Knüpfte die FPÖ an die in der Bevölkerung vorhandenen Globalisierungsängste und xenophoben Einstellungen an und retuschierte diese als Österreich-Patriotismus.“* (Frölich-Steffen 2004 S. 289.)

In diesem Zusammenhang muss eine der berühmtesten - für diese Forschung relevante - Wahlparole von Dr. Jörg Haider erwähnt werden: **„Wozu haben unsere Vorfahren unser**

Land gegen die Türken verteidigt, wenn wir sie jetzt wieder hineinlassen?“ (Gingrich 2003 S. 113.) Diese wird in weiterer Folge genauer analysiert werden.

1999 erhält die FPÖ bei den Nationalratswahlen 26,9 Prozent der Wählerstimmen und kann mit der ÖVP (Österreichischen Volkspartei) in die Regierung eintreten. Dies führt zu einer der größten Demonstrationen in Wien - auch international waren die Gegenstimmen stark. Mit Eintreten 1999 in die österreichische Bundesregierung musste die FPÖ zumindest auf Bundesebene ihre offensichtlich abwehrende Haltung gegenüber der Europäischen Union anpassen.

Die FPÖ konnte sich bis 2002 in der Regierung halten. Es kam zu vielen Rücktritten und „Comebacks“ von Dr. Jörg Haider und anderen Parteimitgliedern, aber auch zu rechtsextremen öffentlichen Aussagen mit Anlehnung zum Nationalsozialismus, was dem öffentlichen Ansehen der Freiheitlichen Partei schadete. 2005 kommt es zu einer Abspaltung des BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) von der FPÖ. Das BZÖ brachte hauptsächlich in Kärnten, der Landeshauptstadt von Dr. Jörg Haider Erfolg mit sich. Der neue charismatische Sprecher der FPÖ war und ist bis heute der Parteiobmann Heinz-Christian Strache, welcher mit rechtspopulistischem Gedankengut die Partei weiter zu hohen Wahlergebnissen führt.

„Die Identitätspolitik der FPÖ hatte fast ausschließlich exklusiven Charakter. (...) durch fremdenfeindliche Parolen suggerierte sie ihren WählerInnen, das eigene Kollektiv gegen Bedrohungen von außen schützen zu können.“ (Frölich-Steffen 2004 S. 291) Dieser Anspruch hat sich auch durch einen Wechsel des Parteiobmanns von Haider zu Strache nicht verändert und wird im folgenden Teil durch das aktuelle Parteiprogramm erörtert.

6.2. IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ: HEINZ-CHRISTIAN STRACHE

Die heutige Parteipolitik wird durch den Parteiobmann Heinz-Christian Strache verkörpert. Hierbei steht ebenfalls die „Ausländer-Politik“, also die Thematik der Migration, Integration, Religion und Kultur im Mittelpunkt. Im Zuge der Forschung wurden sowohl das offizielle Parteiprogramm der FPÖ, wie auch die letzte Ausgabe des sogenannten „Handbuch freiheitlicher Politik“ analysiert.

Das Parteiprogramm der FPÖ unter Heinz-Christian Strache wurde am 30. ordentlichen Bundesparteitag am 18. Juni 2011 neu beschlossen. Das Parteiprogramm fasst die politischen

Einstellungen und Ausrichtungen der Freiheitlichen Partei Österreichs zusammen – das „Handbuch freiheitlicher Politik definiert diese Ansätze genau.

Kultur wird im freiheitlichen Verständnis als identitätsstiftendes Merkmal einer Gesellschaft beschrieben. *„Kultur schließt **alle Lebensformen**, die im Laufe unserer Geschichte in unserem Sprach- und Kulturraum gewachsen sind, ein. (...) Die Bewahrung der Identität gelingt aber nur, indem die Tradition aktiv weiterentwickelt und fortgeführt wird.“* (Handbuch freiheitlicher Politik 2013 S. 258)

Die Sprache gilt hierbei als wichtigster Katalysator, welcher diese Kultur und Tradition weitervermittelt. Aufgrund dessen pocht die freiheitliche Parteipolitik bei der „Einbürgerung“ auf bereits erprobte Deutschkenntnisse. *„Unsere Traditionen, Sitten und Gebräuche, unsere Sprache, Lieder und Gebete, die Werke unserer Dichter, Denker und Musiker, sind das, was uns ausmacht. Unsere **Werte haben unser Zusammengehörigkeitsgefühl** mitgeprägt.“* (Handbuch freiheitlicher Politik 2013 S. 259)

Die Parteilinie forciert sehr stark die Notwendigkeit, die österreichische Gesellschaft vor einer drohenden Gefahr zu schützen. Hierbei zielt sie auf zwei bestimmte Gegenpole ab, welche als Angreifer der österreichischen Kultur und Identität wahrgenommen werden: zum einen „Europa und die EU“ als Feindbild; zum anderen „Fremde“, MigrantInnen und dezidiert „der Islam“ als Gefahr – oder im schlimmsten Fall „Europa, welches neue muslimische MigrantInnen zuführt“.

Die Themenpunkt 8-9 des Parteiprogrammes zum Thema „Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur“ und „Weltoffenheit und Eigenständigkeit“ bringt einen interessanten Aspekt dar, welcher eine dauerhafte und vermeintliche Bedrohung „anderer Kulturen“ subtil benennt.

*„Unsere **abendländische Kultur** ist reichhaltig und vielfältig. Sie verbindet die europäischen Kulturnationen. Der Erhalt unserer Kulturdenkmäler hat dabei für uns hohe Bedeutung. Es gilt, ausgehend vom hohen erreichten Niveau, die freie **Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur** zu ermöglichen und **unsere Muttersprache als wichtigstes kulturstiftendes Element zu schützen**. (...) Neben Eigenständigkeit und Freiheit sind die Liebe zu unserer Heimat und den Menschen in unserem Land, die Pflege unserer Traditionen, unserer Identität und unserer Kultur Grundlage für unsere Weltoffenheit. Wer seine eigene Kultur und Herkunft schätzt, **kann andere Kulturen aufrichtig achten oder sich nötigenfalls ihrer erwehren, wenn sie aggressiven, unsere eigene Kultur verdrängenden Charakter zeigen.**“* (Parteiprogramm der FPÖ 2011. S. 15 f.)

Die „eigene, abendländische Kultur“ gilt es gegenüber „fremder Kulturen“ zu schützen. Die deutsche Sprache spielt hierbei eine ausschlaggebende Rolle für die Identitätsbildung der österreichischen Kultur.

Der zweite Teil des Statements impliziert jedoch das gegebene Bewusstsein gegenüber der Bedrohung der „eigenen Kultur“. Die ständige Bedrohung einer von außen drohenden Gefahr schwingt hierbei immer als ausschlaggebendes Motiv für die Identitätsbildung mit. Dies definiert im weiteren Sinn den Umgang in der Auseinandersetzung mit „anderen Kulturen“. „Wir“ als eine Einheit und „die Anderen“ als eine Gefahr, gegen die es sich zu verteidigen gilt.

Die Parteilinie der FPÖ wertet die Verteidigung gegenüber dieser Bedrohung als identitätsstiftendes Motiv der österreichischen Gesellschaft und forciert dieses stark im Bewusstsein der Wählerschaft. Horaczek und Reiterer zitieren dazu Walter Ötsch, welcher in seinem Buch „Haider light“ Haider und Strache als Demagogen bezeichnet:

„Das demagogische Welt-Bild ist in seinem Kern ein Verschwörungs-Mythos. DIE DA haben sich gegen UNS verschworen. Der erfundenen Gruppe DER ANDEREN werden dabei geheimnisvolle Vorgänge unterstellt. Alles, was man nicht versteht und was einen bedrückt, kann DEN ANDEREN in die Schuhe geschoben werden. Schuld sind DIE.“ (Horaczek/ Reiterer 2009 S. 196.)

„Die Anderen“ sind in diesem Fall Migranten und Migrantinnen, welche in Österreich ansässig sind oder ansässig werden wollen. „Die Länder, aus denen die „neuen Europäer“ angeworben werden sollten, sind fast ausschließlich islamische Staaten. (...) dass die Massenzuwanderung aus der islamischen Welt ein eminentes Sicherheitsrisiko darstellt. Die kann zu einem Trojanischen Pferd für den Import islamischer Fundamentalisten und Terroristen werden. (...) Für die FPÖ ist der effektive Schutz Europas gegen Gefahren, wie den Terrorismus, aggressiven Islamismus, (...)“ (Handbuch der freiheitlichen Politik 2013 S. 284)

Die freiheitliche Politik zieht im Bezug auf die Thematik Kultur, Migration und Religion oft die Termini „Werte“, „unsere Werte“ bzw. „abendländische Werte“ heran. Dies bedeutet bestimmte Voraussetzungen, bestimmte Charakteristika, welche eine Gesellschaft - in diesem Fall die österreichische Gesellschaft – definieren können. Aus anthropologischer Sichtweise ist diese Definition von „Werte“ nicht erprobbar. „Werte“ gelten als Konstrukt, um eine Gesellschaft und deren Merkmale zu erfassen. Bei einer heterogenen Gruppe wie der

Gesellschaft eines Staates, ist es jedoch nicht möglich, ein generelles Werteschema aufzugreifen, welche dem Ausdruck der Gesellschaft entspricht.

„Werte“ im Zusammenhang des Parteiprogrammes sind Termini wie „Freiheit“, „Modernität“, „Patriotismus“, „Demokratie“, „Frieden“ und „christlicher Glauben“. Ein österreichischer Staatsbürger oder eine österreichische Staatsbürgerin strebt nach diesen „Werten“, welche schlussendlich die österreichische Identität bestimmen. MigrantInnen und vor allem muslimische MigrantInnen entsprechen laut FPÖ dem gegensätzlichen Ideal des österreichischen Staatsbürgers oder der österreichischen Staatsbürgerin. Die FPÖ spricht von einer sogenannten „Bringschuld“, welche Migranten und MigrantInnen gegenüber dem österreichischen Staat entgegen bringen müssten. *„Doch Integration ist nur in eine Mehrheit und nicht in eine Minderheit möglich. Die FPÖ steht für Null-Toleranz bei Integrationsverweigerung, Überwachung der Integration und Abschiebung bei Nichteinhaltung.“* (Handbuch der freiheitlichen Politik 2013 S. 39) Weiterführend rechnet die FPÖ muslimischen MigrantInnen ebenfalls den Wunsch der Einführung der Scharia im österreichischen Rechtssystem an.

„Der Islam“ und muslimische TürkInnen werden mit Unterdrückung, Gewalt gegen Frauen, Zwangsehen und Fundamentalismus gleichgestellt. Diese generalisierte Ansicht der muslimischen Religion wird seitens der FPÖ vehement abgelehnt. Ebenso soll diese keine Möglichkeit bekommen, sich in der österreichischen Volkskultur, wie auch im urbanen Leben, zu etablieren. *„ Wesentlicher Bestandteil unserer Leitkultur ist die Vielfältigkeit unserer Architektur, die seit Jahrhunderten Ausdruck der angestammten Volksgruppe in Österreich ist. (...) Das **Errichten von Symbolen, die einen fremden Herrschaftsanspruch über seine Heimat verkörpern, und von politisch-religiösen Siegeszeichen wie Minaretten** widerspricht der Errungenschaft der Säkularisierung und soll in Österreich unterbleiben.“* (Handbuch der freiheitlichen Politik 2013 S. 51)

Aufgrund der Dichotomie von „abendländischen Werten“ und „morgenländischen Werten“ lehnt die FPÖ auch die Türkei als neuen EU-Mitgliedsstaat ab. Die Begründung liegt hier nahe: *„Ziel der europäischen Integration ist die Gemeinschaft jener Staaten, die geographisch, historisch und geistig-kulturelle Europa ausmachen, und die den europäischen Werten von individueller Freiheit in allen ihren politischen, weltanschaulich-religiösen und wirtschaftlichen Aspekten im Einklang mit sozialer Solidarität verbunden sind. Diese genannten Kriterien erfüllt die Türkei in keinster Weise.“* (Handbuch der freiheitlichen Politik 2013 S. 278.)

Ich möchte drauf hinweisen, dass all diese Beispiele aus dem offiziellen Parteiprogramm oder aus dem offiziellen „Handbuch der freiheitlichen Politik“ - herausgegeben durch die FPÖ - stammen. Die Beispiele versuchen das allgemeine Klima der freiheitlichen Politik heute aufzugreifen, um so einen Einblick in deren Ausrichtung zu geben.

6.3 IDENTITÄTSPOLITIK DER FPÖ: „3. TÜRKENBELAGERUNG“

An der aktuellen Politik der FPÖ ist die Theorie „bösen Moslems“ von Andre Gingrich ersichtlich nachzuweisen. Die FPÖ suggeriert durch ihre Politik und die damit verbundenen politischen Statements die Furcht vor dem „bösen Moslem“, welcher sich in die Gesellschaft infiltriert. Die Bedrohung, die von diesem „bösen Moslem“ ausgeht, variiert zu der kriegerischen Bedrohung aus den Jahren 1529 und 1683.

Die Angst vor „Terrorismus“ durch den „bösen Moslem“ wird zwar suggeriert, jedoch ist dieses nicht die „Hauptgefahr“ – „Türkengefahr“ – die durch ihn ausgeht. „Terrorismus“ ist in der heutigen Zeit ein sehr weitgefächerter Begriff. Es liegt nicht im Rahmen dieser Arbeit, diesen zu diskutieren. Trotzdem ist es meines Erachtens wichtig darauf hinzuweisen, dass auch in Österreich die automatische Verbindung von „Islam“ und „Terror“ – „Islamismus“ und „Terrorismus“ – im allgemeinen, öffentlichen, wie auch privaten Bewusstsein wieder zu finden ist.

Die „wirkliche Türkengefahr“, die durch den „bösen türkischen Moslem“ ausgeht, ist die Vernichtung der österreichischen Kultur und der österreichischen Identität. Türkische MigrantInnen ziehen nach Österreich, bringen eine „andere“ Kultur, Tradition, Religion und Sprache mit sich. Dem „bösen, türkischen Moslem“ wird Integrationsunwille zugeordnet, welcher die anhaltende Praxis der „fremden“ Kultur, Tradition, Religion und Sprache impliziert. Die „Türkengefahr“ bedeutet, dass der „böse türkische Moslem“ in der nahen Zukunft durch Migrationsströme zahlenmäßig überlegen sein wird. Die zukünftig mögliche quantitative Überlegenheit türkischer MigrantInnen bedroht den Erhalt der österreichischen Kultur und Identität.

Hierbei kann bereits eine Parallele zwischen Türkenbelagerungen und aktueller Situation gezogen werden. 1529 und 1683 galt das osmanische Heer, welches die Stadt Wien und Umgebung besetzen und untergeben wollte, als die „Türkengefahr“. Dies implizierte sowohl die Vernichtung der österreichischen Kultur, aber auch die Hinrichtung der österreichischen

Bevölkerung. Befreit wurden die ÖsterreicherInnen durch das Militär. Die heutige Situation wird in manchen Fällen als „3. Türkenbelagerung“ präsentiert. Die „3. Türkenbelagerung“ spielt sich jedoch auf einer anderen Ebene ab: Die Belagerung findet durch MigrantInnen statt, die sich im Staat niederlassen und durch die „fremde“ Kultur die „eigene Kultur“ bedrohen. Statt kriegerischen Waffen gelten Integrationsunwille und das Praktizieren der „fremden“ Kultur, Tradition, Religion und Sprache als Waffen. Befreit werden kann Österreich durch die Politik der FPÖ.

Gingrichs Motiv „des Arabers“ oder des „bösen Moslems“ wird mit dieser Politik wieder aufgegriffen und instrumentalisiert. Die „Türkengefahr“ wurde einem Wandel unterzogen, sodass die Gefahr nicht mehr das Leben oder den Tod fordert – jedoch bildlich gesprochen – das Leben oder den Tod der österreichischen Identität bedroht.

Die österreichische Gesellschaft ist nun schon lange durch eine rechtspopulistische Politik der Partei FPÖ geprägt. Das letzte Wahlergebnis, bei dem die FPÖ 20,51 Prozent erreichte⁷, bestätigt auch den Zuspruch in der Gesellschaft. Die „Türkengefahr“ wird in der rechtspopulistischen FPÖ fortwährend als Motiv ihrer Migrationspolitik gebraucht. Die „Ausländer-Politik“ ist der Kernpunkt der Parteipolitik der FPÖ. Aufgrund dessen wird in dieser Forschung auch ein so großes Augenmerk auf die FPÖ gelegt. Keine andere Partei in Österreich beschäftigt sich so intensiv mit der Thematik der MigrantInnen in Österreich, wie die FPÖ – diese kann als Charakteristikum der freiheitlichen Politik gesehen werden.

Dieser kurze Einblick in die Politik der FPÖ versucht durch einige Beispiele des Parteiprogrammes oder politischen Statements die Motivation und die politische Grundlage für die politische Instrumentalisierung der historischen Ereignisse des „Türkenmythos“ zu erklären. Durch diese Erläuterungen sollte das nachfolgende Kapitel, welches sich mit der politischen Instrumentalisierung der „Türkenbelagerungen“ anhand von Beispielen auseinandersetzt, verständlicher gemacht werden.

⁷ Quelle: amtliches Wahlergebnis ORF.

7. POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG DER „TÜRKENBELAGERUNG 1529 UND 1683“

In diesem Kapitel werden einige Beispiele der politischen Instrumentalisierung von historischen Ereignissen durch die rechtspopulistische Partei FPÖ dargelegt. In diesem Zusammenhang soll auch darauf eingegangen werden, inwiefern die politische Instrumentalisierung eine Gewichtung auf der Ebene des sozialen Zusammenlebens mit sich bringt, da diese für die Analyse der Auswirkungen der Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ von belangen sein wird. Anfänglich muss erklärt werden, in welchem Sinne „politische Instrumentalisierung“ zu verstehen ist.

Migration und MigrantInnen stehen adäquat zur Wahrnehmung des „Fremden“, welches Furcht und Ablehnung in einer Gesellschaft erschaffen kann. Wie bereits im vorhergehenden Kapitel festgestellt wurde, arbeitet die FPÖ mit einer Politik der „Exklusion“, um ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation zu schaffen. Die Gruppe, welche exkludiert wird, sind in diesem Fall MigrantInnen – in diesem speziellen Fall muslimische MigrantInnen aus der Türkei. Hierbei werden die Ängste und Vorbehalte gegen eine bestimmte ethnische und religiöse Gruppe forciert, die für alle negativen Umstände – von Arbeitslosigkeit bis hin zum Terrorismus – verantwortlich gemacht werden. Die Zuordnung der FPÖ von türkischen, muslimischen MigrantInnen ist äquivalent zum Motiv des „Bösen Moslem“.

Diese Vorbehalte und Ängste habe ich als „Türkenmythos“ bezeichnet, welcher alle Stereotype, Vorurteile und Ängste vor einer bestimmten Gruppe „der Türken“ beschreibt. In der österreichischen Gesellschaft (diesen Terminus verwende ich bewusst mit der Anmerkung, dass diese Aussage nicht auf jeden Einzelnen zu projizieren ist, sondern vorsichtig eine Grundstimmung wiedergibt) gilt der „Türkenmythos“ als Teil der Volkskultur, von welcher stetig eine „Türkengefahr“ ausgeht. Die „Türkengefahr“ möchte das sogenannte „Abendland“ unterwerfen und das Christentum durch den Islam missionieren.

Die rechtspopulistische Partei FPÖ verwendet diesen „Türkenmythos“ und diese „Türkengefahr“. Sie forciert in ihren Wahlprogrammen und politischen Statements die Angst vor einer kommenden Bedrohung – aber auch das Bewusstsein, dass diese Bedrohung bereits in der österreichischen Historie bestand hatte und besiegt wurde.

7.1. POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG

Die politische Instrumentalisierung der „Türkengefahr“ unterteilt sich in zwei verschiedene Modi. Zum einem wird ein historischer Bezug genommen auf die „Türkenbelagerungen“ der Jahre 1529 und 1683 – zum anderen wird „der Islam“ und „die Türkei“ als Feindbild in der öffentlichen Wahrnehmung dargestellt.⁸

Dies geschieht mit einer „indirekten Instrumentalisierung“ oder auch mit einer „direkten Instrumentalisierung“ der „Türkengefahr“. Hierzu werde ich einige Beispiele politischer Aktionen herausgreifen und analysieren.

7.1.1 INDIREKTE POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG



Ein konkretes Beispiel für die indirekte politische Instrumentalisierung der „Türkengefahr“ sind Wahlplakate: die FPÖ ist in Österreich bereits bekannt für ihre provokanten und auch als grenzwertig angesehenen Wahlplakate. Als in Österreich lebende Person sind mir all diese Plakate bekannt - für Außenstehende habe ich drei Beispiele aus dem Jahr 2005- 2006 dokumentiert. „Abendland in Christenhand“, „Daham statt Islam“ oder „Wien darf nicht Istanbul werden“ sind nur drei von vielen

Wahlplakaten der letzten zehn Jahre.

Diese politischen Statements können als „Anti-Statements“ bezeichnet werden. Sie sprechen sich nicht FÜR ein Anliegen aus, sondern GEGEN eine drohende Gefahr. Die Dichotomie von „Wir“ und den „Anderen“, „Österreich“ und „Türkei“, „Christentum“ und „Islam“ liegt klar auf der Hand. Diese dichotome Gegenüberstellung impliziert eine Zuordnung einer



⁸ Siehe auch Kapitel 5.

Gruppe: „Wir, Österreich, Christentum, Modern“ gegenüber „Die Anderen, Türkei, Islam, Veraltet“.



Die Gegenüberstellung von „Moderne“ vs „Tradition“ wurde bewusst nicht von mir getroffen, da „Tradition“ im Identitätskonzept der FPÖ als Teil der Moderne gilt, solange diese Tradition auf „österreichischer Basis“

fundiert ist. Der Gruppe von den „Türken“, wie bereits Gingrich erwähnt hat, wird zwar eine Tradition und Kultur zugeschrieben – doch die „falsche“ und vor allem „veraltete“ Tradition, die nicht dem heutigen „modernen Österreich“ entspricht.

Ich bezeichne diese politische Instrumentalisierung als „indirekte“ Instrumentalisierung, da keiner dieser Werbeslogans direkt eine vergangene oder bestehende kriegerische Gefahr anspricht. Sie verweisen indirekt auf eine Bedrohung, welche im Bewusstsein der österreichischen Gesellschaft mit dem Wissen über die historische Vergangenheit verankert ist. Trotz der indirekten Bezugnahme auf historische Ereignisse hat die „indirekte“ politische Instrumentalisierung einen sehr hohen Stellenwert. Alleine aufgrund der Quantität, in welcher diese Plakate in Österreich und vor allem in Wien präsentiert werden, weisen diese stetige Präsenz im öffentlichen und politischen Diskurs auf.

7.1.2 DIREKTE POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG

Die „direkte Instrumentalisierung“ von historischen Ereignissen möchte ich mit zwei Beispielen festhalten. Das erste Beispiel bezieht sich auf die Rhetorik von Dr. Jörg Haider, welcher in einem seiner politischen Statements direkt das Motiv der „Türkengefahr“ verwendet. Das weitere Beispiel ist die Neu-Interpretation der „Sagen aus Österreich“, welche von der FPÖ als Werbegeschenk an jeden Haushalt in Österreich versendet wurden. In dieser Neu-Interpretation kommt es ebenfalls zu einer direkten Instrumentalisierung der „Türkenbelagerungen“.

- a. politisches Statement durch den ehemaligen Parteiobmann der FPÖ Dr. Jörg Haider.

„Wozu haben unsere Vorfahren unser Land gegen die Türken verteidigt, wenn wir sie jetzt wieder hineinlassen?“ (Gingrich 2003 S. 113.)

Diese Aussage bezieht sich ganz offensichtlich auf die „Türkenbelagerungen“ 1529 und 1683. Sie impliziert eine bereits vergangene Gefahr, welche aber in der heutigen „modernen“ Welt wieder aktuell ist. Die „Befreiung der Türkenbelagerungen“ brachte Wien und der damaligen Habsburgermonarchie Freiheit und sogenannte „goldene Zeiten“.

Heute wird diese Gefahr durch die Migrationsflüsse von türkischen MigrantInnen wahrgenommen. Der Ausspruch impliziert, dass Wien auch heute wieder mit einer „Dritten Türkenbelagerung“ zu kämpfen hat, doch diesmal durch türkische MigrantInnen. Diese „bedrohen“ die österreichische Gesellschaft und vor allem die „österreichische Identität“. Es gilt die „ÖsterreicherInnen“ davor zu schützen. Deswegen die Frage, warum die Gefahr durch den Staat und damit verbundene Migrationsgesetze nicht bekämpft wird, sondern die Türen weiter offen gehalten werden. Diese Rhetorik hat in einer Gesellschaft mit einer historischen Vergangenheit wie Österreich große Gewichtung. Die „Türkengefahr“, die damit verbundene Befreiung und der Sieg über das „osmanische Reich“ gelten als Teil der österreichischen Volkskultur⁹.

Die vergangene, kriegerische Bedrohung wird mit der aktuellen Problematik der Migration und Integration in einer Gesellschaft gleichgesetzt. Die Aussage von Dr. Jörg Haider soll als Warnung verstanden werden und schürt die bereits vorhandene Ablehnung in der Gesellschaft gegen eine bestimmte ethnische Gruppe. Die Vergangenheit gilt als Lehrer. Dr. Haider pocht mit dieser Aussage auf die Intelligenz und auf die Lernfähigkeit der „ÖsterreicherInnen“, die „neue und gleichzeitig alte Türkengefahr“ zu erkennen und zu handeln. Die Immigration türkischer MigrantInnen wird hierbei mit den historischen Geschehnissen aus 1529 und 1683 gleichgesetzt. Der Bezug auf einen längst vergangenen Krieg gilt als direkte politische Instrumentalisierung, um einen aktuellen Prozess zu beeinflussen und diesen indirekt metaphorisch mit der historischen Vergangenheit gleichzusetzen.

⁹ Siehe auch Kapitel 3

b. „Sagen aus Österreich“

Die FPÖ schürt diese Ängste in der Gesellschaft jedoch nicht nur durch Rhetorik. 2010 erscheint ein „Sagenbuch – Sagen aus Österreich“¹⁰ als Werbegeschenk der FPÖ. Hierbei werden Volkssagen der österreichischen Geschichte wieder aufgearbeitet und neu interpretiert. Aus dem Sagenbuch werden zwei Sagen herausgenommen, welche sich dezidiert auf die Türkenbelagerungen 1529 und 1683 beziehen.

Die Sage „Der Heidenschuss“ erzählt die Geschichte, wie der öffentliche Platz „Zum Heidenschuss“ seinen Namen erhielt. Bereits Gingrich nennt den öffentlichen Platz „Zum Heidenschuss“ als markantes Beispiel des Gedenkens an die „Türkenbelagerungen“. Der Schauplatz ist die erste Wiener Türkenbelagerung 1529. Aufgrund eines aufmerksamen Bäckers konnte die gewaltsame Übernahme der Stadt Wien verhindert werden. Die osmanischen Soldaten werden hingerichtet. 1529 wurden Personen mit einem nicht-christlichen Glauben als „Heiden“ bezeichnet. Dies geschah an dem Platz, der heute „Zum Heidenschuss“ heißt.

Die Neu-Interpretation der österreichischen Geschichte durch die FPÖ sorgte für heftige Gegenreaktionen. Es kann nicht von einer objektiven Aufarbeitung von historischen Ereignissen gesprochen werden (was in einer Wahlpropaganda nicht der Anspruch sein muss). Ganz offensichtlich wird die Türkenbelagerung auch hier verwendet, um eine negative Konnotation „der Türken“ zu erreichen und eine damalige Bedrohung zu unterstreichen. In dieser Interpretation kommt es in weiterer Darstellung zu einer Verbindung von historischen Ereignissen und heutigen aktuellen Geschehnissen. Als visuelle Unterstützung der Sagen erzählung sind Comicfiguren abgebildet, welche die Sage mit der heutigen Situation verbinden. Die Hauptfigur in dieser Darstellung ist der „H.C. Man“, welcher die historischen Ereignisse kommentiert und eine Verbindung zum aktuellen Migrationsdiskurs 2010 herstellt. Statements wie „Wir Weana lassn unsere Stadt net von Radiakalislamisten unterwandern“ oder „Heutzutage verschließen Rote, Schwarze und Grüne die Augen vor dem Islamismus. Nur die FPÖ redet Klartext!“ sind in diesem Comic zu finden. Diese Aussagen verbinden die damaligen historischen Ereignissen und vergleichen diese mit dem heutigen Migrationsdiskurs.

Ein weiteres Beispiel ist die Sage „Der Purbacher Türke“. Nach der Invasion einer osmanischen Armee im burgenländischen Dorf Purbach wird ein türkischer Soldat zurück

¹⁰ Siehe „Sagen aus Österreich“ im Anhang.

gelassen und von Bewohnern Purbachs in Gefangenschaft genommen. Jedoch wird dieser nicht hingerichtet, sondern als Knecht eines Bauern festgehalten. Die Quintessenz ist, dass durch die Gnade der Österreicher und eine Konvertierung zum christlichen Glauben den „Türken“ geholfen werden kann. Dies wird als Beispiel für schon damalige „richtige Integration“ aufgezeigt.

„Voll süper da! Keine Scharia wie beim Sultan!“.¹¹ Aus diesem Comic geht heraus, dass ein „guter Türke“ nur ein „integrierter Türke“ sein kann, welcher seinen muslimischen Glauben abgelegt. In diesem Kontext wird jedoch „Integration“ als „Assimilation“ wahrgenommen. Die muslimische Religion und Kultur muss abgelegt werden, eine Zuwendung zur „christlichen, abendländischen“ Gesellschaft findet statt. Der Comic spielt mit Stereotypen. Auffallend ist auch hierbei, dass der muslimische Glauben mit der Ausübung der „Scharia“ (muslimisches Rechtssystem) gleichgestellt wird. Die Einführung der „Scharia“ wird im aktuellen Diskurs als größte Gefahr der „Türkengefahr“ aufgezeigt. Die Methode für „richtige Integration“ wird anhand des historischen Beispiels aufgezeigt und kann als Lösung für die heutige Integrationsproblematik verwendet werden. Der „böse Moslem“ kann auch heute als „guter Moslem“ gelten, wenn dieser durch Assimilation der österreichischen Gesellschaft entwaffnet wird.

Dies gilt als plakatives Beispiel, wie ein historisches Ereignis in einer Gesellschaft politisch instrumentalisiert werden kann, um die Bedrohung von Migration einer bestimmten ethnischen und religiösen Gruppe zu forcieren.

Diese Beispiele wurden herangezogen, um darzustellen, wie in der heutigen österreichischen Gesellschaft der „Türkenmythos“ forciert wird und wie die Angst vor einer bestehenden „Türkengefahr“ durch politische Parteien unterstützt wird. Die politische Instrumentalisierung der „Türkenbelagerungen“ von 1529 und 1683 ist nur ein Teilaspekt der politischen Methode, um den Migrationsdiskurs zu beeinflussen. Meines Erachtens hat jedoch die „direkte“ wie auch „indirekte“ Instrumentalisierung aufgrund ihrer anhaltenden Präsenz im öffentlichen Leben einen hohen Stellenwert und weitreichende Folgen auf sozialer Ebene in der Gesellschaft. Es ist eine Methode, die sowohl von Dr. Jörg Haider in den 1980er Jahren, aber auch von Heinz-Christian Strache bis heute 2014 angewendet wird. Die stetig ansteigenden Wahlergebnisse (Im Jahr 2011 waren es bei der Nationalratswahl immerhin 20,51 Prozent der

¹¹ FPÖ Sagenbuch 2010: Anhang.

WählerInnen.)¹² zeigen, dass es in der Gesellschaft immer größeren Zuspruch zu dieser Thematik gibt.

Die „indirekte“ oder auch „direkte“ Instrumentalisierung der „Türkenbelagerung“ gilt als wichtiger Modus für die Mobilisierung der Wählerschaft. Die Darlegung der Auswirkung der politischen Instrumentalisierung der Türkenbelagerung wird aufzeigen, dass einige von der FPÖ verwendeten Momente in Teilen der Bevölkerung wieder aufzufinden sind.

¹² Quelle: amtliches Wahlergebnis ORF.

8. MEDIALE REPÄSENTATION DER BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE

Im Zuge meiner Forschung über die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ habe ich mich mit Berichterstattungen in verschiedensten Medien auseinandergesetzt – Internet, Zeitungen, Sagenbücher, Wahlplakate, so wie auch dokumentarischen Reportagen im Rundfunk. Der Fernsehsender ATV Plus präsentierte am 17.11.2010 die Reportage „Am Punkt“ mit dem Titel „Das Kreuz mit den Türken. Integration ist Bring-Schuld.“. Hierzu werden FPÖ Obmann Heinz-Christian Strache, Alev Korun von den Grünen, der Filmregisseur Ünal Uzunkaya und Hannelore Schuster von der Bürgerinitiative Dammstraße eingeladen, um das Thema der „Integration ist Bring-Schuld“ zu diskutieren.

Hannelore Schuster tritt in dieser politischen Diskussion als Vertreterin der Bürgerinitiative Dammstraße auf und erzählt über die Problematik der Integration von türkischen MigrantInnen in ihrem Wohnraum. Hierbei fällt auf, dass bereits im Jahr 2010 großteils pauschalisierende Aussagen über „die TürkInnen“ als homogenes Phänomen, welches durch „den Islam“ mobilisiert wird, getroffen werden.

Die Statements von Hannelore Schuster führten mich zu einer genaueren Untersuchung der Bürgerinitiative Dammstraße als Beispiel für die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“. An dieser Stelle muss unterstrichen werden, dass die Bürgerinitiative Dammstraße nur einen Teilaspekt – nur eine Auswirkung – der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ aufzeigt. Die Aussagen, die in weiterer Folge getroffen werden, sollen nicht auf alle in Österreich lebenden Personen übertragen werden – es kann zu keiner Generalisierung der ÖsterreicherInnen, der in Österreich lebenden Personen, aller Anrainer der Dammstraße im 20. Wiener Gemeindebezirk oder der kompletten Wählerschaft der FPÖ kommen. Die Auswertung der Daten wird repräsentieren, was sowohl in der medialen Repräsentation, als auch weitergehend in den Interviews verlautbart wird.

Die Bürgerinitiative Dammstraße ist jedoch EINE Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ und gilt aufgrund dessen als Fokus meiner Forschung. In der weiteren Präsentation meiner Forschungsergebnisse werden der Einfluss und die Auswirkungen des „Türkenmythos“ auf das Handlungsfeld der Bürgerinitiative Dammstraße ersichtlich werden. Anfänglich werde ich nun einige Hintergrundinformationen

zur Bürgerinitiative Dammstraße geben, die im folgenden Kapitel der Auswertung bestätigt werden.

8.1. AUFBAU BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE

1996 wurde im 20. Wiener Gemeindebezirk die Bürgerinitiative Dammstraße durch Hannelore Schuster ins Leben gerufen. Die Motivation für die Gründung wird auf der Homepage der Bürgerinitiative www.moschee-ade.at) von Hannelore Schuster zusammengefasst:

*„Wir verstehen uns als **überparteiliche Organisation** engagierter Bürgerinnen und Bürger, die einem weiteren Großausbau der ATIB Moschee Dammstrasse 37 zu einem Veranstaltungszentrum mit wirtschaftlichem Moscheeteil entschieden entgegentreten. **Weiters wollen wir eine weitere Islamisierung unserer engeren und weiteren Heimat verhindern.** Wir sind um die Zukunft unseres Grätzels, unseres Bezirkes und unserer Stadt sehr besorgt. Wir fühlen uns mit dieser berechtigten Sorge von Bezirksvorstehung und Stadtregerung alleine gelassen.“* (Homepage der BI Dammstraße 2014)

In diesem ersten Zitat, mit welchem die Bürgerinitiative sich selbst präsentiert, kann bereits auf zwei wichtige Punkte verwiesen werden: zum einen die Abgrenzung einer politischen Motivation oder einer engeren Beziehung zu einer politischen Partei – zum anderen die Verwendung des Terminus „Islamisierung“, welcher bewusst gewählt wurde und in diesem Kontext mit einer Bedrohung „des Islams“ in Verbindung gebracht wird.

Der kulturelle Verein ATIB hat seinen österreichischen Hauptsitz im 20. Wiener Gemeindebezirk in der Dammstraße 37, und stellt auch eine Moschee und einen damit verbundenen Gebetsraum zur Verfügung. Laut Bürgerinitiative kam es aufgrund der Ansässigkeit des Vereines zu Problemen im Zusammenleben, wie Lärmbelästigung, Abgasbelastung und Parkplatznot. 1996 stellte ATIB den Antrag, das Gebetshaus zu einem Gemeindezentrum auszubauen. Die Bürgerinitiative Dammstraße befürchtet aufgrund des Ausbaues des Gemeindezentrums einen Anstieg an BesucherInnen und als Konsequenz eine Potenzierung der bereits gegebenen Problematik. Die Forderungen der Bürgerinitiative Dammstraße sind präzise:

„All diese Einrichtungen gehen über den das Bauvorhaben rechtfertigenden Anspruch der „freien Religionsausübung“ weit hinaus. Die Dammstraße 37 soll so zu einem islamischen

***Pilgerzentrum werden.** (...) Um dieses ständige Konfliktpotential und die Herabminderung unserer Wohn- und Lebensqualität zu vermeiden, fordern wir einen Standortwechsel des islamischen Zentrums an einen geeigneten Standort außerhalb des dicht verbauten Wohngebietes.*“ (Homepage der BI Dammstraße 2014)

Die Bürgerinitiative Dammstraße organisiert laut eigenen Angaben Meetings mit dem Vorstand von ATIB, wendet sich mit ihrem Anliegen an die Vertretung des Gemeindebezirkes und organisiert zu guter Letzt öffentliche Demonstrationen gegen den Ausbau des Gemeindezentrums. Jegliche Bemühungen der Bürgerinitiative Dammstraße scheitern und können nichts gegen den Ausbau des Gemeindezentrums bewirken – die Ausbauarbeiten sind heute 2014 noch in Gange.

8.2 ANSPRUCH DER BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE HEUTE

Obwohl das einstige Ziel der Bürgerinitiative Dammstraße – den Ausbau des Gemeindezentrums von ATIB – nicht erreicht werden konnte, ist diese weiterhin aktiv. Die Bürgerinitiative Dammstraße informiert heute durch die Vorsitzende Hannelore Schuster weiterhin über die Gefahr, die durch „den Islam“ weltweit droht. Bei genauerer Betrachtung der Homepage finden sich viele verschiedene Artikel zur Thematik „Islamisierung“ und die damit verbundene „Türkengefahr“. Am Ende jedes Artikels steht der Vermerk „Wir geben nicht auf und informieren Sie weiter - BI Dammstraße.“ (Homepage BI Dammstraße)

Am 15. August 2014 werden die aktuellsten Artikel online gestellt¹³. „Islamischer Staat – was ist das?“¹⁴, „Der Westen muss umdenken, aber richtig!“¹⁵ und „Polizei ermittelt gegen neue Islamisten-Szene.“¹⁶ lauten diese jüngsten Artikel.

Die ersten zwei genannten Artikel behandeln die Thematik der ISIS als Terrororganisation und die davon ausgehende Gefahr, welche ebenfalls für Europa von großer Relevanz gesehen wird.¹⁷ Der Inhalt dieser Artikel ist im Kontext dieser Forschung irrelevant und wird auch in

¹³ „aktuellste Artikel“ für die zur Zeit des Verfassens der Arbeit, bereits abgeschlossene Datenerhebung.

¹⁴ <http://www.moschee-ade.at/islamischer-staat-was-ist-das/>

¹⁵ <http://www.moschee-ade.at/der-westen-muss-umdenken-aber-richtig/>

¹⁶ <http://www.moschee-ade.at/polizei-ermittelt-gegen-neue-islamisten-szene/>

¹⁷ Ich möchte in der folgenden Analyse in keinsten Weise die Vorgehensweise, so wie die politische oder religiöse Einstellung dieser Organisation gutheißen oder verurteilen. Die Gewalt, welche aktuell, wie auch in der Vergangenheit durch eine Organisation wie ISIS ausgeführt werden, ist meines Erachtens abzulehnen. Diese

weiterer Folge weder kommentiert, gewertet, gut geheißen oder verneint, da die Thematik der Gewaltausübung der Organisation den Rahmen dieser Arbeit bei weitem überschreitet.

Interessant für diese Forschung sind jedoch, die stilistische Methodik und die bewusste Wortwahl, der sich die Autorin dieser Artikel bedienen. Ich ziehe dafür nun einige Beispiele des Artikels „Der Westen muss umdenken, aber richtig!“¹⁸ heran.

Neben durchgehend verwendeten - jedoch niemals definierten - Termini, wie „Terrorismus“ und „Islamismus“ oder „der Islam“ stehen Aussagen wie *„Ohne Islam ist diese Hölle, die sich IS “Islamischer Staat” nennt, nicht erklärbar.“*. „Der Islam“ wird als Ideologie und nicht als Religion interpretiert und in einen Vergleich mit dem Nationalsozialismus als Grundgedankengut für Genozid gestellt. (Homepage BI Dammstraße 2014)

Der Anspruch des „Informierens“, welcher zwar am Ende jedes Artikels gestellt wird, wird alleine durch das Fehlen jeglicher Quellen für diese Informationen obsolet. Die Berichterstattung durch die Bürgerinitiative Dammstraße kann in keinsten Weise als objektiv oder politisch korrekt bzw. kulturell korrekt bezeichnet werden.

Die Informationen, welche durch die Bürgerinitiative gegeben werden, stellen „den Islam“ und die AnhängerInnen „des Islams“ als negative, gefährliche Bedrohung dar, welche im Moment im „Nahen Osten“ vorherrscht. Dennoch wird darauf aufmerksam gemacht, dass in nahe gelegener Zukunft diese Bedrohung ebenfalls in Europa, in Österreich und in Wien einfallen kann und große Auswirkungen haben würde. Die Gewalttaten der Organisation ISIS werden „dem Islam“ zugeordnet – dies impliziert die Aussage der Bürgerinitiative, dass „der Islam“ Gewalt und Mord vorschreibt und diese Tendenz ebenfalls bei in Österreich ansässigen Muslimen und Musliminnen gegeben ist. Diese Generalisierung, welche durch eine nicht belegbare Behauptung aufgestellt wird, ist grenzwertig und mit absoluter Vorsicht zu genießen.

Die Bürgerinitiative differenziert nicht zwischen radikalen oder fundamentalistischen Organisationen und privaten religiösen Glauben, sondern überträgt eins zu eins das politische Vorgehen einer radikalen Organisation auf „den Islam“. Um diese Aussage zu entschärfen,

Thematik hat jedoch keinen Bestand oder Relevanz im Zusammenhang meiner Forschung. Es ist mir jedoch ein Anliegen, mich ausdrücklich von einer Organisation wie ISIS zu distanzieren und nicht den falschen Eindruck zu erwecken, dass in einer anthropologischen Forschung unterschwellig Sympathien für ein aktuelles oder vergangenes Geschehen ausgesprochen werden.

¹⁸ Schuster 2014

spricht sich der Artikel dafür aus, dass Muslime und Musliminnen weltweit an einem Leben in Wohlstand, Frieden und Freiheit interessiert sind – jedoch spielt es keine Rolle wie viele MuslimInnen an diesem Leben interessiert sind, „(...) *wenn sich eine hasserfüllte Minderheit durchsetzt; und dass zweitens die Muslime selbst die ersten Opfer ihrer eigenen Religion sind. Und es ist die Religion, die das Tor zur Hölle öffnet. Es ist die Religion, nichts anderes.*“ (Homepage BI Dammstraße 2014)

„Der Islam“ impliziert in weiterer Folge die Dichotomie der „westlichen Kultur“ und Europas: *„Der Islam gehört zu Europa? Physisch ist das ganz sicher der Fall, kulturell ganz sicher nicht. Denn damit der Islam auch kulturell zu Europa gehört, muss auch er sich endlich westlichen Normen und Gesetzen unterwerfen.“* (Homepage BI Dammstraße 2014)

Die muslimische Glaubensgemeinschaft steht laut diesen Aussagen der christlichen Glaubensgemeinschaft nach und gilt als dauerhafte und aktuelle Bedrohung, welche sich in die „westliche Gesellschaft“ infiltriert, um dort Schaden anzurichten. *„Wer die Augen öffnet, sieht: Der „Islamische | Staat“ ist längst unter uns. Er treibt sein Unwesen in Form von Parallelgesellschaften in unseren Vorstädten, auf deren Straßen sich bald keine Frau mehr unverhüllt wagen darf, von Juden ganz zu schweigen. Es ist Zeit, diesem „Islamischen | Staat“ mit aller Entschlossenheit entgegen zu treten, gleich wo und gleich wie er sich manifestiert.“* (Homepage BI Dammstraße 2014)

Die Organisation ISIS und deren Gewalttaten werden als Exempel der Auslebung des muslimischen Glaubens manifestiert und generalisiert. Im Kontext des aktuellen Migrationsdiskurses fällt es der Bürgerinitiative Dammstraße einfach, eine direkte – wenn auch nie ausgesprochene - Verbindung zwischen der beschriebenen Gefahr „des Islams“ und den in Wien ansässigen TürkInnen und Musliminnen zu finden.

8.3 ANALYSE DER MEDIALEN REPRÄSENTATION DER BÜRGERINITIATIVE DAMMSTRASSE

Bevor ich mich der Analyse der Rhetorik in der medialen Repräsentation der Bürgerinitiative Dammstraße widme, möchte ich einen sehr wichtigen Punkt ansprechen. Der erste Satz auf der Homepage „moschee-ade.at“ präsentiert die Organisation als „überparteiliche Organisation“. Die Aussage setzt Objektivität in einem gewissen Maß voraus. Bei genauerem

Betrachten der Homepage wird neben dieser Aussage das Logo der FPÖ sehr gut erkennbar eingeblendet. Dies widerspricht der Definition von „überparteilich“. Als ich bei Hannelore Schuster diesbezüglich nachgefragt habe, teilte sie mir mit, dass die FPÖ die Homepage mit einem finanziellen Zuschuss unterstützt.

„Überparteilich“ kann in diesem Kontext also nur so verstanden werden, dass finanzielle Zuschüsse von der FPÖ für die Homepage und eine einmalige finanzielle Unterstützung der ÖVP für einen Flyerdruck gewährt wurden. „Überparteilich“ bedeutet demnach „von mehreren Parteien unterstützt“, jedoch nicht „unabhängig“, „objektiv“ oder „von einer Partei losgelöst“.

Die Bürgerinitiative stellt in ihren Artikeln eine direkte Grenze von „Uns“ und „den Anderen“ auf. „Wir“, das sind Europa, der Westen, die „Zivilisation“, das Christentum. „Die Anderen“, das sind der „Nahe Osten“, die „Araber und Türken“ und der Islam. Diese „Anderen“ sind gewalttätig, sie sind gefährlich und sie sind in unmittelbarer Nähe. „Wir“ definiert sich durch die Abgrenzung zu „den Anderen“. Das Motiv des „bösen Moslems“ ist in dieser Darstellung leicht auffindbar. Der „böse Moslem“ differenziert sich auf zwei Ebenen: zum Einen ist er ein radikaler Fundamentalist, der Gewalttaten ausübt und diese mit einer Ideologie, welche er seine Religion nennt, begründet. Zum anderen ist er ein Bewohner oder eine Bewohnerin einer europäischen Stadt (in diesem Fall Wien) mit muslimischen Glauben und hohem Gefahrpotenzial. Diese zwei Ebenen unterscheiden sich aufgrund ihrer lokalen Nähe zu „unserer Gesellschaft“. Wenn eine bestimmte lokale Distanz gegeben ist, dann ist er Araber, wie am Beispiel der ISIS - wenn er allerdings in der eigenen Gesellschaft zu suchen ist, dann ist der Grenz-Oriente am Beispiel Wien „der Türke“. In diesem Kontext gibt es keine aktuelle physische Gefahr, welche in Wien ausgestrahlt wird. Jedoch gibt es eine unterschwellige, immer andauernde Bedrohung, auf welche die Bürgerinitiative verweist – die „Türkengefahr“.

Die „Türkengefahr“ ist auch in diesem Kontext die Bedrohung „unserer österreichischen“ Identität durch eine „fremde“ Kultur. Auf der einen Ebene der radikalen, fundamentalistischen Araber geht diese Bedrohung von Gewalt und einer physischen Gefahr aus. Auf der anderen Ebene des Türken als Grenz-Orientalen geht die Gefahr von Identitätsraub, Kulturreich und „Infiltrieren einer neuen Kultur“, wie das Zitat *„(...)Er treibt sein Unwesen in Form von Parallelgesellschaften in unseren Vorstädten, auf deren Straßen sich bald keine Frau mehr unverhüllt wagen darf, (...)“* darlegt. (Homepage BI Dammstraße 2014)

Die Termini „der Islam“, „Islamisierung“ und „Terrorismus“ werden ohne genauere Definition dem „bösen Moslem“ zugeordnet. Wichtig ist hierbei, dass all diesen Termini eine negative Konnotation beigemessen wird. „Der Islam“ wird als Ideologie und nicht als Religion dargestellt. Wenn Mitglieder der Bürgerinitiative von „dem Islam“ sprechen, kann manchmal der Eindruck erweckt werden, dass sie hierbei von einer Personifizierung „des Islams“ als Anführer der Ideologie „des Islams“ ausgehen. Darauf werde ich in späterer Folge noch direkter eingehen.

Die Bürgerinitiative sieht sich als Sprachrohr, um die Bevölkerung vor der nahenden Bedrohung zu warnen und darauf hinzuweisen, dass diese Bedrohung bereits viel weiter fort geschritten ist, als sich die meisten BürgerInnen vorstellen können.

Das Statement *„Denn damit der Islam auch kulturell zu Europa gehört, muss auch er sich endlich westlichen Normen und Gesetzen unterwerfen.“*¹⁹ zeigt noch deutlicher das Konzept der „guten und bösen Moslems“ auf. Der „böse Moslem“, der „böse Islam“ kann nur zu einem „guten Moslem“, ein „gutem Islam“ werden, wenn er von „Uns“, vom „Westen“ unterworfen wird. Hierbei kann eindeutig die Parallele zum bereits von Andre Gingrich besprochenen Konzept des „guten und bösen Moslem“ gezogen werden: wenn es in der historischen Vergangenheit noch keine „Unterwerfung“ stattgefunden hat, (wie das Beispiel des „bosnischen, guten Moslems“), die den „bösen Moslem“ „unterwirft“ und zum „guten Moslem“ transformiert, dann kann das heute durch den Westen nachgeholt werden. Der „böse Moslem“ kann laut Bürgerinitiative Dammstraße ein „guter Moslem“ werden. Dies zeigt die aktuelle Sekundärmetapher in der österreichischen Gesellschaft auf – der „böse Türke“ und der „gute Türke“.

Die Aussagen der Bürgerinitiative unterstreichen durch das Heranziehen von aktuellen gewalttätigen Verbrechen die aktuell ausgehende Gefahr des „bösen Moslems“ und übertragen diese auf die heute in Europa beziehungsweise Wien lebenden muslimischen Türken und Türkinnen.

Ein letztes Zitat der medialen Repräsentation soll in dieser Diskussion noch herangezogen werden: *„Wo der Halbmond aufgeht, geht das goldene Wienerherz unter!“* (Homepage BI Dammstraße) Dieses Zitat vervollständigt die Parallele, die zwischen „Islam“ und „Türkengefahr“ in Wien gezogen wird. Das Aufgehen des Halbmondes wird oft als Metapher verwendet, um das Aufkommen der muslimischen Religion und Kultur in Wien zu

¹⁹ Homepage BI Dammstraße 2014

beschreiben. Dieses Aufkommen und Ausleben impliziert den Untergang und das Aussterben der österreichischen Identität.

Eine weitere Interpretationsmöglichkeit dieses Zitates ist, dass es auf das historische Ereignis der Abnahme der Wetterfahne des Stephansdomes anspricht. Die Wetterfahne ist am höchsten Punkt des Stephansdoms angebracht und kann symbolisch als „aufgehen“ gesehen werden. Der „Halbmond“, als welcher die Wetterfahne im allgemeinen Volkswissen verankert ist, wurde nach der Befreiung der „Türkenbelagerung“ 1683 abgenommen. Die darauf folgenden Jahrzehnte werden als „goldenes Zeitalter“ für Österreich gesehen. Diese Interpretation impliziert, dass das goldene Wienerherz untergegangen wäre, wenn Österreich die „Türkenbelagerung“ 1683 nicht abwehren hätte können und der Halbmond über Wien weiter Bestand gehabt hätte. Da dies nicht geschehen ist, gilt dieses Zitat als Warnung – denn die aktuell ausgehende „Türkengefahr“ könnte diesmal diese Konsequenzen mit sich bringen.

Die Analyse der medialen Repräsentation der Bürgerinitiative am Beispiel ihrer Homepage „moschee-ade.at“ zeigt auf, dass Gingrichs Theorie des Grenz-Orientalismus in dieser Repräsentation wieder zu finden ist. Ebenso kann an diesem Fallbeispiel eine Differenzierung von „guten und bösen Moslems“ dokumentiert werden. Ein neuer Ansatz zu dieser Theorie ist die Wandlung des „bösen, türkischen Moslem“ in einen „guten, türkischen Moslem“, welcher die Wahrnehmung des „guten, bosnischen Moslem“ aufgrund aktueller historischer und politischer Prozesse ablöst. Diese Annahme wird in weiterer Darlegung der Forschungsergebnisse weitere Unterstützung finden.

9. AUSWERTUNG DER INTERVIEWS

In diesem Kapitel soll die Auswertung der im Zuge der Feldforschung durchgeführten Interviews zur Thematik der Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ dargestellt werden. Es wurden in diesem Rahmen die Vorsitzende der Bürgerinitiative Dammstraße, Hannelore Schuster und einem Mitglied der Bürgerinitiative Karin Schuster interviewt. Der Themenschwerpunkt bei der Befragung wurde auf die Motivation der Gründung der Bürgerinitiative gelegt, welche anfänglich besprochen wird. In weiterer Folge wurden Frau Schuster und Frau Fischer zur Problematik des alltäglichen Zusammenlebens mit ihren türkischen oder muslimischen NachbarInnen befragt, um so einen Einblick zur Thematik des „Türkenmythos“ in einer Organisation wie der Bürgerinitiative Dammstraße aufzuzeigen.

Die Bürgerinitiative Dammstraße wird in dieser Forschung als eine Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ beschrieben. Sie gilt als Teilaspekt der Auswirkungen - als eine dezidiert herausgegriffene Auswirkung, die durch politische Instrumentalisierung zustande gekommen ist.

Karin Fischer lebt seit 1983 in einem Eigentumsbau in der Dammstraße, direkt neben jenem Gebäude, in welchem der kulturell-religiöse Verein ATIB seinen Wiener Hauptsitz hat. Sie nahm bei der Gründung der Bürgerinitiative Dammstraße 1996 teil und engagiert sich zusammen mit Hannelore Schuster für einen Baustopp des Ausbaues von ATIB. Hannelore Schuster wurde in Passau geboren und lebt seit 1990 im Gemeindebau in der Dammstraße 37. Aussagen von Frau Schuster oder von Frau Fischer können nicht auf alle Mitglieder der Bürgerinitiative übertragen werden. Jedoch gilt Hannelore Schuster als Repräsentationsfigur der Bürgerinitiative. Sie ist das Sprachorgan für öffentliche Auftritte und hat die Betreuung der (medialen Repräsentation der) Homepage „moschee-ade.at“ inne.

9.1 ATIB – „Avusturya Türkiye İslam Birliği“

Die Gründung der Bürgerinitiative basiert auf dem Bestehen des kulturell-religiösen Verein ATIB. ATIB ist die Abkürzung für „Avusturya Türkiye İslam Birliği“ – „Türkisch-islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich.“²⁰ Es ist nicht das Ziel dieser

²⁰ Homepage ATIB: www.atib.at

Forschung, den Verein, dessen Hintergründe oder dessen gesellschaftliches, religiöses oder politisches Handeln zu untersuchen und auch nicht dessen Handeln als positiv oder negativ zu bewerten. Anfänglich bin ich davon ausgegangen, dass der Verein ATIB und sein gesellschaftliches Handeln keine Relevanz für die Forschung hat. Denn von meinem Forschungsstandpunkt aus wird der Verein ATIB als kultureller-religiöser Verein von Türken und Türkinnen in Wien verstanden. Ob dieser aus sunnitischer, alevitischer oder schiitischer Tradition entstammt, hat keine Gewichtung. Im Zuge von Gesprächen mit TürkInnen in Wien wurde darauf hingewiesen, dass der Verein ATIB den Ruf habe, einen konservativen Zugang zu Religion und religiösem Handeln zu haben. Diese Informationen kamen aus informellen Gesprächen, die eine persönliche Meinung widerspiegeln, welche wiederum aufzeigten, dass die Diskussionen um das Bestehen des Vereins ATIB auf verschiedenen Ebenen stattfinden.

Durch das Auswerten der Interviews wird sehr schnell offensichtlich, dass hierbei ein springender Punkt liegt. Es muss differenziert werden: in meiner Forschung hat das religiöse oder gesellschaftliche Handeln von ATIB keine Relevanz, da diese Organisation nicht im Forschungszentrum liegt. ATIB wird nicht als Auswirkung politischer Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ gesehen, da dies eine Organisation ist, die durch den türkischen Staat ins Leben gerufen wurde. ATIB wird objektiv und neutral als kulturell-religiöser Verein bezeichnet. Ob das religiöse und gesellschaftliche Handeln liberaler oder konservativer Natur ist, wer diesen Verein fördert oder finanziell unterstützt, liegt nicht im Kontext der Forschung.

Im Forschungsfeld der Bürgerinitiative Dammstraße hat die fehlende Definition und die fehlende Untersuchung des Vereins ATIB eine hohe Relevanz: Die Interviewpartnerinnen der Bürgerinitiative werten und urteilen, ohne fundierte Informationen über den Verein erhalten zu haben. ATIB nennt sich offiziell „Türkisch-islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich.“ Dies ordnet ATIB der islamischen Religion zu – auf welchen Ebenen, in welcher Praxis wird nicht definiert. Die Sprecherin Hannelore Schuster nimmt ATIB anders wahr:

*„Mit **Erdogan** hat sich auch ATIB verändert. ATIB untersteht dem **türkischen Jihad**. Also dem **Religionsamt**. Ist Weisungsgebunden. Die Religionslehrer – die Imame – werden in **Ankara ausgebildet**. Kommen her; sprechen nur Türkisch. (...) Ich habe viele Muslime im Haus- sind früher her gegangen. Sind aber **teilweise Aleviten** und durften dann nicht mehr herein.“* (Schuster 2014)

Im Verständnis der Bürgerinitiative wird ATIB dem Islam zugeordnet, doch impliziert dies einige andere Faktoren, die nun im Folgenden erläutert werden sollen. Der türkische konservative Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan wird als Anführer und als weisungsgebende Person für die Ausrichtung des Vereins gesehen. Die Türkei unter der Führung des Ministerpräsidenten Erdogan bildet Imame aus und „infiltriert“ diese in die österreichische Gesellschaft. Das Religionsamt (welches einem Ministerium für Religion und Kultur entspricht) wird mit dem „türkischen Jihad“²¹ betitelt. „Jihad“ wird im allgemeinen, öffentlichen Verständnis als „Heiliger Krieg“ von Muslimen wahrgenommen – ein kriegerischer und gewaltsamer Akt gegenüber allen „Ungläubigen“. Der letzte Punkt der Aussage betrifft die Separation von ATIB innerhalb der türkischen und muslimischen Gemeinschaft. Für Schuster sind „Türken“ ihres Umfeldes Muslime aus der alevitischen Glaubensrichtung, welche jedoch von ATIB ausgegrenzt werden.

In dieser Aussage finden sich nun einige bereits besprochene Elemente der Auswirkung der politischen Instrumentalisierung wieder. Der Verein ATIB als rein religiöser Verein – islamischer Verein – wahrgenommen. Er stehe unter der indirekten Führung des türkischen Politikers Erdogan und unter der Weisung des türkischen „Religionsamt Jihad“²². Unter diesen Voraussetzungen werden religiöse Führer - Imame - außerhalb des Staates ausgebildet und in die österreichische Gesellschaft „infiltriert“. Alleine diese Elemente stellen eine große Bedrohung von Außen dar.

Vergleichen wir diese Elemente mit den historischen „Türkenbelagerungen“ aus 1529 und 1683, kann eine Parallele in der Wahrnehmung gezogen werden. Wieder kommt ein „türkisches Heer“ – welches zum einen aus türkischen MigrantInnen und zum anderen aus der Organisation ATIB besteht, befehligt vom türkischen, politischen Führer Erdogan (vergleichbar mit dem Heeresführer Süleyman II) - nach Österreich. Wie bereits erwähnt, liegt die Bedrohung im aktuellen Diskurs nicht auf kriegerischer Ebene (auch wenn das Religionsamt mit „Jihad“ gleichgesetzt wird und eine unterschwellige, indirekte Bedrohung mitschwingen lässt), sondern auf der Ebene des Identitätsverlustes der österreichischen Gesellschaft.

21 „Jihad“ wird meist mit „Heiliger Krieg“ übersetzt. „Der arabische Begriff bedeutet „Anstrengung“, oder das „Bemühen“, nämlich das Bemühen auf dem Weg Gottes zur Umsetzung und Ausbreitung des Glaubens an Allah und die Wahrheit der Botschaft des Korans. Die Bedeutung des Begriffs „Jihad“ beinhaltet noch keine kriegerische Komponente. Dieses „Bemühen auf dem Weg“ oder „Bemühen für die Sache Gottes“ (...) kann sowohl friedliche Mission als auch kriegerische Auseinandersetzung beinhalten. (Schirrmacher 2005 S. 4)

²² (Schuster 2014)

Die „Türken“ aus der Türkei werden immer noch als Grenz-Orientale wahrgenommen. Der Terminus „infiltriert“ wurde bewusst gewählt, da bereits in der Darlegung des Parteiprogrammes der FPÖ²³ von der „Infiltrierung der islamischen Kultur“ die Sprache ist und einen Gefahrenschwerpunkt inne hat. Die „vielen Muslime“, die in der Wohnhausanlage von Schuster ansässig sind, sind in diesem Fall die „guten Muslime“, welche von ATIB, den „bösen Muslimen“, ausgegrenzt werden. Die „guten Muslime“ (in diesem Fall Aleviten) sind nicht Teil der von ATIB ausgehenden Bedrohung.

Somit kann festgestellt werden, dass ATIB keine Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ ist, jedoch kann die Wahrnehmung der Bürgerinitiative Dammstraße von ATIB als eine Auswirkung davon erkannt werden. Diese Wahrnehmung weist Momente der Bedrohung der Identität und der Differenzierung zwischen „gutem und bösem Moslem“ beziehungsweise Momente der „Türken“ als Grenz-Orientalen auf. In der Wahrnehmung der Bürgerinitiative Dammstraße wird sichtbar, dass der Verein ATIB und die „bösen Türken“ als heutiger „Türkenmythos“ gelten, da diese die Praxis der „Türkengefahr“ injizieren und ausleben.

Wichtig hervorzuheben ist, dass der Wahrheitsgehalt von Schusters Aussage oder dessen Überprüfung bei der Zustimmung in der Bürgerinitiative nicht entscheidend ist. Wie Frau Fischer aussagt, besteht kaum Kontakt mit Mitgliedern von ATIB. *„(...) nicht mit ATIB-Mitgliedern, die das vis a vis besuchen, habe ich keinen. Ich weiß zwar, dass im Umfeld welche wohnen oder bei der Frau Schuster im Haus wohnen, aber in unserem Haus nicht. Also so unmittelbar nicht.“* (Fischer 2014)

Ich möchte festhalten: Das türkische Religionsamt heißt nicht „Jihad“, und ob sich das religiöse oder gesellschaftliche Handeln von ATIB durch den Einfluss von Ministerpräsident Erdogan verändert hat, ist weder durch die Bürgerinitiative Dammstraße noch durch andere wissenschaftliche Studien zu belegen. Das Fazit aus dieser Beobachtung ist, dass keine Gewichtung darauf gelegt wird, wo das religiöse, politische oder gesellschaftliche Handeln des Vereins ATIB stattfindet. Dies hat große Relevanz für die Wahrnehmung und Imagination des Vereins. Die Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ hat hierbei einen erheblichen Einfluss. Der „Türkenmythos“ gibt ein Bild vor – Vorurteile, Stereotypen, Ängste, welche sich in der Wahrnehmung von ATIB wiederfinden und beeinflussen – die wiederum Einfluss auf die Problematik mit dem Verein ATIB mit sich bringen.

²³ (Handbuch der freiheitlichen Politik 2013)

9.2. MOTIVATION DER BÜRGERINITIATIVE

Aus beiden Aussagen der Sprecherinnen der Bürgerinitiative Dammstraße - Hannelore Schuster und Karin Fischer - geht hervor, dass der kulturell-religiöse Verein ATIB 1996 den Antrag stellte, das bereits bestehende Gemeindezentrum mit einem weiteren Stockwerk zu vergrößern. Aufgrund der - vom Vorstand der Bürgerinitiative als solche identifizierte - bereits bestehenden Problematik mit dem Gemeindezentrum von ATIB in der Dammstraße im 20. Wiener Gemeindebezirk, gründete Hannelore Schuster zusammen mit Anrainern und Karin Fischer die **Bürgerinitiative Dammstraße**. Die Befürchtung der Bürgerinitiative liegt primär darin, dass bei einer Vergrößerung des Gemeindezentrums eine ansteigende BesucherInnenzahl die Konsequenz eines solchen Bauvorhabens sein könnte. Dies würde somit eine Intensivierung der alltäglichen Probleme mit sich bringen.

Die Hauptproblematik, auf die beide Interviewpartnerinnen stetig hinweisen, liegt in der Lärmbelästigung, welche durch ein Gemeindezentrum in einer „verkehrsberuhigten“ Wohngegend entsteht. Diese Problematik stellt das Hauptargument der Bürgerinitiative dar und ist auf den ersten Blick auch eine plausible Erklärung. Die Konnotation der Beschreibung der Lärmbelästigung ist das zu untersuchende Element.

*„Es wurde ihnen ein Tag erlaubt. Sie haben drei Tage gefeiert. Drei Tage **türkischer Lärm**. Wir konnten nicht mehr auf den Balkonen sitzen. (...) und was uns dann so gegen ATIB – es ging immer um ATIB. Nie wirklich um den Islam. Es **ist erst um den Islam gegangen, als man begonnen hat Gesetzesformen zu gießen**. Da hab‘ ich mal nachgeschaut. Die Juden haben sie verlangt, also der jüdische Glaube, dass wir unsere Gesetze nach jüdischen Glauben ändern. ATIB ist da federführend.“* (Schuster 2014)

Diese Aussage macht augenblicklich klar, dass die Lärmbelästigung, welche durch die BesucherInnen des Vereins ausgeht, nur oberflächlich das Hauptargument darstellt. Diese Interpretation soll nicht aussagen, dass das eigentliche Motiv der Lärmbelästigung nicht tatsächlich ein großes Problem darstellt und der kulturelle und religiöse Hintergrund von ATIB der Grund für die Bürgerinitiative ist. Jedoch ist bei genauerer Betrachtung der Aussagen von Schuster und Fischer eine negative Konnotation gegenüber der Praxis von ATIB ein wichtiges Element.

„Für uns war einfach, der Lärm ist da. Es war halt der negative Effekt (...) du gehst auf die Ausländer los. Du gehst auf die Muslime los. Das war halt unser Handicap.“ (Fischer 2014)

Karin Fischer nennt es „Handicap“ und distanziert sich in ihren Aussagen vehement von einem politischen oder religiösen Hintergrund als Motivation der Gründung der Bürgerinitiative. Die Aussagen von Frau Schuster werfen allerdings folgende Frage auf: wenn die Religion und die kulturellen beziehungsweise traditionellen Unterschiede innerhalb des Vereins ATIB keine Rolle in diesem Diskurs spielen, warum wird in jeder Aussage darauf verwiesen? Diese kurze Aussage von Schuster zeigt bei genauerer Betrachtung die verschiedenen Ebenen auf, welche die eigentliche Problematik beschreibt. Frau Schuster konstruiert von Anfang an zwei Gruppen: „Wir“ und „die Anderen“.

Die Lärmbelästigung, welche „Wir“ ertragen müssen, ist „türkisch“ und von den „Anderen“, hervorgerufen durch ATIB, dem Symbol für den „bösen Moslem“. „Die Juden“ gelten in diesem Beispiel als die „guten Orientalen“, welche niemals Forderungen an die österreichische Gesellschaft gestellt haben. Die „muslimischen Türken“ fordern diese Zugeständnisse auf juristischer Ebene (trotz bereits gegebener Zugeständnisse), geführt durch den kulturell-religiösen Verein ATIB. Schuster bezieht sich in dieser Aussage zur bestehenden Lärmbelästigung auf Inklusion/Exklusion von Gruppenzugehörigkeit, auf Nation, Religion, auf das Motiv von „guten und schlechten Orientalen“. In ihrer Aussage stellt sie das primäre Problem „Lärmbelästigung“ dar, verweist jedoch sehr schnell auf die tiefer sitzende Problematik: die Praxis der muslimischen und türkischen Kultur und Tradition soll in Österreich auf juristischer Ebene verankert werden – noch mehr verankert, als sie bereits ist. Die Bedrohung des Identitätsverlusts soll durch Gesetze legitimiert werden – national, aber auch auf europäischer Ebene.

Hier gilt ebenso: die Wahrnehmung und Darstellung von ATIB entspricht der Wahrnehmung des „Türkenmythos“. Die Gründung der Bürgerinitiative Dammstraße wird zwar primär mit der Lärmbelästigung argumentiert, sekundär sind jedoch die Ängste vor einer ausgehenden Bedrohung durch den Verein sehr schnell ersichtlich. Der „Türkenmythos“ findet sich in ATIB und in den „bösen Moslems“ wieder und muss, wie es die freiheitliche Politik unterstützt, bekämpft werden. Wenn nicht durch den Staat, dann durch einen Zusammenschluss von Bürgern und Bürgerinnen.

9.3 „WIR“, EUROPA UND „DIE ANDEREN“

Die Bürgerinitiative stellt sehr offensichtlich die Begriffe „Wir“ und „die Anderen“ ins Zentrum der Thematik. „Wir“ sind Europa. „Wir“ sind modern, christlich, aufgeklärt, frei. *„Wir haben diesen Schritt aus dem Mittelalter raus gemacht.“* (Schuster 2014)

„Wir“ sind auf christlicher Tradition aufgebaut und stehen dem mittelalterlichen Islam gegenüber²⁴. „Wir“ müssen uns vor „den Anderen“ behaupten, welche „unserer“ Tradition und Kultur gegen die „ihre“ austauschen möchten. *„Ich kann nicht in Österreich anatolische Enklave schaffen.“* (Schuster 2014)

Die „Anderen“ sind der „Osten“. Die „Anderen“ sind traditionell, muslimisch, befangen von ihrer Religion. „Sie“ haben eine andere Lebensanschauung, ein anderes Familienbild. „Sie“ berufen sich auf eine gewalttätige Religion. „Sie“ wollen sich nicht integrieren. *„Wir haben Gesetze und an die hat man sich zu halten.“* (Schuster 2014) „Sie“ wollen „uns“ assimilieren. „Sie“ sprechen unsere Sprache nicht, stellen aber trotzdem Rechtsansprüche.

Wichtig in diesem Kontext scheint jedoch: „die Anderen“ sind nicht alle gleich. Es gibt Ausnahmen: Die „guten Moslems“, die „guten Türken“, die „guten Anderen“. *„Zwei Drittel ist topintegriert. Will in Ruhe mit uns leben. Ein kleiner Teil will hier leben, aber in ihrer eigenen Welt.“* (Schuster 2014)

Das Problem bezieht sich nur auf eine bestimmte Gruppe von MigrantInnen – jene, die "integrationsunwillig" sind. In die Definition von „Wir“ und den „Anderen“ fließen einige politische Elemente ein. Zum einen kann der Trend, welcher im Kapitel zur „Entwicklung der österreichischen Migrationspolitik ab 1960“ besprochen wird, abgelesen werden. Die „Integrationswilligkeit“ von MigrantInnen gilt als ausschlaggebende Voraussetzung für die Akzeptanz der „Wir“-Gruppe gegenüber den „Anderen“. Den „Bösen Moslems“ wird diese Voraussetzung von Grund aus abgesprochen – für die „guten Moslems“ gilt diese Voraussetzung als positive Charaktereigenschaft.

Abgesehen von diesem Trend, welcher die letzten Jahre der Migrationspolitik in Österreich färbt, arbeitet die freiheitliche Politik der FPÖ, wie dargelegt, mit weitaus radikaleren Bildern von TürkInnen und MuslimInnen in Österreich. Diese negative Zuordnung von TürkInnen

²⁴Christliche Lehre beruft sich auf Christus, der ca. 600 Jahre früher gelebt hat als der Prophet Mohammad.

und MuslimInnen als Dichotomie der österreichischen Gesellschaft hat Auswirkungen, wie in der Definition der „Anderen“ in der Bürgerinitiative Dammstraße abzulesen ist. Das Bild – der Türkenmythos – welches durch die Politik der freiheitlichen Partei von „den TürkInnen“/ „den MuslimInnen“ gezeichnet wird, ist deckungsgleich mit der Definition der „Anderen“ der Bürgerinitiative.

9.4 „DER ISLAM“

„Der Islam“ ist ein konstruierter Terminus, welcher intensiv durch die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ geprägt ist. Die Analyse der Forschungsdaten zeigt, dass in diesem Kontext kein weiterer Terminus zu finden ist, der so stark von Stereotypen und Vorurteilen gekennzeichnet ist, wie „der Islam“.

„Der Islam“ gilt in der Wahrnehmung der Bürgerinitiative als zu generalisierendes und vor allem zu polarisierendes Phänomen. *„Der Islam ist für mich eine Glaubensrichtung. Ein Muslim lebt nach dem Islam. Der Islam ist durch den Koran vorgegeben.“* (Fischer 2014)

Dies ist die anfängliche Definition der islamischen Religion – kurz und allgemein gehalten. Doch in weiteren Gesprächen, wie auch die Analyse der medialen Repräsentation aufzeigt, wird „der Islam“ als politisch gefärbte Ideologie wahrgenommen, die von verschiedenen Anführern verschieden ausgelegt werden kann. *„Den Islam kann der Islamgelehrte auslegen. Und da gibt's fast keine Sure, die man nicht in verschiedene Richtungen auslegen kann.“* (Schuster 2014)

„Der Islam“ gilt als Dichotomie zum Christentum und als Dichotomie zum „Westen“, Europa und „der Moderne“. *„Ich kann nicht im 21. Jahrhundert sagen, ich will nach der Lehre Mohameds leben, aber die Vorteile vom 21. Jahrhundert haben. (...) Ich sag ok, wenn du leben willst wie Mohamed, dann Bitteschön. Gib dein Auto weg, dein Handy weg, deinen Fernseher, dein Telefon. Kauf dir ein Zelt, ein Kamel und geh in die Wüste. Leb nach Mohamed, ich hab Respekt vor dir.“* (Schuster 2014)

Dem muslimischen Glauben wird sowohl in seinen Glaubensgrundsätzen, als auch in seiner Praxis, jegliche Aktualität zum heutigen westlichen Leben abgesprochen. „Wir“, der „moderne Westen“ lebt im 21. Jahrhundert. Im Gegensatz dazu steht der muslimische Glaube, welcher auf den Grundfesten des Propheten Mohammad basiert. Mohammad und die Lehre

des Propheten werden einer vergangenen Zeit zugeordnet, welche nicht „der heutigen Moderne“ entsprechen kann.

*„Man muss sich damit beschäftigen, wie der Koran einen Schritt aus **dem tiefsten Mittelalter in unsere Zeit macht** ohne die Grundfesten aufzugeben. **Wir sind auch in die Moderne gekommen** ohne die Evangelien aufgegeben zu haben.“* (Schuster 2014)

Somit wird „dem Islam“ jedoch nicht abgesprochen, eine Entwicklung – eine Aktualisierung – in Zukunft erleben zu können. „Der Islam“ kann, wenn er „unsere westlichen Werte“ annimmt oder zumindest einen Teil davon adaptiert, sich zu einer gleichgestellten Religion wie „unser Christentum“ entwickeln.

Die Überlegung zeichnet ein bekanntes Element auf: Könnte „der Islam“ von „Uns“ ein wenig assimiliert werden, würde er in „der Moderne ankommen“. - Der „Purbacher Türke“ konnte durch die Konvertierung zum Christentum ein wenig assimiliert werden und entspricht nach dieser Metamorphose dem „guten Türken“. Die FPÖ präsentiert in der Aufarbeitung einer Sage den Weg, wie mit dem „Anderen“ fortschrittlich umgegangen werden soll. Dieser Gedankengang ist außerdem in der Praxis der Bürgerinitiative Dammstraße wiederzufinden.

Im weiteren Kontext wird die Ideologie „des Islams“ als Person dargestellt. Die Analyse der medialen Repräsentation zeigt ebenfalls auf, dass „der Islam“ personifiziert wird. Die Ideologie „Islam“ wird mit einer Diktatur gleichgesetzt, welche jegliche Diskussion über das gesellschaftliche, politische oder religiöse Handeln untersagt. Schuster nennt das Beispiel einer muslimischen Rechtsanwältin, welche aufgrund ihres politischen Aktivismus auf polizeilichen Personenschutz angewiesen ist. (Quellen oder Namen für diese Aussage werden nicht genannt.)

*„Weil **der Islam hat sie auf der Todesliste**. Da sind über 4000 Leute aus europäischem Raum, die auf einer islamischen Todesliste stehen. (...) das ist wurscht, ob das von den Saudis auf der Liste steht. **Die stehen auf einer islamischen Liste**.“* (Schuster 2014)

Die personifizierte Ideologie „Islam“ beinhaltet einen transnationalen Machtkomplex, der aufgrund seiner religiösen Fundamente über jegliches Recht erhaben ist und transnational walten kann. Der „Islam“ wird sowohl als Ideologie verstanden, zeitgleich aber auch als Person, welche die dadurch entstandene Macht transnational ausübt.

Ein weiteres ausschlaggebendes Motiv für die Definition des „Islams“ in diesem Kontext ist die Genderbeziehung, welche „der Islam“ vermeintlich vorgibt und definiert.

*„Für was haben alle vor hundert Jahren gekämpft? Für **Gleichberechtigung. Und der Islam sagt ja eigentlich genau das Gegenteil. (...) Im Islam haben die Frauen keine Rechte. Gibt's nicht. Oder sehr wenige würde ich sagen. Es gibt sicher welche, aber sehr wenige.**“*
(Fischer 2014)

Erinnern wir uns an die Definition von Gingrich des Grenz-Orientalen zurück:

*„**Er hat eine Religion, wenn auch die falsche. Aus diesem Grund hat er auch Kultur, sei die auch unverständlich. Seine Kultur regelt seine Beziehung zu Frauen. Er ist in erster Linie Soldat, er kann kämpfen.**“* (Gingrich 2003 S. 124)

All diese Punkte werden in der Vorstellung der Bürgerinitiative der Ideologie des „Islams“ aufgeführt. „Der Islam“ ist die *falsche Religion* – da diese mehr einer politischen Ideologie entspricht, als einer Religion. *Die Kultur ist unverständlich*, da sie dem Mittelalter einer „unserer modernen Zeit“ entgegengesetzt steht. Diese „mittelalterliche Kultur“ regelt seine *Beziehung zu Frauen*. Das heißt, sie untergräbt die Frauenrechte, welche in „unserer Zeit“ erkämpft wurden. *Er ist in erster Linie Soldat*, da die MuslimInnen auf der Welt schon soweit sind, eine „Todesliste“ zu verhängen. Die Vorstellung des „Islams“ ist also ein ideologisches Konzept, welches durch den Grenz-Orientalismus geprägt und definiert ist, ebenso von einer Person „Islam“ praktiziert wird.

9.5 „TÜRKENGEFAHR“ UND BEDROHUNG

Die stetige Gefahr und Bedrohung, welche von dem Grenz-Orientalen ausgeht, ist in der Wahrnehmung der Bürgerinitiative auf verschiedenen Ebenen zu finden. Das Ziel der „Türkengefahr“ ist, wie bereits erwähnt, der „Identitätsraub“ der österreichischen Kultur und Gesellschaft. Dies wird durch die „3. Türkenbelagerung“, in welcher „Wir“ uns befinden, möglich gemacht werden.

Diese Bedrohung ist laut Fischer und Schuster bereits auf sozialer Ebene, wie Bildung und Pflege, zu finden. Immer mehr Kindergärten bieten zu den Mahlzeiten kein Schweinefleisch mehr an. Das „*österreichische Traditionsfleisch*“²⁵ wird verboten. Es kommt zur ersten

25 (Schuster 2014)

Adaption einer muslimischen Tradition auf gesellschaftlicher Ebene. Vor einigen Jahren kam in der österreichischen Bildungspolitik die Diskussion auf, ob der Schulabschluss – die Matura – beim Themenschwerpunkt Fremdsprache ebenfalls auf Türkisch abgehalten werden kann. Ebenso gilt in Österreich das Gesetz, welches untersagt, in öffentlichen Räumen, wie Schulen oder Krankenhäusern, religiöse Symbole aufzuhängen.

„Das sind so Kleinigkeiten, wo man sagt, da beginnt’s. Ich gebe einen kleinen Finger, dann geb ich noch einen Finger. Irgendwann hat er die Hand. Irgendwann den Arm. Irgendwann hat er Alles.“ (Schuster 2014)

„Alles zu haben“ ist der Anspruch der Türkeengefahr. Dies geschieht auf gesellschaftlicher Ebene – doch ist diese auf juristischer Ebene ebenfalls aufzufinden. *„Auch da ist man draufgekommen, 2018 wird der Islam die stärkste Religionsgemeinschaft in der EU sein und da werden Gesetze geändert. Und das will ich aber nicht. (...) Islamisches Gesetz, da geht es um das Scharia-Recht.“* (Schuster 2014)

Die „Türkeengefahr“ wird nach Hochrechnungen der Bürgerinitiative - angelehnt an Theorien des Zukunftsforschers Horx - in naher Zukunft die bevölkerungsmäßige Mehrheit stellen. Schuster geht davon aus, dass in naher Zukunft Europa eine höhere Bevölkerungsdichte von MuslimInnen aufweisen wird, als von Christen. Dies wird die „3. Türkenbelagerung“ legitimieren.

*„Aber wir sind selber schuld. Weil die dritte, sogenannte **3. Türkenbelagerung**, wird im **Endeffekt die sein, die Erfolg hat**. Wenn wir nicht rechtzeitig Regeln einführen. Da ist man jetzt fünf-nach-zwölf dabei, mit viel Mühe und viel Kraftaufstreben in der EU-Kommission Regeln zu erarbeiten. Ein Volk kann seinen Weiterbestand haben.“* (Schuster 2014)

Diese Aussage zeigt auf, dass die „Türkeengefahr“ eine aktuell wahrzunehmende Gefahr und Bedrohung darstellt, in den Augen der Bürgerinitiative eine Bedrohung für den „Weiterbestand eines Volkes“ – der „Wir“-Gruppe.

9.6 INTERGATION ALS VERTEIDIGUNG GEGEN DIE „TÜRKENGEFAHR“

Die einzige Möglichkeit, die „Türkengefahr“ abzuwehren, ist - wie bereits erwähnt -, „unsere“ Gesellschaft zu verteidigen und „Regeln“ aufzustellen. Diese "Regeln" würden Gesetze umfassen, um die Einwanderung nach Österreich zu kontrollieren – Einwanderungsgesetze. Hierbei zeigt sich ebenfalls der Trend, dass die Arbeitsmarktpolitik nicht mehr im Zentrum des Interesses steht, sondern die Integrationspolitik den Schwerpunkt stellt. Somit stehen „Regeln“ für Vorgaben auf sozialer Ebene – „Regeln“ für „gute Integration“ – im Fokus.

„Ich will da in Ruhe und Frieden leben. Miteinander. Und es geht. Anhand unserer Anlage kann ich nur sagen: es geht. Es muss sich jeder an Regeln halten. Ohne Regeln gibt es kein Zusammenleben.“ (Schuster 2014)

„Regeln“ bedeuten Vorgaben für eine Anpassung an die gesellschaftlichen Normen der Österreicher und Österreicherinnen. Dies ist sehr generalisierend gesprochen, doch es wird schnell klar, welche Ebene dies betrifft. Die FPÖ spricht mit zwei weiteren Slogans die zwei wesentlichen Punkte treffend aus: „Freie Frauen statt Kopftuchzwang“ und „Deutsch statt nix verstehen“. Das Kopftuch hat in der österreichischen Gesellschaft einen doppelten symbolischen Wert: zum einen steht es als Symbol für „Nicht-Integration“. Dies zeigt im öffentlichen Raum das Bekenntnis zu einer „anderen“ Religion – das Ablegen dieses religiösen Symbols gilt als Symbol für Integration. Schuster erzählt das Positivbeispiel für Integration der Tochter ihrer Nachbarin, welche aufgrund des Ablegens des Kopftuches endlich in Wien eine Arbeitsstelle bekommen hat.

„Find ich super sowas! Wenn sie's privat tragen will, soll sie's. (...) Ich sagte zu ihrer Mutter: ihre Tochter lebt hier und soll sich hier wohlfühlen. (...) Dann hat die das Kopftuch abgelegt und fühlt sich heute wohl. (...) Das sind für mich so kleine Schritte für Integration.“ (Schuster 2014)

Zum anderen steht das Kopftuch im öffentlichen Raum als Symbol für die Unterdrückung der Frau. Dies kann nicht mit den Werten der österreichischen Gesellschaft übereinstimmen. Wie bereits Fischer erwähnt, werden muslimischen Frauen alle Rechte abgesprochen – das Kopftuch ist das fassbare Symbol dafür und ist abzulehnen. Die Stellung der freien Frau wird als westlicher, europäischer, österreichischer Wert angesehen. Dieser wird durch das

Ablehnen des Kopftuches akzeptiert und dies gilt als integratives Handeln in die österreichische Gesellschaft.

Ein weiterer Punkt in der Integrationsdebatte ist die Sprache. Die deutsche Sprache muss erlernt werden – die türkische Sprache soll wenig und wenn möglich nur im privaten Raum gesprochen werden. Das Sprechen „unserer“ Sprache gilt als erster Level für Integration. Die „andere“ Sprache wird zwar von „uns“ akzeptiert, aber ein "integrierter Migrant" oder eine "integrierte Migrantin" spricht diese nur im privaten Bereich.

„(...) die, die gerne hier leben, sich anpassen und als Österreicher fühlen, wollen das sowieso auch nicht. Dieses Problem, das wir haben. Dieses Abschotten der Muslime.“ (Fischer 2014)

Das Erlernen und vor allem das Anwenden der deutschen Sprache im öffentlichen Raum vermindert die „Gefahr des Abschottens“ – sie mindert die „Türkengefahr“.

Weiters lässt sich feststellen, dass sich das Verständnis und die Definition der Bürgerinitiative von "Integration" an den politischen Aussagen der FPÖ orientiert. „Integration“ wird in diesem Verständnis mit Assimilation gleichgesetzt. Das Annehmen der „österreichischen, abendländischen Werten“ durch symbolische Gesten, wie beispielsweise das Abnehmen des Kopftuches, wird als Integration gesehen. Das Anpassen an die österreichische Gesellschaft und das sich „als Österreicher fühlen“ ist das Ziel der Integration. Ein offizielles und ausgesprochenes Zugehörigkeitsgefühl zur österreichischen Nation und zur österreichischen Identität würde die Vollendung für Integration darstellen.

Abschließend sollen nun die Erkenntnisse aus der Feldforschung zusammengefasst dargestellt werden.

Die „Türkengefahr“ kann also auf zwei Ebenen „bekämpft“ werden. Zum einen auf der Ebene der Gesetzesschreibung: Es müssen Gesetze erlassen werden, welche die Migration nach Österreich aus „Dritt-Staaten“ – vor allem muslimischen Ländern – minimieren, aber auch die „Regeln“ für diese MigrantInnen definieren. Zum anderen muss auf gesellschaftlicher Ebene auf eine Umsetzung dieser vorgegebenen Regeln und auf eine Assimilation an die „österreichischen Werte“ – oder auch eine Ablehnung der „türkischen Werte“ – geachtet werden.

Dieses Gedankengut ist als eine Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ zu sehen. Auch hierbei sind Elemente aus der Sage „Der Purbacher Türke“ aufzufinden. Die Assimilierung des „Türken“ wird als Methode gesehen, diesen zu

unterwerfen und „uns“ vor ihm zu schützen. Die FPÖ nimmt als Beispiel einen Schauplatz, der 500 Jahre zurückliegt. Die Geschehnisse einer Sage sind historisch meist nicht hundertprozentig nachzuweisen. Jedoch wird „der Türke“ integriert beziehungsweise assimiliert. Er ist nach dieser Metamorphose ein „guter Türke“ geworden. Dieses Motiv, diese Praxis kann eins zu eins auf den aktuellen Integrationsdiskurs umgesetzt werden. Wenn die aktuelle Situation so gehandhabt wird wie in der vergangenen Sage, kann der „Türkengefahr“, welche immer noch aktuell ist, Einhalt geboten werden. Die Bürgerinitiative hat diesen Gedanken aufgenommen und ihn adaptiert.

Türkische Mädchen, die ihr Kopftuch ablegen, sind das Paradebeispiel dafür, dass diese Türcinnen integriert sind. Diese Argumentationslinie ist eine Auswirkung der politischen Instrumentalisierung, da ein historisches Ereignis herangezogen wird, um ein positives Beispiel der Integration aufzuzeigen. Die Auswirkung davon ist, dass diese Argumentationslinie in den aktuellen Diskurs einfließt und die Praxis einer Sage auch im realen, aktuellen Diskurs als Lösung gesehen wird.

9.7 „GUTER UND BÖSER MOSLEM“ - „GUTER UND BÖSER TÜRKE“

Das Konzept des „guten und bösen Moslem“ ist in der Wahrnehmung der Bürgerinitiative Dammstraße sowohl in der medialen Repräsentation, als auch in der empirischen Forschung nachzuweisen. Hierbei kommt es aber zu einer kleinen Abweichung von Gingrichs Zuordnung des „guten und bösen Moslems“: in der Wahrnehmung der Dammstraße wird der „gute und der böse Moslem“ in einen „guten und bösen Türken“ differenziert. Die Vorstellung des „guten und bösen Türken“ basiert ebenso auf der Vorstellung des Grenz-Orientalen.

„Den Türken“ wird eine Religion, in diesem Fall der alevitische Islam, zugeordnet. Sie haben auch eine Kultur *„Das ist nun mal Tradition. Aber die gibt's ja auch in islamischen Ländern: Tradition.“* (Schuster 2014) Jedoch gilt „ihre Tradition und Kultur“ als Bedrohung, da diese in die österreichische Gesetzeslage integriert werden soll. Die Diskussion zur Gesetzeslage von religiösen Feiertagen zeigt dies ganz offensichtlich, da die Befürchtung besteht, in naher Zukunft verpflichtet zu werden, „Ramadan“ zu feiern.

Der „böse Türke“ ist ein „strenggläubiger Türke“, der an der „anderen“ Kultur und Tradition festhält.

„Weil die Gegensätze zu groß sind. Ich habe das schon so ein bisschen erlebt in den letzten fünf, sechs Jahren. Für strenggläubige Muslime sind wir Ungläubige. Wir sind einfach Ungläubige und die verstehen einfach nicht, wie wir leben. (...) das wird immer so bleiben. Ich glaub, da ist auch die Akzeptanz relativ schwach noch bei denen.“ (Fischer 2014)

Der „böse Türke“ hängt einer „mittelalterlichen Religion“²⁶ nach, welche einen dichotomen Standpunkt gegenüber der „westlichen Welt“ einnimmt. Er ist integrationsunwillig und sein Anspruch liegt darin „seine, östliche Tradition“ in Europa zu festigen. In dieser Vorstellung wird der männliche „böse Türke“ als Patriarch wahrgenommen, welcher als Akteur einer Religion fungiert und was wiederum die Unterdrückung seiner Frau und Töchter impliziert. „Wir Österreicherinnen“ sollten uns für unser eigenes Wohlergehen vom „bösen Türken“ fernhalten, da es - überspitzt gesagt - sein Ziel ist, „uns“ das Kopftuch überzuziehen.

Die „böse Türkin“ gilt meist als ungebildetes, unterdrücktes Opfer (mit dem Kopftuch als Symbol), welches sich nicht gegen den Patriarchen auflehnen kann – was auch nicht gewünscht ist, da ihre Religion ihr dies nicht erlauben würde. Eine freundschaftliche Beziehung zu einer „bösen Türkin“ ist nicht möglich, da ihre Religion Eigenständigkeit verbietet– *„Kannst dich ja nicht mit ihr hersetzen so wie wir und einen Kaffee trinken. Geht nicht.“* (Fischer 2014)

Der „gute Türke“ ist ein „westlicher, integrierter Türke“, der sich an „unsere Regeln“ hält. Er bekennt sich zu einem „liberalen Islam“, aber nur im privaten Bereich. Diese Zugehörigkeit zu einer „anderen Religion“ wird in keinsten Weise öffentlich nach außen getragen. Die „gute Türkin“ ist eine freie, moderne Frau – unabhängig von religiösen Geschlechterrollen und ihrem Mann. Ihr Anspruch liegt darin, Teil „unserer Gesellschaft“ zu werden.

Der Wandel vom „bösen Türken“ beziehungsweise „bösen Türkin“ zum/zur „guten Türken“/ „guten Türkin“ kann nur durch Integration – als Assimilation zu interpretieren – von staten gehen. „Wir“, „unsere Werte“, „unsere Traditionen“, „unsere Kultur“ können diese Metamorphose bezwecken und die Assimilation an die „Wir-Gruppe“ festigt die Wandlung.

26 (Schuster 2014)

Der „gute bosnische Moslem“, wie in Gingrich erläutert, wird in dieser Wahrnehmung abgelöst durch den „guten türkischen Moslem“, welcher jedoch ähnliche Parameter wie der „gute bosnische Moslem“ aufweist. Es handelt sich hierbei nicht mehr um eine kolonialbedingte militärische Kontrolle, sondern um eine durch Integration forcierte soziale Kontrolle. Die militärische Kontrolle liegt nicht mehr im Zentrum der Gefahr, sondern die Kontrolle über den Identitätserhalt der „österreichischen Gesellschaft“. Der „gute bosnische Moslem“ wurde durch Kolonialherrschaft kontrolliert – der „gute türkische Moslem“ wird heute durch Integration kontrolliert. Diese Elemente werden durch die freiheitliche Politik vertreten und sind in diesem Diskurs wiederzufinden.

Nach dieser Darlegung der Forschungsergebnisse möchte ich nun im nächsten Kapitel die einzelnen Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des Türkenmythos herausgreifen und besprechen.

10. AUSWIRKUNGEN DER POLITISCHEN INSTRUMENTALISIERUNG DES „TÜRKENMYTHOS“

In den vorhergehenden Kapiteln wurde aufgearbeitet, welche Organe mit welcher Methode den „Türkenmythos“ instrumentalisieren. Hierbei sind drei Ebenen festzuhalten. Zum ersten die Ebene der österreichischen beziehungsweise Wiener Volkskultur, welche die historische Vergangenheit der „Türkenbelagerungen“ und der „Türkengefahr“, als identitätsstiftendes Kulturmotiv festhalten und aufleben lassen.

Die zweite juristische Ebene zeigt einen starken Wandel zur „Anti-Migrations-Politik“ auf. In diesem Kontext wird in der Gesellschaft durch verschärfte Gesetzesschreibung von „oben herab“ die Angst vor überlaufenden Migrationsströmen forciert. Die Entwicklung des „Gastarbeiterregimes“ über eine „Das-Boot-ist-voll-Mentalität“ hinweg zu einer gewünschten „Minus-Migration“-Politik²⁷ beeinflusst die Wahrnehmung von nicht-österreichischen ArbeitsmigrantInnen in der österreichischen Gesellschaft negativ. Durch immer geringer werdende Quotenregelungen für Migration und Erschwernissen für den Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft wird in der ansässigen österreichischen Bevölkerung die Ansicht von Migrationsströmen als Bedrohung unterstützt.

Die dritte politische Ebene arbeitet mit zwei verschiedenen Motiven. Auf der einen Seite beziehen sich Politiker in ihren politischen Aussagen direkt auf die „Türkenbelagerungen“ und stellen den aktuellen Migrationsdiskurs mit der „Türkengefahr“ gleich. Auf der anderen Seite wird durch permanentes indirektes Verweisen auf die stetige „Türkengefahr“ auf Wahlplakaten ein anhaltendes Bewusstsein in der österreichischen Gesellschaft mobilisiert.

In Wien ist allgemein kein positiv konstruiertes Bild türkischer MigrantInnen wiederzufinden. Dies ist ein kaum messbarer Wert, der durch Datenerhebungen zu dokumentieren ist. Bewegt man sich für längere Zeit in der Stadt Wien, wird dieser Eindruck im alltäglichen Leben bestätigt werden. Um diesen Eindruck ein wenig fassbarer zu machen, möchte ich das Beispiel der Wiener Tageszeitung „Heute“ nennen, welche mit völligem Selbstverständnis einen Artikel über einen türkischen Straftäter mit dieser Beschreibung veröffentlichte: *„Der Kraftfahrer (43) gehörte zu der Sorte Mann, die zum Glück eher hinterm Halbmond lebt. In Ländern wo das Gesäß beim Beten höher ist als der Kopf. Partnerinnen betrachten sie als*

²⁷ Handbuch der freiheitlichen Politik

*Besitz. Macht sich der selbstständig, sind die im Stolz verletzt und drehen durch.*²⁸ (Heute Zeitung 6.12.2012)

Aussagen wie diese gelten nicht als Normalfall in der österreichischen Medienlandschaft, jedoch sind sie ab und zu gegeben. Ich ziehe dieses Beispiel heran, um eine Stimmung in einer Gesellschaft aufzugreifen. Das Statement traf auf heftige Kritik von außen, jedoch beschreibt es, wie auf immer größer werdender Ebene das Bild von „den TürkInnen“ wahrgenommen wird. Die „TürkenInnen“ sind ein generalisiertes Phänomen, welches durch vorwiegend Negativstereotype behaftet ist. Um ein derart grenzwertiges Statement in einer österreichischen Tageszeitung veröffentlichen zu können, ist davon auszugehen, dass eine Problematik mit dem Bild der „TürkInnen“ vorherrschend ist.

Um die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierungen deutlicher und beispielhafter aufzuzeigen, habe ich die Bürgerinitiative Dammstraße untersucht. An den Statements der Bürgerinitiative Dammstraße ist gut abzulesen, inwieweit die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ ihren Einfluss genommen hat.

Als einflussreichste Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ gilt laut den aufgenommenen Daten die Darstellung des „Islams“ als Gefahr und Bedrohung sowohl im Kontext von Wien, aber auch auf europäischer Ebene.

„(...)Und es ist die Religion, die das Tor zur Hölle öffnet. Es ist die Religion, nichts anderes.“ (Homepage BI Dammstraße 2014)

In der Darstellung der Bürgerinitiative Dammstraße wird die Religion Islam als politische und vor allem als feindliche, aggressive und gefährliche Ideologie verkörpert. Sie gilt als Initiator für kriegsrische, gewalttätige Handlungen. Dies ist sowohl anhand der Artikel über die aktuellen Geschehnisse der islamischen Organisation ISIS zu sehen, als auch bei der Beschreibung des kulturell-religiösen Vereins ATIB.

Die rechtspopulistischen Statements durch Politiker der FPÖ mobilisieren eine Wahrnehmung des „Islams“ als Feindbild, welches von der Bürgerinitiative Dammstraße eins zu eins aufgenommen wurde. Dieser Einfluss durch die politische Instrumentalisierung formt das Feindbild „Islam“ und definiert dieses durch seine ständig gegebene Bedrohung. Die Bürgerinitiative Dammstraße nimmt dieses Element auf, erweitert es jedoch dadurch, dass die

²⁸ <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3185060/heute-entschuldigt-sich-bei-lesern.story>

Bedrohung sowohl auf gesellschaftlicher Ebene, wie von der FPÖ deklariert, aber in naher Zukunft auch auf juristischer Ebene gegeben sein wird.

„Der Islam“ wird in der politischen Instrumentalisierung als Initiator der kriegerischen Handlungen gleichgesetzt. Durch die teilweise gegebene Personifizierung einer Glaubensrichtung wird „der Islam“ als Mann im Hintergrund gesehen, der das praktische Handeln leitet. Mit Rückgriffen auf vergangene historische Ereignisse wird „der Islam“ als Teilmotivation für die „Türkenbelagerungen“ 1529 und 1683 dargelegt. Diese Theorie wird auf den heutigen Migrationsdiskurs übertragen – jegliche Problematik, welche auf sozialer, gesellschaftlicher oder ökonomischer Ebene mit türkischen MigrantInnen auftritt, wird auf die Grundproblematik „des Islams“ zurückgeführt.

Der Islam in dieser Definition formt weiter das Bild von „den TürkInnen“ in Wien. ATIB wird als Praxisfeld des „Islams“ erachtet und führt in der Folge auch zur Definition von „den TürkInnen“.

Die Perzeption von „den TürkInnen“ in Wien und die Differenzierung in „gute und böse TürkInnen“ ist eine weitere Folge der politischen Instrumentalisierung. Das Bild „der TürkInnen“ als generalisierte Gruppe ist von Negativstereotypen, welche von politischen Statements forciert sind, geprägt. Die von Gingrich erhobene Differenzierung von „gutem und bösem Moslem“ transzendiert sich in diesem Kontext in das Konstrukt von „gute/r und böse/r TürkIn“. (Gingrich 2003)

Das Bild des „bösen Türken“ stimmt mit der Definition des „bösen Moslem“ von Gingrich überein. Er gilt als stetige, immer da gewesene Bedrohung der österreichischen Identität - Er wird als Soldat des „Islams“ reproduziert. Wie in der politischen Instrumentalisierung bezweckt, steht der „böse Türke“ als Feindbild für die Selbstdefinition der österreichischen Identität. „Wir“ besitzen alle dichotomen Eigenschaften der „bösen TürkInnen“. *„Daham statt Islam“* – In der „eigenen, österreichischen“ Identität kann sich kein Element einer anderen Religion wiederfinden als das abendländische Christentum. Das Zurückweisen der „anderen“ Kultur definiert „unsere“ Identität und Kultur, sowie der Sieg in den „Türkenbelagerungen“ „unsere“ Identität erschaffen und geprägt hat.

Wie auch von der Bürgerinitiative Dammstraße ausführlich erklärt, sind die „bösen TürkInnen“ jene TürkInnen, welche keinen Integrationsanspruch stellen. Aufgrund des Fehlens der Integrationswilligkeit und Integrationsfähigkeit gelten sie als Bedrohung und als negativer Gegenpol zur österreichischen Gesellschaft. Der Erhalt der „anderen“ Tradition

bedingt ein Ablehnen der österreichischen Tradition. Die „guten TürkInnen“ sind die Gruppe von türkischen MigrantInnen, welche den richtigen Weg der Integration bereits absolviert haben – Integration als Assimilation.

Durch die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ gilt das Verständnis von Integration als Assimilation. Durch das Ablegen der andere, feindlichen, gefährlichen Kultur kann das Konstrukt der „TürkInnen“ als positiv bewertet und als Teil der Gesellschaft akzeptiert werden. Die stetige Rückbesinnung auf die „Türkenbelagerungen“ als Teil der Volkskultur, aber auch als Element der rechtspopulistischen Politik in Österreich der letzten dreißig Jahre, prägt und fördert dieses Bild – ein „guter Türke ist ein assimilierter Türke“. Dies zeigt das öfters erwähnte Beispiel der Sage „Der Purbacher Türke“ auf. Jedoch ist diese Annahme ebenso in den Denkweisen der Bürgerinitiative Dammstraße aufzufinden – Das Beispiel der „gutintegrierten“ Nachbarstochter, welche ihr Kopftuch ablegt, zeigt dies explizit auf.

Die Bürgerinitiative Dammstraße wird als Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ bezeichnet, da diese die soeben besprochenen Elemente der Darstellung von „dem Islam“ und „den guten und bösen TürkInnen“ verinnerlicht hat. Die Bürgerinitiative Dammstraße sieht sich als Verteidigungselement gegenüber der „Türkengefahr“. Die freiheitliche Politik ruft stetig dazu auf, die „Türkengefahr“ zu erkennen und mit dezidierten Mitteln entgegen zu wirken. ATIB wird in diesem Kontext als Teil der „Türkengefahr“ beziehungsweise als Praxis der „Türkengefahr“ empfunden, gegen die vorgegangen werden muss.

Plakativ zeigt sich das Weiterleben des „Türkenmythos“ in der Bürgerinitiative Dammstraße darin, dass die Migrationsströme der letzten 30 Jahre bis heute als „3. Türkenbelagerung“ bezeichnet werden. „3. Türkenbelagerung“, „abendländische Werte“ oder „Kopftuchzwang“ sind Termini, die aus der Rhetorik der Politik der FPÖ entspringen, jedoch in der Rhetorik der Bürgerinitiative Dammstraße wieder aufgegriffen wurden. Die Adaption der politischen Rhetorik durch die Rhetorik einer Bürgerinitiative zeigt auf, wie stark der Einfluss der politischen Rhetorik bereits auf sozialer Ebene ist – das Verinnerlichen der Sprache inkludiert in diesem Fall das Verinnerlichen des daraus resultierenden Gedankengut in der alltäglichen Praxis.

Die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ zeigen sich am Beispiel der Bürgerinitiative Dammstraße in vier verschiedenen Facetten: Die Religion

„Islam“ erreicht eine neue Definition: eine Ideologie, welche gewalttätiger und kriegerischer Praxis zugeordnet ist. Diese Ideologie kann aber in manchen Fällen auch als Person „Islam“ verstanden werden. Wichtig ist: ALLE Muslime und Musliminnen glauben an diesen „EINEN absoluten Islam“. Türkische MigrantInnen werden als homogene Gruppe dargestellt, welche geprägt durch „den Islam“ in „gute und böse TürkInnen“ differenziert werden. Das Bild der „TürkInnen“ in Wien ist jedoch definiert durch die Zuordnung zum „bösen Moslem“, welcher laut Gingrich bereits seit dem 20. Jahrhundert in der österreichischen Volkskultur wahrzunehmen ist. Integration wird Bezug nehmend auf historische Geschehnisse mit Assimilation als einzige fruchttragende Möglichkeit gleichgesetzt. Wie die Geschichte der „Türkenbelagerungen“ lehrt, ist das Abwehren der „Überfremdung“ die einzig akzeptable Möglichkeit – die auf den aktuellen Migrationsdiskurs figurativ ist.

All diese Elemente bestimmen das Bild von „den muslimischen TürkInnen“, welches in der Bürgerinitiative Dammstraße vorherrscht. Auffallend oft wird dieses mit der gleichen Rhetorik wie jene der politischen Akteure wiedergegeben. Die Gründung der Bürgerinitiative Dammstraße ist in dem Sinn keine Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ – sie ist eine Folge der Auswirkung der politischen Instrumentalisierung. Denn zum Einen hegt diese den Anspruch „unsere Gesellschaft“ und „unsere Identität“ zu schützen. Zum Anderen weist der Inhalt der Rhetorik und die Praxis jedes konstruierte Element des Bildes der „TürkInnen“ und „des Islams“ in Wien auf.

11. CONCLUSIO

Die Analyse der Daten zum Forschungsfeld der Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ zeigt die Komplexität des Zusammenspiels von Politik und deren Auswirkungen auf gesellschaftlicher Ebene dezidiert auf. Ebenso wird in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer tiefverankerten Volkskultur und deren verbundenen Mythen und Traditionen ersichtlich. Ich möchte abschließend die Forschungsergebnisse knapp zusammenfassen und einen Ausblick auf die weitergehenden Folgen dieser Auswirkungen auf gesellschaftlicher Ebene in Wien beziehungsweise Österreich diskutieren.

Es ist festzustellen, dass die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ in diesem Feld vor allem durch die rechtspopulistische Partei FPÖ stattfindet. Im aktuellen Diskurs wird diese durch den Obmann Heinz Christian Strache repräsentiert – in vergangenen Jahren durch den Parteiobmann Dr. Jörg Haider. Die Parteilinie der FPÖ greift tief verwurzelte Ängste gegenüber einer bestimmten Gruppe von MigrantInnen auf – in diesem Fall türkischen MigrantInnen und Personen mit „türkischem“ Migrationshintergrund. Dies geschieht zum einen durch politische Statements und Slogans auf Wahlplakaten, zum anderen aber auch durch eigens herausgegebene „Sagenbücher“. Der aktuelle Migrationsdiskurs wird mit bestimmten historischen Ereignissen – der „Türkenbelagerungen“ aus 1529 und 1683 – gleichgesetzt, um ein Gefühl der aktuellen „3.Türkenbelagerung“ zu konstruieren.

In dieser Methode sind Elemente des „guten und bösen Moslems“ aufzufinden und instrumentalisiert, welche Andre Gingrich in seiner Theorie zum Grenz-Orientalismus offen darlegt. Diese Elemente werden verwendet, um eine Exklusionspolitik zu führen. Dieser Exklusionsgedanke ist das stärkste Element des Parteiprogramms und auch das stärkste Element, welches in der Analyse auf gesellschaftlicher Ebene wiederzufinden ist.

Eine verstärkte Angst vor dem „Türkenmythos“ wird jedoch ebenso durch den stetigen Erhalt der „Türkengefahr“ in der Wiener Volkskultur, wie auch durch eine restringierte Migrationspolitik seit den 1960er Jahren in Österreich forciert.

Im Zuge der Forschung wurde die Bürgerinitiative Dammstraße, welche aufgrund ihres Engagements gegen den Ausbau des muslimischen kulturell-religiösen Vereinszentrum ATIB auffällt, auf die Elemente der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ untersucht. Es wird aufgezeigt, dass das Bild, welches durch die politische

Instrumentalisierungen des „Türkenmythos“ konstruiert wird, sehr wohl starken Einfluss auf das Bild „der Türken“ und „Türkinnen“ in Wien anhand des Beispiels der Bürgerinitiative hat. Das Motiv von Andre Gingrich des „guten und bösen Moslems“ wird adaptiert und präsentiert eine Wahrnehmung des „guten und bösen Türken“ beziehungsweise der „guten und bösen Türkin“, welche durch jegliches – von der FPÖ forciertes - Vorurteil, gekennzeichnet sind. Die Bürgerinitiative Dammstraße präsentiert genau dieses Bild von „den TürkInnen“ in Wien. „Gute und böse Türken“ werden differenziert aufgrund ihrer „Integrationswilligkeit“ und der damit verbundenen Assimilation an die „österreichische Kultur“. Die Assimilation gilt als Methode, die „bösen TürkInnen“ zu „entwaffnen“ und die „Türkengefahr“ von ihnen zu lösen.

In diesem Zusammenhang ist wichtig hervorzuheben, inwiefern „der Islam“ durch die politische Instrumentalisierung konstruiert wird und zu einem Feindbild der Gesellschaft gemacht wird. „Der Islam“ wird als feindliche Ideologie dargestellt, welche den Anspruch hat, Europa und den ganzen Westen zu unterwerfen. „Der Islam“ gilt als Initiator für jegliches kriegerisches, gewalttätiges, unterdrückendes oder gefährliches Verhalten, welches von „Türken“ oder „Türkinnen“ ausgehen kann. Jegliches „Wissen“, welches über „den Islam“ in der Bürgerinitiative Dammstraße verbreitet wird, kann wissenschaftlich nicht belegt werden - in diesem Kontext spiegelt sich die Politik und die politischen Statements der FPÖ wieder, denn diese werden eins zu eins sowohl in der Wahrnehmung „der Türken“, als auch in der Rhetorik über „die Türken“ übernommen.

Die zentrale Auswirkung der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ ist - wie bereits erwähnt - die Gleichsetzung der „Türkenbelagerungen“ aus 1529 und 1683 mit dem aktuellen Migrationsdiskurs. Die Auswertung der Datenanalyse zeigt auf, dass diese Gleichsetzung bereits im Denken der Bürgerinitiative adaptiert wurde. Im Zentrum der „3. Türkenbelagerung“ steht jedoch nicht die militärische Übermacht, wie 1529 und 1683, sondern der „Identitätsraub der österreichischen Gesellschaft“. Die Rhetorik der FPÖ und deren damit verbundenen feindlichen Statements gegenüber der konstruierten „Anderen“-Gruppe der „TürkInnen“ wird exakt adaptiert und findet in der alltäglichen Praxis statt.

Die Bürgerinitiative Dammstraße ist nur ein Phänomen, welches im Feld dieser Forschung beleuchtet werden konnte. Hierzu können in einem konkretisierten Rahmen die Auswirkungen das Bild „der TürkInnen“ in Wien besprochen werden. Es muss jedoch in diesem Kontext hinterfragt werden, welche weitergehenden Folgen diese Konstruktion des Bildes von „den TürkInnen“ mit sich bringt. Es ist davon auszugehen, dass das konstruierte

Bild von „den guten und bösen TürkInnen“ nicht nur in einer Bürgerinitiative Dammstraße oder einem Gemeindebau Dammstraße aufzufinden ist. Wie bereits erwähnt, zeigten die Nationalratswahlen 2013 in Österreich eine Wählerschaft von 20,9 Prozent, welche die Politik der FPÖ unterstützen, auf.

Die Angst vor der „Türkengefahr“ und der „Türkenmythos“ basiert auf Konstrukten, welche in Österreich vorherrschen. Dieses ist sowohl von Andre Gingrich besprochen worden, wird aber ebenso in Berichten von Dallinger²⁹ oder einem Besuch im Wien Museum bestätigt. Dieses Motiv ist ein Teil der Volkskultur und ist nicht nur im Bewusstsein von FPÖ-WählerInnen oder Mitgliedern der Bürgerinitiative Dammstraße aufzufinden. Die Auswirkungen dieses Konstrukts sind auf gesellschaftlicher Ebene verankert, wie das Beispiel der Alltagstauglichkeit des Fluches „Kurztürken“³⁰ oder ebenso die vielen Gedenkstätten in Wien und Umgebung an die „Türkenbelagerungen“ aufzeigen.

Sowohl Gingrich, als auch Dallinger beschreiben die historischen und kulturellen Vorraussetzungen, die in Österreich vorherrschen, welche in weiterer Folge den Erfolg einer rechtspopulistischen Politik, wie die der FPÖ, erklären kann. Es kann also dargelegt werden, warum die Politik so großen Zuspruch findet. In diesem Zusammenhang kann anhand der Bürgerinitiative Dammstraße auch nachgezeichnet werden, worin hierbei die Basis der Konstruktion der „Türken“ oder „des Islams“ entspringt.

Der Punkt ist, dass historische Ereignisse, welche bereits Stereotype einer bestimmten Gruppe konnotieren, politisch instrumentalisiert werden. Die daraus entstandenen konstruierten Bilder werden von einer Organisation, wie etwa der Bürgerinitiative Dammstraße, aufgegriffen und wiederum auf gesellschaftlicher Ebene weiter verbreitet. Die Bürgerinitiative Dammstraße ist ein Zusammenschluss von Anrainern eines Gemeindebaus im 20. Wiener Gemeindebezirk – dies impliziert, dass Bilder, welche auf gesellschaftlicher Ebene vorherrschen, in ein Repräsentationsorgan wie der Bürgerinitiative übergehen und zeitgleich diese auf gesellschaftlicher Ebene reproduzieren.

In der Dammstraße ist das Motiv des „Türkenmythos“, welcher durch stetiges Gedenken an die „Türkenbelagerungen“ forciert wird, sowohl in ihrer Wahrnehmung des kulturell-religiösen Vereins ATIB, als auch in der medialen Repräsentation zur Thematik „des Islams“ und dem Migrationsdiskurs, nachzuweisen. Die politische Instrumentalisierung hat

²⁹ (Dallinger 2013)

³⁰ (Gingrich 2010)

Auswirkungen auf das Bild von „den Türken und Türkinnen“ in Wien, da diese das Bild des „bösen Moslem“ mit dem Bild des „bösen Türken“ gleichsetzen und verbreiten.

Jedoch ist in diesem Zusammenhang bedenklich, dass historische Ereignisse, welche bereits 500 Jahre in der Vergangenheit liegen, so großen Einfluss in der aktuellen Realität haben können – sowohl in der Politik, als aber auch auf gesellschaftlicher Ebene. Vorurteile und Stereotypen werden durch die Bürgerinitiative aufgegriffen und auf gesellschaftlicher Ebene übertragen. Die Gefahr, und ich suggeriere es bewusst als Gefahr, besteht darin, dass Frau Schuster als Repräsentantin der Bürgerinitiative öffentliche Auftritte absolviert. Sie verbreitet das Bild von „den Türken, wie sie wirklich sind“ mit den Anspruch, dies aus realen Lebensverhältnissen zu wissen. Ein konstruiertes Bild eines Phänomens wird kreiert und an die Öffentlichkeit getragen.

In der sozialen gesellschaftlichen Praxis stellt sich nun die Frage, wie viele in Österreich lebende Personen dieses konstruierte Bild von „den TürkInnen“ nicht ebenso unreflektiert übernehmen, wie die Bürgerinitiative Dammstraße dies getan hat? Diese Frage bildet nicht den Rahmen meiner Forschung, doch sehe ich diese als Grundproblematik für die den aktuellen Integrationsdiskurs in Wien.

Das in diesem Fall suggerierte Identitätskonzept „der österreichischen Gesellschaft“ basiert auf der Vorstellung einer homogenen Identität von Österreich, welche durch Exklusion „anderer“ Tradition oder Kultur geprägt ist. Diese vorgestellte homogene Identität „der österreichischen Gesellschaft“ wird durch rechtspopulistische Politik forciert, ist aber in der Realität nicht aufzufinden. Somit sollte bewusst werden, dass die homogene Vorstellung „der Türken“, „der türkischen Kultur“ oder „des Islams“, welche in diesem Kontext verbreitet ist, ebenso nicht aufzufinden ist.

Die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ lassen sich sowohl auf theoretischer Ebene erklären, als auch in weiterer Folge empirisch bestätigen. Viel wichtiger erscheint mir jedoch das Problemfeld, welches sich in der gesellschaftlichen Praxis daraus ergibt. Meines Erachtens fehlt bei einem großen Teil der Gesellschaft - hierbei ist nicht nur die FPÖ-WählerInnenschaft und die Bürgerinitiative Dammstraße zu inkludieren - der Anspruch, das stereotypisierte und konstruierte Bild von „den TürkInnen“ und von „dem Islam“ zu hinterfragen. Es gibt eine abgeschwächte aber weitreichende Differenzierung zwischen „guten und bösen TürkInnen“ in Österreich und Wien - viel weitreichender als nur im Feld der Bürgerinitiative Dammstraße. Radikale, rechtspopulistische Aussagen können in

jedem Land sowohl von PolitikerInnen, als auch Organisationen und Bürgerinitiativen, getroffen werden. Mangelt es in der öffentlichen und gesellschaftlichen Praxis daran, diese Aussagen zu hinterfragen, haben diese Einfluss auf das Zusammenleben in der integrativen Praxis von MigrantInnen und Gesellschaft.

Ich stelle mit dieser Studie über die Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ am Beispiels der Bürgerinitiative Dammstraße den Anspruch, vorgefertigte und konstruierte Bilder von „den TürkInnen“ und „dem Islam“, aber ebenso das konstruierte Identitätskonzept von „uns ÖsterreicherInnen“, welches aktuell verbreitet wird, zu hinterfragen und in diesem Zusammenhang neu zu definieren, um eine bessere integrative Praxis zwischen „MigrantInnen“ und „ÖsterreicherInnen“ zu gewährleisten.

Abschließend möchte ich anmerken: Die politische Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ hat bereits zu weitreichenden Auswirkungen in der gesellschaftlichen Praxis erreicht, und hat daraus folgend großen Einfluss auf bestehende oder noch zu verändernde Identitätskonzepte. Jenes unreflektierte Verhalten, das Personen, wie etwa die Vertreterin der Bürgerinitiative Dammstraße, Hannelore Schuster, an den Tag legen, ist entschieden abzulehnen. Frau Schuster nimmt von „oben“ forcierte Bilder, Konstrukte und Weltanschauungen auf. Durch den Deckmantel einer Bürgerinitiative werden diese radikalen, fast schon fanatischen Gedankengüter verbreitet und bekommen Zuspruch - Schuster und die Bürgerinitiative bekommen Gehör und öffentliche Medienpräsenz. Dem Anspruch einer Exklusionspolitik der FPÖ und einer darauffolgenden Exklusionspraxis von bestimmten ethnischen Gruppen im realen Leben wird durch diese gesellschaftliche Praxis der Weg geebnet. Dieser Ansatz ist meines Erachtens in einer funktionierenden Integrationspraxis kein erstrebenswerter Weg – keiner, der Früchte tragen kann.

12. QUELLENVERZEICHNIS

Anmerkung: jegliche Internetquellen wurden das letzte Mal am 15.09.2014 auf Aktualität überprüft.

12.1 LITERATUR

- **Arienti, Valentina (2013):** Gute und böse Moslems. In: Die Presse. Printausgabe: 07.06.2013. <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1415747/Gute-und-böse-Moslems>
- **Dallinger, Silvia (2013):** Was macht ein Pascha auf einem Esel? Die zweite Wiener ‚Türkenbelagerung‘ als gegenwärtige Vergangenheit. IN: Feichtinger, Johannes; Heiss, Johann (2013): Geschichtspolitik und „Türkenbelagerung“. Kritische Studien zu „Türkenbelagerung“. Band 1. Mandelbaum kritik & utopie. Wien. S. 168-191.
- **Frölich-Steffen, Susanne(2004):** Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus IN: ÖZP. 2004/3: Aufstieg und Fall der FPÖ - Zwischen europäischem Trend und österreichischem Sonderweg. Facultas.wuv Verlag. Wien. S. 281-295. <http://www.oezp.at/pdfs/2004-3-03.pdf>
- **Fuchs, Therese (2012):** Arbeitsmigrationspolitik in Österreich. IN: Politix (31/2012) Germany <http://www.theoriebuero.org/2203/arbeitsmigrationspolitik-in-osterreich>
- **Gingrich, Andre (2010):** Blame it on the Turks: Language regimes and the culture of frontier orientalism in Eastern Austria (2010) In: De Cillia, Rudolf; Gruber, Helmut; Krzyżanowski, Michał; Menz, Florian (Hrg.)(2010): Diskurs – Politik – Identität/Discourse – Politics – Identity. Stauffenberg Verlag. Tübingen. S. 71-82.
- **Gingrich, Andre (2003):** Grenzmythen des Orientalismus- Die islamische Welt in Öffentlichkeit und Volkskultur Mitteleuropas. In: Mayr- Oehring, Erika und Elke Doppler (Hg.): Orientalische Reise: Malerei und Exotik im späten 19. Jh. Wien Museum. Wien. S. 110- 129.
- **Hetffleisch, Gerhard (2011):** ,II. Kapitel: Geschichtlicher, rechtlicher und sozialer Kontext IN: Roberta Medda-Windsicher, Gerhard Hetffleisch, Maren Meyer (Hrsg.): Migration und Integration in Südtirol und Tirol. Analysen und multidisziplinäre Perspektiven. EURAC Research. S. 59-169. [http://www.eurac.edu/de/research/institutes/imr/activities/Documents/8 II. Kapitel I Geschichtlicher, rechtlicher und sozialer Kontext.pdf](http://www.eurac.edu/de/research/institutes/imr/activities/Documents/8_II._Kapitel_Geschichtlicher_rechtlicher_und_sozialer_Kontext.pdf)
- **Handbuch der freiheitlichen Politik.** Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs. Hrsg mit Hofer, Nobert. 4. Auflage 2013. Wien.

- **Horaczek, Nina; Reiterer, Claudia (2009):** HC Strache. Sein Aufstieg. Seine Hintermänner. Seine Feinde. Verlag Carl Ueberreuter. Wien.
- **Pelinka, Anton (2008):** Österreichische und jüdische Identität. IN: Pelinka, Anton; Stögner, Karin; Sickinger, Hubert (2008): Kreisky- Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten. Wilhelm Braumüller Verlag. Wien. S. 1-20.
- **Perchinig, Bernhard (2010):** Ein langsamer Weg nach Europa: Österreichische (Arbeits)migrations- und Integrationspolitik seit 1945. IN: Schock, Hermann: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst. Migration und ethnische Minderheiten. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Leibnitz. S. 11-33.
http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikatione/sofid/Fachbeitraege/Migration_10-1_FB.pdf
- **Schirmmayer, Christine (2005):** Das „Bemühen auf dem Weg Gottes“. Der Jihad im Islam. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Frankfurt.
http://www.igfm.de/fileadmin/igfm.de/pdf/Publikationen/Dokumentationen/IGFM_jihad_im_Islam_2005.pdf
- **S.N.: Rassismus-Skandal bei Tageszeitung „Heute“.** Daily Newspaper Kleine Zeitung. 7.12.2012 Vienna.
<http://www.kleinezeitung.at/allgemein/impressumkontakt/index.do>

12.2 ONLINEQUELLEN

- **Definition: „Kipferl“** am 10.09.2014

<http://www.haubis.com/at/blog/das-kipferl-und-seine-geschichte>

<http://www.wien-vienna.at/essen.php?ID=1291>

- **Homepage ATIB**

<http://www.atib.at>

- **Homepage Bürgerinitiative Dammstraße**

<http://www.moschee-ade.at>

- **Artikel von Homepage Bürgerinitiative Dammstraße:**

Schuster, Hannelore (2014) „Der Westen muss umdenken, aber richtig!“

<http://www.moschee-ade.at/der-westen-muss-umdenken-aber-richtig/>

Schuster, Hannelore (2014) „Islamischer Staat: Was ist das?“

<http://www.moschee-ade.at/islamischer-staat-was-ist-das/>

Schuster, Hannelore (2014) „Polizei ermittelt gegen neue islamisten Szene“

<http://www.moschee-ade.at/polizei-ermittelt-gegen-neue-islamisten-szene/>

- **Homepage Türkengedächtnis.at**

<http://www.tuerkengedaechtnis.at>

- **Offizielle Wahlergebnisse. Nationalratswahl 2013**

<http://orf.at/wahl/nr13/ergebnisse/>

- **Parteiprogramm der FPÖ von 18. Juni 2011**

http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf

- **Theoriebüro: Arbeitsmigration in Österreich**

<http://theoriebuero.org/2203/arbeitsmigrationspolitik-in-osterreich/>

12.3 BILDQUELLEN

- **Türkengedächtnis:** Wiener Gedenkstätten der Türkenbelagerungen.

<http://www.tuerkengedaechtnis.oeaw.ac.at/orte/?filter=wien>

- **FPÖ Wahlplakate**

„Daham statt Islam“

<http://crippledsam.files.wordpress.com/2010/03/daham-statt-islam.jpg>

„Wien darf nicht Istanbul werden“

[http://www.dasbiber.at/content/wien-darf-nicht-istanbul-werden-\(-warum-eig-nicht-herr-strache%3F-\)](http://www.dasbiber.at/content/wien-darf-nicht-istanbul-werden-(-warum-eig-nicht-herr-strache%3F-))

„Abendland in Christenhand“

<http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=732>

12.4 INTERVIEWS

1. Interview mit **Hannelore Schuster**. Vorstand der Bürgerinitiative Dammstraße:
9. Mai 2014 um 11 Uhr. Hartlgasse 30.
Dauer des Interviews: 2 Stunden, 20 Minuten
Interview von: Valentina Arienti

2. Interview **mit Karin Fischer**. Mitglied der Bürgerinitiative Dammstraße:
16. Juni 2014 um 17 Uhr. Wallensteinplatz.
Dauer des Interviews: 1 Stunde 15
Interview von: Valentina Arienti

12.5 VIDEOREPORTAGEN

- **Am Punkt**. „Das Kreuz mit den Türken: Integration ist Bringschuld.“ ATV Plus.
17.11.2010

Teil 1: <http://www.youtube.com/watch?v=QqgnReThNQo>

Teil 2: <http://www.youtube.com/watch?v=TeGBbY8MDj4>

Teil 3: <http://www.youtube.com/watch?v=cnim7x-ySn4>

Teil 4: <http://www.youtube.com/watch?v=jqw6sFvN99Q>

12.6 „SAGEN AUS ÖSTERREICH“: FPÖ 2010

Siehe Anhang.

- **„Der Heidenschuss“** herausgegeben in Sagenbuch von FPÖ Wien 2010
<http://www.hcstrache.at/Sagen-aus-Oesterreich.pdf>
- **„Der Purbacher Türke“** herausgegeben in Sagenbuch von FPÖ Wien 2010
<http://www.hcstrache.at/Sagen-aus-Oesterreich.pdf>

13. LEBENSLAUF

VALENTINA ARIENTI BA.

PERSÖNLICHE ANGABEN

geboren:	26.3.1989	in	Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich			

AUSBILDUNG

SS 12 - SS 14	Universität Wien	Masterstudium Kultur- und Sozialanthropologie
WS 2008-WS 2011	Universität Wien	Bakkalaureat Kultur- und Sozialanthropologie Abgeschlossen
WS 2007 – SS 2008	Universität Wien	Diplomstudium deutsche Philologie
21.6.2007	BG 18 Klostergasse 25	AHS-Matura, neusprachlicher Zweig
WS 2003 – WS 2004	Höhere Lehranstalt für Tourismus und wirtschaftliche Berufe Bergheidengasse 5-19	Hotelmanagement
WS 1999 – SS 2003	BG 18 Klostergasse 25	Bundesgymnasium Unterstufe

BERUFLICHE PRAXIS

Juni 2013	Die Presse	„Der gute und der böse Moslem“
Ab Juni 13	VDFS- Verwertungsgesellschaft der Filmschaffenden	Dokumentation Sekretariat
Nov 12- Dez 13	Immo-Humana. Verein für Mütter in Wohnungsnot.	PR/Öffentlichkeitsarbeit

Okt 2011-Jan 13	Refillexpress	Logistik, Buchhaltung, Abteilungsleitung
Juli 2011	Die Berater	Assistentin
September 2010	UNO-City: IAEA General Conference	Tagungsmitarbeiterin
Januar – Juni 09	Bundesministerium Wissenschaft und Forschung	für Außendienst im Rahmen des Projekts „E-Voting“ für die Universität Wien
Februar 2007 – Juni 2007	Au-pair: Kinderbetreuung	Savona, Italien

14. ABSTARCT

Die folgende Masterarbeit setzt sich mit den Auswirkungen der politischen Instrumentalisierung des „Türkenmythos“ am Beispiel der Bürgerinitiative Dammstraße in Wien auseinander. Die Forschungsfrage lautet, inwiefern sich die politische Instrumentalisierung der „Türkenbelagerungen“ aus den Jahren 1529 und 1683 auf das aktuelle Bild von den „Türken“ in Wien auswirkt. In diesem Kontext bespreche ich die anthropologischen Theorien von Andre Gingrich zur Thematik des „Grenz- Orientalismus“ und des „guten und bösen Moslems“, welche als Teil der österreichischen Volkskultur gesehen werden können. Ich werde aufzeigen, wie die Politik der FPÖ ausgewählte historische Ereignisse instrumentalisiert und in weiterer Folge Einfluss auf das konstruierte Bild von „den Türken“ in Wien nimmt. Mein Forschungsfeld ist die Bürgerinitiative Dammstraße, welche sich gegen den Ausbau des Gemeindezentrums des kulturell-religiösen Vereins ATIB ausspricht. Der Anspruch der Masterarbeit liegt darin, die in der österreichischen Volkskultur und durch die Politik der letzten 30 Jahre geförderten Konstrukte von „den Türken“ am Beispiel der Bürgerinitiative Dammstraße zu analysieren, zu hinterfragen und in weiterer Folge einen Ausblick auf eine mögliche bessere integrative Praxis im aktuellen Migrationsdiskurs zu geben.

The following master thesis discusses the consequences of the political instrumentalization of the “myth of the Turks” in Austrian nowadays society. The research question is “How influences the political instrumentalization of the “myth of the Turks” the image of “the Turks” in Vienna (presented with the example of the “citizen initiative Dammstraße)?” In this context I present the theory of the Andre Gingrich of “good and bad Muslims”, which can be seen as a part of the Austrian popular culture. I demonstrate how the politics of the FPÖ (Austrian Freedom Party) uses the “Türkenbelagerungen” – the wars against the Turkish regime in 1529 and 1683 – to foment the fear of “the Turks” and at the same time constructs the image from the Turkish migrants as foe and danger. The field of my empirical research is the “citizen initiatives Dammstraße” in the 20th district of Vienna. The “citizen initiative Dammstraße” works against the expansion of a Muslim cultural-religious civic centre of the organization ATIB. In this context I figure out the consequences of the instrumentalization of the “myth of the Turks” on the image of “the Turks” in Vienna. The general claim of my master thesis is to scrutinize the construct “the Turks” from the politics in the migration discourse and to show a new viewing point for a better integrative practice on the social level.

15. ANHANG

DER HEIDENSCHUSS

Der furchtbare Ansturm der Türken gegen Wien, die Hauptstadt des Reiches, im Jahre 1529 dauerte nun schon wochenlang. Aber noch war es dem erbitterten Feinde nicht gelungen, eine Bresche in die Mauern zu schlagen und in die Stadt einzudringen, so sehr er auch danach strebte, den Halbmond auf der Spitze des Stephansturms aufzupflanzen. Alle Bewohner der Stadt hatten sich zusammengetan und verteidigten mit allen Mitteln ihre Vaterstadt gegen den hartnäckigen Angreifer. Eines Tages meldete sich ein Überläufer beim Stadtkommandanten und gab an, dass die Türken, da sie ober der Erde keinen Erfolg aufzuweisen hätten, es nun versuchen wollten, durch unterirdische Gänge, die sie mit Pulverladungen sprengen wollten, in die Stadt einzudringen. Er selbst habe mehrere solcher Stolleneingänge vor den Stadtmauern gesehen.

Die Gefahr, welche der Stadt drohte, wenn sich diese Nachricht bewahrheiten sollte, war riesengroß. Daher ging man sogleich daran, Gegenmaßnahmen zu treffen. Alle Hausbesitzer, die in der Nähe der Stadtmauer ansässig waren, wurden angewiesen, mit Wasser gefüllte Bottiche in den Kellern aufzustellen und ständig beobachten zu lassen, da man am Zittern der Wasserfläche eine durch die Miniarbeit hervorgerufene Erschütterung des Bodens zu erkennen vermeinte. Außerdem wurden Trommeln in die Keller geschafft und kleine Würfel auf das gespannte Kalbfell gelegt, um aus der leisen Bewegung der Würfel auf eine unterirdische Grabarbeit in der Nähe zu schließen.

A wenn's denan
Rot-Schwarz-Grünen alles
wurscht is': Wir Weana lassn
unsere Stadt net von
Radikalislamisten
unterwandern!

Eh kloar!
De solln sich
schleichen!



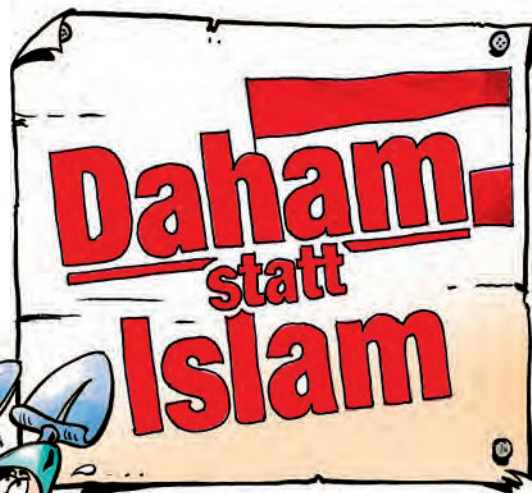
In einer stürmischen Nacht war der Bäckerge-
selle Josef Schulz im Kellerraum eines Bäcker-
hauses, das auf der Freyung an der Ecke der
heutigen Strauchgasse stand, vor dem Backof-
fen beschäftigt. Denn in dieser traurigen Zeit
der Türkennot waren auch viele Leute aus den
Vororten in die Stadt geflüchtet, so daß es em-
siger Arbeit bedurfte, um das tägliche Brot be-
reitzustellen, und der Backofen fast gar nicht
erkaltete. Plötzlich sah der Geselle, wie die
auf der Trommel liegenden Würfel in zitternde
Bewegung gerieten. Mit angespannten Sinnen
lauschte er. Als er sein Ohr an den Erdboden
preßte, um deutlicher zu hören, vermeinte er,
dumpfes Stimmengewirr zu vernehmen und
das leise Pochen ferner Werkzeuge zu hören.
„Hilf, Himmel“, rief er, „die Türken sind un-
ter der Erde schon nahe bis an unser Haus he-
rangekommen“, und lief, so schnell ihn seine
Beine trugen, um die Wachen und den Kom-
mandanten zu alarmieren, dem es fast nicht
glaublich schien, dass sich die Türken schon so
weit vorgearbeitet haben sollten.

Sogleich begann man, vom Keller des Bäcker-
hauses aus einen Gegenstollen zu graben, und
traf wirklich nach kurzer Zeit auf den türkischen
Minengang. Die Türken wurden im Dunkeln
überraschend angegriffen und bis auf einige we-
nige, die in Gefangenschaft gerieten, niederge-
macht. Der türkische Minenstollen aber, in dem
schon eine große Ladung Pulver zum Sprengen
bereitlag, wurde wieder zugeschüttet.
So war die Stadt durch die Aufmerksamkeit
des Bäckergesellen Josef Schulz vor namen-
losem Unheil bewahrt geblieben. Das Haus,
wo der Heide die Absicht hatte, sein Pulver zu
verschießen, hieß von dieser Zeit an „Zum Hei-
denschuss“. Die Bäckerzunft aber, deren Mit-
glied durch seine Wachsamkeit zur Rettung der
Stadt beigetragen hatte, erhielt vom Kaiser ver-
schiedene Freiheiten und durfte alljährlich mit
klingendem Spiel und fliegenden Fahnen ihren
Bäckeraufzug feiern.

Heutzutage verschließen
Rote, Schwarze und Grüne die Augen
vor dem Islamismus. Nur die FPÖ
redet Klartext!

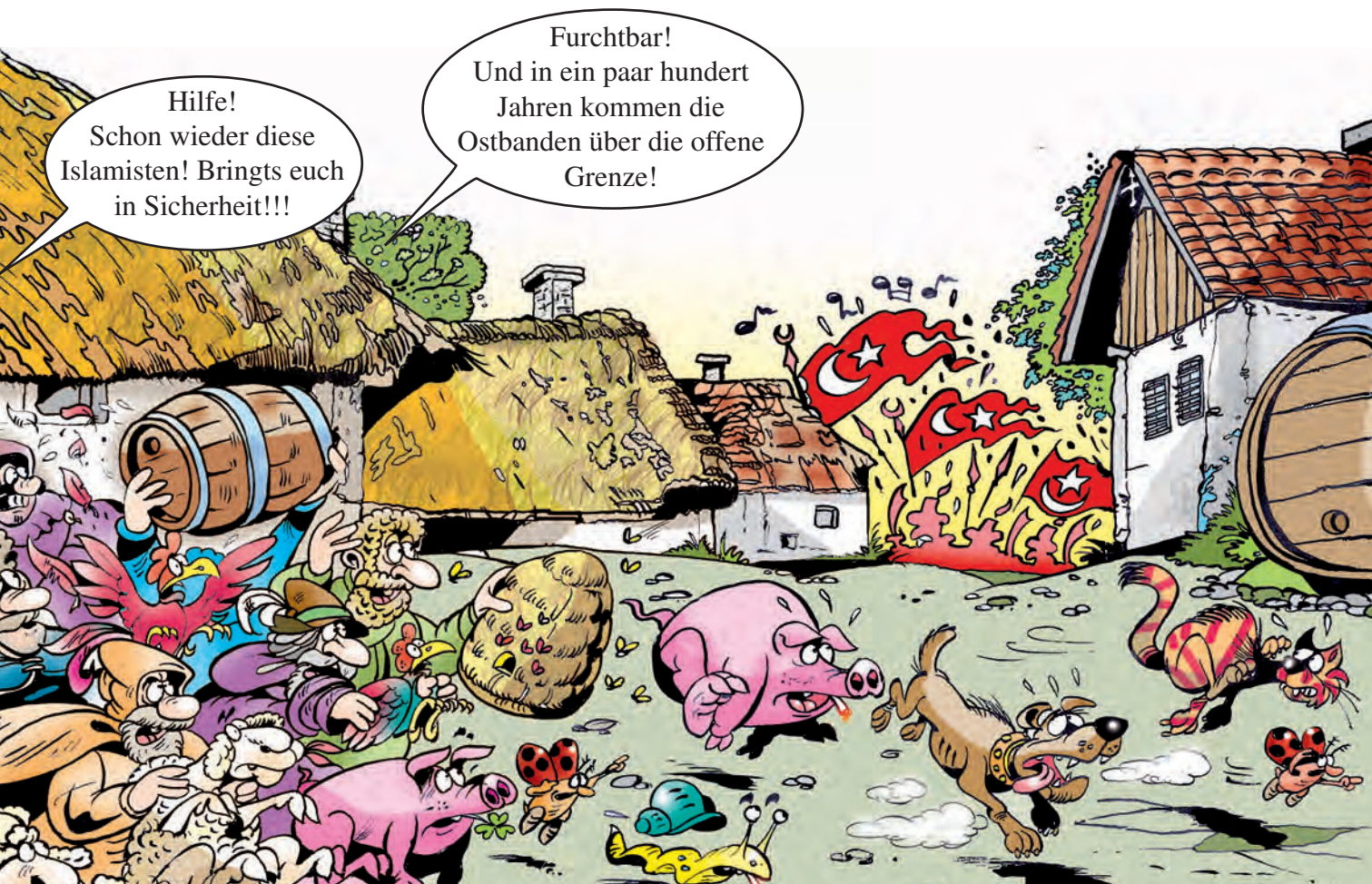
Schau, ein
türkisches SPÖ-Plakat! Sollt ma
nicht eigentlich Deutsch können,
bevor man Staatsbürger wird und
wählen darf?

Eh kloar.
Nur die Sozi und die
Grünen kapiern
das net!



DER PURBACHER TÜRKE

Als die Türken im Jahre 1532 neuerlich in das Land eingefallen waren, streiften vereinzelte Horden raubend und plündernd auch in der Gegend des Neusiedler Sees umher und kamen auf ihren Raubzügen bis in die Nähe von Purbach. Die Bewohner der Ortschaft, die vom Herannahen des Feindes rechtzeitig Nachricht erhalten hatten, verbargen schleunigst alle ihre Habseligkeiten, so gut sie vermochten, und versteckten sich im nahen Leithagebirge. Als die Türken kurze Zeit darauf in das Dorf eindrangen, fanden sie die Häuser leer und keinen Menschen in den Straßen.



Bürgenländler Wein
viel besser als Süt!*

*) Süt auf türkisch: Milch

Wütend durchsuchten sie alle Räume nach Nahrungsmitteln und ließen dabei auch die Keller nicht außer acht. Hier aber hatten die Purbacher ihren guten Wein eingelagert, dem die Türken bald Geschmack abgewannen, so dass gar mancher des Guten zuviel tat.

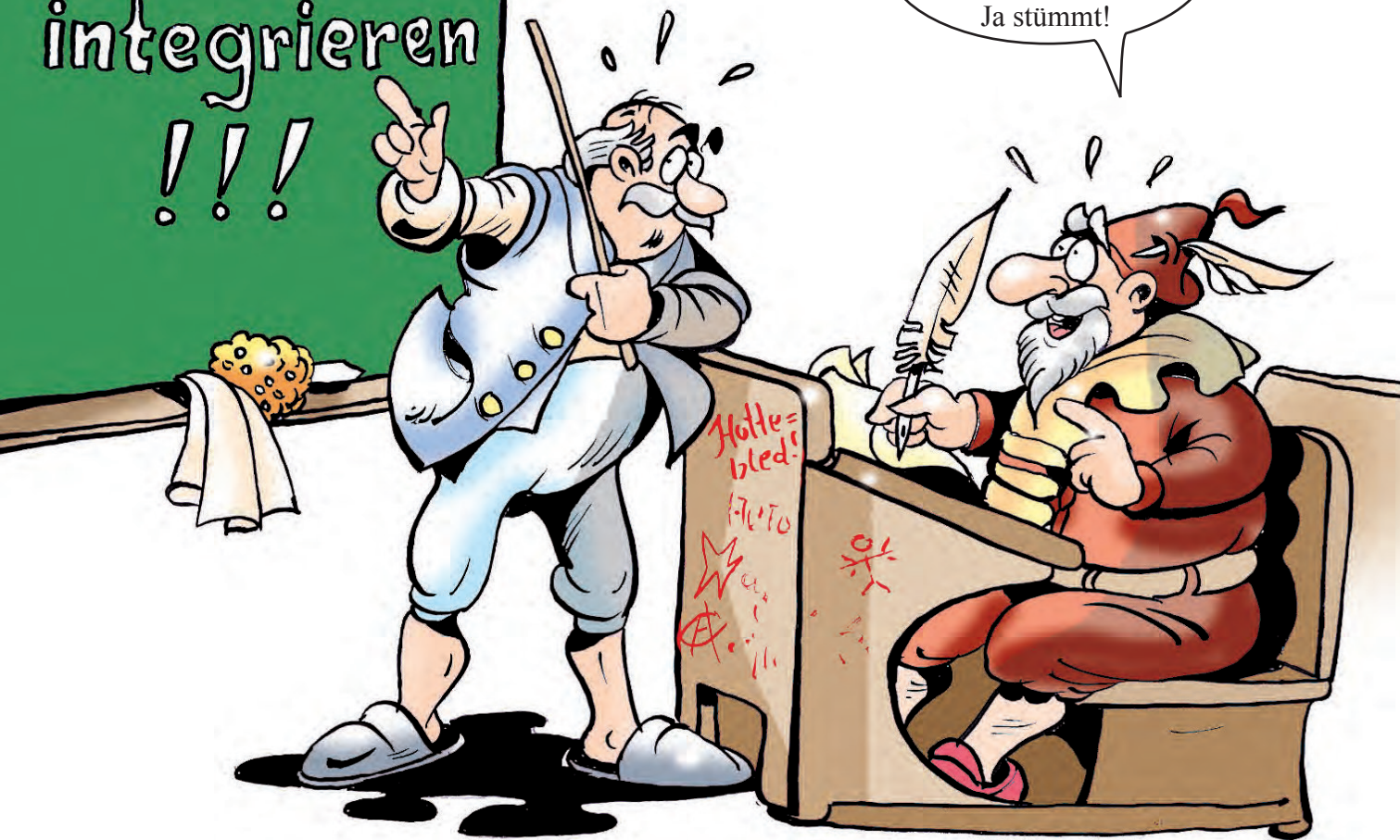
Nun war auch einer unter ihnen, der gerade noch mit Müh und Not über die Kellerstiege herauftaumeln konnte, dann aber in eine Kammer geriet, wo der gleich hinfiel und seinen Rausch ausschließ. Als er nach vielen Stunden erwachte und sich ernüchert davonmachen wollte, hörte er Stimmen, die eine fremde Sprache redeten.

Er ahnte sogleich, dass seine Kameraden abgezogen und die Dorfbewohner wieder zurückgekehrt seien. Da er bei Tag nicht ungesehen aus dem Ort entkommen konnte, versteckte er sich in der Hoffnung, des Nachts Gelegenheit zur Flucht zu finden.

Schau, da
haben´s einen
vergessen!



Zuwanderer müssen sich integrieren !!!



Sobald es finster geworden war, tastete er sich die Wände entlang und kam schließlich in eine Küche, wo der Mond durch den Rauchfang hereinschien. Hier meinte er, unbemerkt hinausgelangen zu können. Er stieg auf den Herd, zwängte sich in den Schornstein und kroch mit vieler Mühe in den engen Schlauch aufwärts, bis er endlich seinen Kopf ins Freie hinausstecken konnte.

Als er nun von seiner luftigen Höhe Umschau hielt, wie er am besten zur Erde hinabkommen könne, hörte er auf einmal ein lautes Geschrei. Wie der Blitz fuhr er wieder in seinen Rauchfang zurück, aber die Bauern, die noch auf der Straße standen, hatten im Mondenschein seinen Kopf aus dem Schornstein ragen gesehen und sogleich einen versprengten Türken in ihm erkannt.

Als er den Kopf nochmals hinaussteckte, schrien sie wieder und drohten ihm mit den Fäusten. Da zog er sich abermals in den Rauchfang zurück und rührte sich nicht mehr, obwohl sie ihn aufforderten, herunterzusteigen. Nun gab ein Bauer den Rat, ihn auszuräuchern. Das half. Der Türke mußte aus dem Rauchfang heraus und kletterte zitternd auf den Boden herunter, wo ihn die derben Fäuste der Bauern in Empfang nahmen und einstweilen in den Dorfkotter sperrten.

Sogleich folgte eine große Beratung im Gemeindehaus, was mit dem gefangenen Türken geschehen solle. Man einigte sich schließlich, ihm das Leben zu schenken, wenn er den christlichen Glauben annähme. Damit er aber der Gemeinde nicht zur Last falle, sollte er bei dem Bauern, in dessen Haus man ihn gefangen hatte, als Knecht dienen. Der Türke war froh, so gut davonzukommen, trat zum Christentum über und blieb ein getreuer Knecht seines Herrn.

Nach seinem Tode ließ der Bauer zum Gedächtnis an dieses Ereignis einen steinernen Türkenkopf am Schornstein seines Hauses anbringen, der heute noch in Purbach zu sehen ist.

ENDE

